



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die Rolle des österreichischen Bundespräsidenten bei
den Regierungsbildungen seit 1986

verfasst von / submitted by

Mag. Mario Frank, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it
appears on the student record
sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears
on the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
1. Einleitung.....	7
1.1. Thema, Forschungsfragen und Thesen.....	7
1.2. Methoden, Operationalisierung und Gliederung.....	9
2. Der Bundespräsident im politischen System Österreichs.....	12
3. Kompetenzen des Bundespräsidenten bei der Ernennung der Bundesregierung in Verfassung und Realität.....	15
3.1. Ernennung der Bundesregierung.....	15
3.2. Personalentscheidungen und Verweigerungsrecht.....	18
4. Regierungsbildungen seit 1986.....	20
4.1. Regierungsbildung 1986/87.....	20
4.1.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 1986 und Wahlergebnis.....	20
4.1.2. Die Regierungsbildung.....	23
4.1.2.1. Regierungsbildungsauftrag.....	23
4.1.2.2. Hintergrundgespräche.....	23
4.1.2.3. Öffentliche Stellungnahmen.....	24
4.1.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen.....	25
4.1.2.5. Fazit.....	26
4.2. Regierungsbildung 1990.....	26
4.2.1. Vorgeschichte und Wahlergebnis.....	26
4.2.2. Die Regierungsbildung.....	28
4.2.2.1. Regierungsbildungsauftrag.....	28
4.2.2.2. Hintergrundgespräche.....	28
4.2.2.3. Öffentliche Stellungnahmen.....	29
4.2.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen.....	30
4.2.2.5. Fazit.....	30
4.3. Regierungsbildung 1994.....	31
4.3.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 1992 und Wahlergebnis.....	31
4.3.2. Die Regierungsbildung.....	33
4.3.2.1. Regierungsbildungsauftrag.....	34
4.3.2.2. Hintergrundgespräche.....	35
4.3.2.3. Öffentliche Stellungnahmen.....	35
4.3.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen.....	36
4.3.2.5. Fazit.....	36
4.4. Regierungsbildung 1995/96.....	37
4.4.1. Vorgeschichte und Wahlergebnis.....	37
4.4.2. Die Regierungsbildung.....	38
4.4.2.1. Regierungsbildungsauftrag.....	38
4.4.2.2. Hintergrundgespräche.....	38
4.4.2.3. Öffentliche Stellungnahmen.....	40
4.4.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen.....	40
4.4.2.5. Fazit.....	40
4.5. Regierungsbildung 1999/2000.....	41
4.5.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 1998 und Wahlergebnis.....	41
4.5.2. Die Regierungsbildung.....	43
4.5.2.1. Regierungsbildungsauftrag.....	43
4.5.2.2. Hintergrundgespräche.....	45
4.5.2.3. Öffentliche Stellungnahmen.....	47
4.5.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen.....	50
4.5.2.5. Fazit.....	51

4.6. Regierungsbildung 2002/03.....	52
4.6.1. Vorgeschichte und Wahlergebnis.....	52
4.6.2. Die Regierungsbildung.....	53
4.6.2.1. Regierungsbildungsauftrag.....	54
4.6.2.2. Hintergrundgespräche.....	54
4.6.2.3. Öffentliche Stellungnahmen.....	56
4.6.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen.....	58
4.6.2.5. Fazit.....	58
4.7. Regierungsbildung 2006/07.....	59
4.7.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 2004 und Wahlergebnis.....	59
4.7.2. Die Regierungsbildung.....	61
4.7.2.1. Regierungsbildungsauftrag.....	61
4.7.2.2. Hintergrundgespräche.....	62
4.7.2.3. Öffentliche Stellungnahmen.....	64
4.7.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen.....	66
4.7.2.5. Fazit.....	66
4.8. Regierungsbildung 2008.....	67
4.8.1. Vorgeschichte und Wahlergebnis.....	67
4.8.2. Die Regierungsbildung.....	69
4.8.2.1. Regierungsbildungsauftrag.....	69
4.8.2.2. Hintergrundgespräche.....	69
4.8.2.3. Öffentliche Stellungnahmen.....	71
4.8.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen.....	72
4.8.2.5. Fazit.....	72
4.9. Regierungsbildung 2013.....	73
4.9.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 2010 und Wahlergebnis.....	73
4.9.2. Die Regierungsbildung.....	74
4.9.2.1. Regierungsbildungsauftrag.....	75
4.9.2.2. Hintergrundgespräche.....	75
4.9.2.3. Öffentliche Stellungnahmen.....	76
4.9.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen.....	77
4.9.2.5. Fazit.....	77
4.10. Regierungsbildung 2017.....	78
4.10.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 2016 und Wahlergebnis.....	78
4.10.2. Die Regierungsbildung.....	80
4.10.2.1. Regierungsbildungsauftrag.....	81
4.10.2.2. Hintergrundgespräche.....	81
4.10.2.3. Öffentliche Stellungnahmen.....	82
4.10.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen.....	83
4.10.2.5. Fazit.....	84
5. Ergebnisse.....	86
5.1. Thomas Klestil – Regierungsbildung 1999/2000.....	86
5.2. Heinz Fischer – Regierungsbildung 2006/07.....	87
5.3. Heinz Fischer – Regierungsbildung 2008.....	89
5.4. Alexander Van der Bellen – Regierungsbildung 2017.....	90
5.5. Heinz Fischer – Regierungsbildung 2013.....	92
5.6. Thomas Klestil – Regierungsbildung 2002/03.....	93
5.7. Thomas Klestil – Regierungsbildungen 1994 und 1995/96.....	94
5.8. Kurt Waldheim – Regierungsbildungen 1986/87 und 1990.....	95
6. Fazit.....	97
Literaturverzeichnis.....	102
Quellenverzeichnis.....	105

Vorwort

Das Amt des österreichischen Bundespräsidenten ist ein zentrales Organ im Verfassungsgefüge und im politischen System Österreichs. Generationen von Politikwissenschaftlern, Juristen und Historikern beschäftigten sich mit dem Amt, den Befugnissen, der Stellung und mit bisherigen Amtsträgern. Der Verfassung nach hat er zum Teil die Stellung eines semipräsidentiellen Staatsoberhauptes, doch in der Realität hat er vielmehr die Stellung eines Präsidenten eines parlamentarischen Regierungssystems, deren Rolle durch Zurückhaltung und Repräsentation geprägt ist. Dieses Spannungsverhältnis und die Kluft zwischen Verfassung und Realität machen den Bundespräsidenten im Machtdreieck Nationalrat – Bundesregierung – Bundespräsident wert, politikwissenschaftlich analysiert zu werden.

Der Autor dieser Arbeit hat sich im Zuge seines Politikwissenschaft-Studiums mehrmals mit dem Amt des Bundespräsidenten befasst. So machte er etwa in seiner Bachelorarbeit einen Vergleich zwischen dem österreichischen und dem deutschen Bundespräsidenten und deren Verhältnis zur jeweiligen Bundesregierung in Verfassung und Realpolitik. Der Autor hat sich dazu entschieden, zu einem Kompetenzbereich des Bundespräsidenten zu schreiben, zu dem bisher noch sehr wenig geschrieben wurde, nämlich zur Kompetenz und zur Rolle des Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen seit 1986. Die Untersuchung der Rolle der Bundespräsidenten soll zeigen in welcher Art und Weise die Rolle ausgeübt wurde, in welchen Bereichen sie ihre Schwerpunkte setzten, in welchen Bereichen sie sich eher zurückhielten, wo sie sich durchsetzen konnten und wo nicht.

Ich möchte hiermit der Betreuerin meiner Masterarbeit, Frau Dr. Sieglinde Rosenberger, für die Hilfe und die Ratschläge zum Verfassen der Arbeit danken. Des Weiteren möchte ich mich sehr herzlich bei Dr. Heinz Fischer, Dr. Lothar Höbelt, Dr. Andreas Khol und Dr. Manfred Welan für die Bereitschaft, ein Experten-Interview mit mir zu führen, bedanken. Dank auszusprechen gilt es schließlich allen, die mir in der Zeit des Verfassens dieser Arbeit beistanden und mich unterstützten, nämlich meinen Eltern – insbesondere meiner Mutter –, meinen Verwandten, meinen Freunden und Kollegen.

Mario Frank

1. Einleitung

1.1. Thema, Forschungsfragen und Thesen

In der Öffentlichkeit und in der Literatur wird immer wieder die Meinung vertreten, der österreichische Bundespräsident sei schwach und kompetenzarm.¹ Doch der Bundespräsident besitzt gerade verfassungsrechtlich eine Reihe von sogenannten Reservekompetenzen. Der Bundespräsident kann beispielsweise ohne Vorschlag eines anderen Organs die Bundesregierung entlassen, er kann auf Vorschlag der Bundesregierung den Nationalrat oder einzelne Landtage auflösen und er kann Notverordnungen erlassen. Diese Reservekompetenzen wendete der Bundespräsident realiter in der Zweiten Republik zwar noch nie an, können aber in Krisensituationen von entscheidender Bedeutung sein.²

Neben diesen Reservekompetenzen hat der Bundespräsident auch in der politischen Realität nicht unwesentliche Befugnisse. Eine dieser wesentlichen realpolitischen und auch verfassungsrechtlichen Kompetenzbereiche ist die Bildung und Ernennung der Bundesregierung. Hier kommt dem österreichischen Staatsoberhaupt eine, wenn nicht *die* zentrale realpolitische Kompetenz in der Innenpolitik zu, denn der Bundespräsident entscheidet wer wann den Regierungsbildungsauftrag erhält, er kann zeitliche und inhaltliche Vorgaben machen bzw. Wünsche äußern und er kann maßgeblich mitbestimmen, welche Persönlichkeiten in die Regierung kommen können und welche nicht. Ein Bundespräsident in Österreich regiert nicht, aber er entscheidet maßgeblich mit, wer regiert und darin liegt seine innenpolitische Kraft.³ Die Rolle der Bundespräsidenten bei der Bildung einer Bundesregierung hängt von verschiedenen Faktoren und Umständen ab. Diese Faktoren, Gründe und Umstände sollen mit der Arbeit „Die Rolle des österreichischen Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen seit 1986“ untersucht werden.

Der Forschungsstand in der Politikwissenschaft zeigt, dass durch die Schwächung der früheren Großparteien und durch unklare Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat, der Bundespräsident bei den Regierungsbildungen sein verfassungsmäßiges Potential besser

¹ Vgl. Ludwig Adamovich/Franz Cede/Christian Prosl (2017), Einleitung. In: Ludwig Adamovich/Franz Cede/Christian Prosl (Hgg.), *Der österreichische Bundespräsident. Das unterschätzte Amt*, Innsbruck: Studienverlag, 9; Vgl. Jürgen Hartmann/Udo Kempf (2011), *Staatsoberhäupter in der Demokratie*, Wiesbaden: VS Verlag, 127-134.

² Vgl. Christian Dickinger (1999), *Der Bundespräsident im politischen System Österreichs*, Innsbruck/Wien: Studienverlag, 107-109; Vgl. Manfred Welan (1992), *Der Bundespräsident. Kein Kaiser in der Republik* (=Studien zu Politik und Verwaltung 40, Wien/Köln/Graz: Böhlau Verlag), 68-71; Vgl. Wolfgang C. Müller (2006), *Der Bundespräsident*. In: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hgg.), *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien: Manz, 194-197.

³ Vgl. Manfred Welan (1997), *Das österreichische Staatsoberhaupt. Aufwertung oder Abwertung?*. In: Andreas Khol/Günther Ofner/Alfred Stirnemann (Hgg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik, Sonderband 2*, 3. Auflage, Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 46f.

ausschöpfen kann. Anders ausgedrückt, durch die Veränderung der Parteienverhältnisse, dem Einzug mehrerer Parteien in den Nationalrat und einer damit verbundenen Offenheit, welche Parteien miteinander koalieren können, werden die realpolitischen Einflussmöglichkeiten des Bundespräsidenten auf die Regierungsbildung und die Regierungszusammensetzung größer.⁴ In Anlehnung an diesen Forschungsstand und den beispielsweise von Manfred Welan, Sieglinde Rosenberger und Anton Pelinka vertretenen Lehrmeinungen, nachdem der Bundespräsident bei zersplitterten und unklaren Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat bei der Regierungsbildung mehr Möglichkeiten hat⁵, soll zwei Fragen bzw. Thesen nachgegangen werden:

Frage 1 lautet: Hat die Anzahl und die Stärke der nach einer Wahl im Nationalrat vertretenen Parteien Einfluss auf die Rolle des Bundespräsidenten bei einer Regierungsbildung genommen? Die Forschungsthese dahingehend lautet: Ein pluralistisches Mehrparteienparlament mit vielen mittelgroßen und kleinen Parteien vergrößert die Rolle des Bundespräsidenten bei der Regierungsbildung. Oder anders formuliert: Je mehr Parteien in den Nationalrat kamen und je stärker die (ehemaligen) „Kleinparteien“ (wie etwa FPÖ, Grüne, später das BZÖ, TS und NEOS) bzw. je schwächer die früheren „Großparteien“ (SPÖ und ÖVP) nach einer Nationalratswahl im Nationalrat vertreten waren, desto größer wurde die Rolle des Bundespräsidenten bei der Regierungsbildung. Die These geht in die Richtung, dass seit den 1980er Jahren die früheren Parteienverhältnisse aus den beiden großen dominierenden Parteien SPÖ und ÖVP und einer kleinen FPÖ aufgebrochen wurden, denn neben der immer stärker werdenden FPÖ zogen 1986 zuerst die Grünen als vierte Partei und in weiterer Folge in den 1990er, 2000er und 2010er Jahren auch noch weitere Kleinparteien in den Nationalrat ein, während gleichzeitig die beiden vormaligen Großparteien zumeist sukzessive an Zustimmung einbüßten und diese Entwicklung erweiterte die Möglichkeiten der Einflussnahme und die Rolle des Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen.⁶

Frage 2 lautet: Hat die Eindeutigkeit bzw. Knappheit des Wahlergebnisses Einfluss auf die Rolle des Bundespräsidenten bei der Regierungsbildung genommen? Die dazugehörige These lautet: Bei knappen Nationalratswahlergebnissen spielt der Bundespräsident bei der Regierungsbildung eine größere Rolle als bei eindeutigen Wahlergebnissen. Anders formuliert: Je knapper das Wahlergebnis ausfiel, desto größer war der Spielraum für den

⁴ Vgl. ebd. 52; Vgl. Anton Pelinka/Sieglinde Rosenberger (2007), Österreichische Politik. Grundlagen. Strukturen. Trends, 3. Auflage, Wien: Facultas, 140; Vgl. Elisabeth Horvath (2017), Das Amtsverständnis einiger bisheriger Amtsträger – eine journalistische Betrachtung. In: Ludwig Adamovich/Franz Cede/Christian Prosl (Hgg.), Der österreichische Bundespräsident. Das unterschätzte Amt, Innsbruck: Studienverlag, 127-129.

⁵ Vgl. Welan, Das österreichische Staatsoberhaupt, 48 u. 52; Vgl. Pelinka/Rosenberger, Österreichische Politik, 140.

⁶ Vgl. ebd. 140; Vgl. Welan, Das österreichische Staatsoberhaupt, 48.

Bundespräsidenten, Einfluss auf die Regierungsbildung zu nehmen und umgekehrt je eindeutiger das Wahlergebnis war, desto geringer war seine Rolle bei der Regierungsbildung. Im Betrachtungszeitraum gelang es keiner Partei, bei Nationalratswahlen die absolute Mehrheit zu erringen, weswegen sich nach jeder Wahl eine Regierungskoalition aus zwei Parteien bildete. Bei eindeutigen Mehrheitsverhältnissen im österreichischen Nationalrat bildet sich gemäß der These rascher und reibungsloser eine Koalition heraus, während bei sehr knappen Ergebnissen wie etwa 1999 oder 2006 Regierungsverhandlungen oftmals sehr mühsam sind und lange dauern können und in solchen Situationen, wo sich zwei Parteien nur sehr schwer einigen können, kommt dem Bundespräsidenten eine wichtigere Rolle zu.⁷

Doch nicht nur die Anzahl und die Größe der Parteien im Nationalrat sowie das Wahlergebnis sind ausschlaggebend, sondern auch andere Faktoren wie die grundsätzliche inhaltliche, politische und ideologische Ausrichtung der Parteien und ihrer Programme bzw. die Inhalte der Regierungsprogramme, die Festlegungen der Parteien vor und bei den Regierungsbildungen und die Persönlichkeiten und Exponenten an der Spitze der Parlamentsparteien, die eine Regierung ausverhandeln und in weitere Folge Ministerämter besetzen, können bestimmend sein. Nicht zu vergessen auch der persönliche bzw. politische Karriereweg und damit die parteipolitische Herkunft und Haltung des Bundespräsidenten können von entscheidender Bedeutung für seine Rolle sein.⁸ Damit im Zusammenhang kann es auch maßgeblich sein, ob der jeweils amtierende Bundespräsident vor seiner Präsidentschaft Mitglied bei einer Partei gewesen war oder als parteiloser Kandidat, der lediglich von einer Partei unterstützt worden war, gewählt wurde.⁹ Auch kann das Thema Bildung der Bundesregierung im Bundespräsidentenwahlkampf, bei dem der jeweilige Amtsinhaber gewählt worden war, von Bedeutung für die tatsächliche Haltung des Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen sein. Schließlich können mögliche Reaktionen des Auslandes auf die Bildung einer Regierungskoalition ausschlaggebend sein.¹⁰ All diese Faktoren sollen bei der vorliegenden Untersuchung ebenfalls berücksichtigt werden.

1.2. Methoden, Operationalisierung und Gliederung

Methodisch handelt es sich um eine empirische Untersuchung, bei der qualitative Forschungsmethoden angewendet wurden. Zum einen wurden vier Experten-Interviews

⁷ Vgl. ebd. 48; Vgl. *Pelinka/Rosenberger*, Österreichische Politik, 140.

⁸ Vgl. *Welan*, Das österreichische Staatsoberhaupt, 49-53; Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 126-134; Vgl. *Hartmann/Kempf*, Staatsoberhäupter, 134-143.

⁹ Vgl. ebd. 134-143; Vgl. *Welan*, Das österreichische Staatsoberhaupt, 49-53; Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 126-134.

¹⁰ Vgl. *Hartmann/Kempf*, Staatsoberhäupter, 140.

durchgeführt, davon waren drei persönliche Interviews und eines war ein schriftlich durchgeführtes Interview. Die persönlichen Interviews wurden einerseits mit Dr. Manfred Welan, dem Experten zur Funktion, Rolle und Stellung des österreichischen Bundespräsidenten im politischen System und im Verfassungssystem Österreichs, zweitens mit dem Historiker und Politik- bzw. Parteienexperten Dr. Lothar Höbelt und drittens mit dem früheren ÖVP-Politiker, Ersten Nationalratspräsidenten und Bundespräsidentenskandidaten Dr. Andreas Khol gemacht. Das schriftliche Interview wurde mit Altbundespräsident Dr. Heinz Fischer, der als Bundespräsident an drei Regierungsbildungen beteiligt war, durchgeführt. Die Urheberrechte der Experten-Interviews liegen bei den Interviewten und beim Autor. Die Interviews sind beim Autor der Arbeit jederzeit einsehbar.

Neben den Experten-Interviews wurde zweitens die mediale Berichterstattung in Form von Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie Fernseh-, Radioberichte und Diskussionen analysiert. Hier stand einerseits die Online-Forschung, nämlich Zeitungsartikel, die digitalisiert im Internet über die Recherche-Datenbank WISO und über das Online-Rechercheportal der APA abrufbar sind, im Mittelpunkt. Andererseits wurde auch in der ORF-Archiv-Außenstelle am Institut für Zeitgeschichte, wo alte ORF-Sendungen einsehbar sind, recherchiert.

Die dieser Arbeit zugrundeliegende Sekundärliteratur erstreckt sich von einschlägiger politikwissenschaftlicher Literatur zum politischen System Österreichs und zum österreichischen Bundespräsidenten, über historische und biographische Darstellungen der einzelnen Bundespräsidenten, bis hin zu juristischer Literatur über die verfassungsrechtliche Stellung des Bundespräsidenten.

Der zeitliche Rahmen dieser Untersuchung reicht von der Regierungsbildung 1986/87 bis zur letzten Regierungsbildung im Jahr 2017. Es wird an zehn Fällen, nämlich den seit 1986 zehn stattgefundenen Nationalratswahlen und den anschließenden Regierungsbildungen, chronologisch die Rolle des Bundespräsidenten in dieser Situation untersucht.

Bei jedem dieser Fälle wird anhand von vier Dimensionen untersucht, welche Rolle der Bundespräsident bei diesen zehn Regierungsbildungen spielte. Die erste Dimension ist der Regierungsbildungsauftrag, das heißt, an wen er wann den Auftrag zur Bildung einer Bundesregierung gegeben hat. Die zweite Dimension sind die Gespräche, die der Bundespräsident mit Vertretern der Parteien und Experten führte, und um welche Inhalte es sich dabei handelte wie etwa die Koalitionsform, personelle Angelegenheiten, Ministerposten oder mögliche Politikinhalte. Die dritte Dimension sind die öffentlichen Stellungnahmen des Bundespräsidenten vor einer Nationalratswahl, nach der Wahl, nämlich in der Phase der Regierungsbildung, und die Stellungnahmen zum Thema Regierungsbildung des Bundespräsidenten in seinem Bundespräsidentenwahlkampf. Bei den öffentlichen

Stellungnahmen wird ebenfalls untersucht, ob sich der Bundespräsident zur Koalitionsform, zu personellen Fragen oder zu Politikinhalten geäußert hat. Die vierte Dimension ist die Verweigerung von Ministervorschlägen. Hier wird eruiert, bei welchen Regierungsbildungen Ministerkandidaten von welcher Partei und aus welchen Gründen als Minister vom Bundespräsidenten verweigert wurden. Auch Vorausankündigungen der Bundespräsidenten, dass sie bestimmte Personen als Minister nicht angeloben würden, werden untersucht.

Anhand jeder dieser vier Dimensionen wird an jedem der zehn Fälle gemessen inwieweit die zwei unabhängigen Variablen, also die beiden oben beschriebenen Faktoren wie die Parteienverhältnisse im Nationalrat und die Knappheit des Wahlergebnisses sowie mögliche Drittvariablen Einfluss auf die Rolle des Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen genommen haben. Daraus ergibt sich dann ein Gesamtbild der Rolle des Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen in diesem Zeitraum, durch das die Forschungsfragen beantwortet und die Forschungsthese belegt werden können.

Die Arbeit geht nach der Einleitung zuerst ganz allgemein auf die Verortung des Bundespräsidenten im politischen System Österreichs ein. Danach folgt ein Kapitel über die Kompetenzen des Bundespräsidenten bei der Regierungsbildung sowohl in der Verfassung als auch in der Praxis. Im darauffolgenden Hauptteil werden die zehn Fälle chronologisch analysiert und bei jedem Fall zuerst das Wahlergebnis als Ausgangspunkt dargelegt und darauf basierend dann die Rolle des jeweiligen Bundespräsidenten anhand der vier Dimensionen bei den darauffolgenden Regierungsbildungen untersucht. Nach diesem Hauptteil werden in einem Ergebnisteil die Ergebnisse und Haupteckdaten dieser Arbeit noch einmal aufgezeigt. Am Ende steht ein kurzes Fazit.

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde im Text die männliche Form gewählt, nichtsdestoweniger beziehen sich alle Angaben auf Angehörige beider Geschlechter.

2. Der Bundespräsident im politischen System Österreichs

Verfassungsrechtlich wurde das Amt des österreichischen Bundespräsidenten durch die Verfassungsnovelle von 1929 deutlich aufgewertet. Realpolitisch wurden die meisten der 1929 neu festgelegten Kompetenzen von den Amtsträgern der Zweiten Republik jedoch kaum oder gar nicht ausgeübt.¹¹ Eine besondere Aufwertung erfuhr der Bundespräsident 1929 durch die Einführung der Volkswahl, die realiter 1951 erstmals durchgeführt wurde. Der Bundespräsident wird seitdem für eine Dauer von sechs Jahren direkt vom Volk gewählt, eine Wiederwahl ist einmalig zulässig. Gewählt ist jener Kandidat, der die absolute Mehrheit, also mehr als 50% der Stimmen auf sich vereinigen kann. Gelingt das im ersten Wahlgang keinem der Kandidaten, so ist ein zweiter Wahlgang nötig, bei dem dann nur mehr die beiden bestplatzierten aus dem ersten Wahlgang antreten dürfen. Der Sieger des zweiten Wahlganges wird Bundespräsident.¹² Durch die direkte Volkswahl erhält der Bundespräsident eine besondere Legitimation, ist er doch neben dem Nationalrat das einzig direkt gewählte Organ auf Bundesebene.¹³

Doch trotz der Volkswahl ist der Bundespräsident in seiner Amtsausübung stark an die Bundesregierung gebunden. Kompetenzen wie die Auflösung des Nationalrates, die Ernennung hoher ziviler und militärischer Beamter oder auch die Anordnung einer Volksabstimmung ist beispielsweise nur auf Vorschlag der Bundesregierung oder des Nationalrates möglich.¹⁴ Ferner erhalten die meisten Akte des Bundespräsidenten nur durch die Gegenzeichnung des Bundeskanzlers oder des zuständigen Ressortministers ihre Gültigkeit.¹⁵ Der österreichische Bundespräsident ist nicht wie in präsidentiellen oder semipräsidentiellen Regierungssystemen der Regierungschef. Er ist daher im Gegensatz zur Regierung nicht an der Tagespolitik beteiligt und bestimmt nicht die Inhalte der Politik. Die Tagespolitik und damit die Politikinhalte kommen voll und ganz dem Bundeskanzler und der Bundesregierung, im Einvernehmen mit der Parlamentsmehrheit zu. Das Machtzentrum der Republik ist daher der Bundeskanzler mit seiner Bundesregierung und die dahinterstehende Parlamentsmehrheit. Die Obleute der Parteien in Österreich streben deswegen nicht das Amt des Bundespräsidenten, sondern das des Bundeskanzlers an.¹⁶

Die Vorrangstellung der Regierung in der Tagespolitik zeigt sich sehr deutlich am Gesetzgebungsprozess. Die Gesetze werden in den meisten Fällen durch Regierungsvorlagen, in seltenen Fällen auch durch Initiativanträge von Abgeordneten der Regierungsparteien in den

¹¹ Vgl. Müller, Der Bundespräsident, 199.

¹² Vgl. ebd. 189; Vgl. Karl Ucakar/Stefan Gschiegl/Marcelo Jenny (2017), Das politische System Österreichs und die EU, 5. Auflage, Wien: Facultas, 132-134.

¹³ Vgl. Pelinka/Rosenberger, Österreichische Politik, 136.

¹⁴ Vgl. Dickinger, Der Bundespräsident, 202; Vgl. Hartmann/Kempf, Staatsoberhäupter, 129.

¹⁵ Vgl. Welan, Das österreichische Staatsoberhaupt, 40-42; Vgl. Müller, Der Bundespräsident, 198.

¹⁶ Vgl. ebd. 198; Vgl. Pelinka/Rosenberger, Österreichische Politik, 135.

Nationalrat eingebracht. Die Gesetzesentwürfe werden in der Regel vom zuständigen Ministerium ausgearbeitet, nach einer Begutachtungsphase in den Nationalrat eingebracht, in den Ausschüssen bearbeitet und nach der Plenumsdebatte von den Regierungsparteien beschlossen.¹⁷ Erst danach und somit ganz am Ende dieses Prozesses hat der Bundespräsident nur das verfassungsrechtlich formal-korrekte Zustandekommen des Gesetzes zu prüfen. Der Bundespräsident darf die Beurkundung eines Gesetzes nur verweigern, wenn das Gesetz nicht verfassungsmäßig zustande gekommen ist. Aus materiell-inhaltlichen oder gar parteipolitischen Gründen darf der Bundespräsident die Beurkundung eines Gesetzes nicht verweigern, er hat kein Vetorecht.¹⁸ Das Gesetz bekommt schließlich erst dann Gültigkeit, wenn es vom Bundeskanzler gegengezeichnet wurde. Der Bundespräsident nimmt also nur ganz am Rande am Gesetzgebungsprozess teil und kann auf die Inhalte der Gesetze keinen Einfluss nehmen. Realiter kam eine Verweigerung der Beurkundung eines Gesetzes durch den Bundespräsidenten erst einmal vor, nämlich als Bundespräsident Fischer 2008 ein Gesetz zur Gewerbeordnung, das rückwirkende Strafbestimmungen enthielt, verweigerte. In der Regel beurkundet der Bundespräsident jedoch nach kürzer Prüfung das Gesetz.¹⁹

Der Bundespräsident hat die Republik der Verfassung nach außenpolitisch zu vertreten. In der Realität teilt sich der Bundespräsident jedoch die Vertretung nach Außen mit dem Bundeskanzler und vor allem mit dem zuständigen Ressortminister, dem Außenminister. Auf EU-Ebene vertritt beispielsweise einzig und allein der Bundeskanzler Österreich im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs und in den Ministerräten der EU sitzen die einzelnen Fachminister Österreichs.²⁰ Abseits der EU ist der Bundespräsident beispielsweise beim Abschluss von Staatsverträgen an die Bundesregierung und diese wiederum an den Nationalrat gebunden. Grundsätzlich bedürfen alle außenpolitischen Akte des Bundespräsidenten eines Vorschlages eines anderen Organes und diese Akte erfordern zudem auch die Gegenzeichnung durch den Kanzler bzw. den Außenminister.²¹ Der Bundespräsident in Österreich hat sich in außenpolitischen Belangen daher sehr eng mit der Bundesregierung, insbesondere mit dem Bundeskanzler und dem Außenminister zu koordinieren und hat mit ihnen im engsten Einvernehmen zu kooperieren. Dennoch ist die Außenpolitik eines der wichtigen Betätigungsfelder des Bundespräsidenten, da damit sehr viele repräsentative und symbolische Aufgaben verbunden sind, die vor allem dem Bundespräsidenten zukommen.²²

¹⁷ Vgl. ebd. 124-131.

¹⁸ Vgl. ebd. 131; Vgl. Müller, Der Bundespräsident, 197.

¹⁹ Vgl. Ucakar/Gschiegl/Jenny, Das politische System Österreichs, 120; Vgl. Dickinger, Der Bundespräsident, 97.

²⁰ Vgl. Müller, Der Bundespräsident, 196; Vgl. Welan, Das österreichische Staatsoberhaupt, 56f.

²¹ Vgl. ebd. 54f.

²² Vgl. Müller, Der Bundespräsident, 196 u. 198.

Bezüglich Verteidigungspolitik hat der Bundespräsident zwar den alleinigen Oberbefehl über das Bundesheer, realiter teilt sich der Bundespräsident hingegen den Oberbefehl und die Verteidigungspolitik mit dem Verteidigungsminister. Zwar ist der Bundespräsident dem Verteidigungsminister hierarchisch vorangestellt und kann ohne Vorschlag bzw. ohne Gegenzeichnungserfordernis handeln, jedoch ist der Oberbefehl des Bundespräsidenten durch das Wehrgesetz eingeschränkt. Das Wehrgesetz sieht vor, dass dem Minister durch Ermächtigung der Bundesregierung ebenfalls die Befehlsgewalt zukommt. Auch das Gros der Inhalte der Verteidigungspolitik kommt dem Minister und nicht dem Bundespräsidenten zu.²³

Bei der Bestellung der Bundesregierung ist der Bundespräsident der Verfassung nach ungebunden, er kann nach eigenem Ermessen einen Bundeskanzler seiner Wahl ernennen. Doch realiter ist der Bundespräsident bei der Bestellung des Bundeskanzlers an die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat gebunden. Ein Bundeskanzler und eine Bundesregierung gegen die Mehrheit des Nationalrates zu ernennen, hätte zur Folge, dass diese Regierung durch ein Misstrauensvotum des Nationalrates jederzeit abberufen werden kann. Aus diesem Grund ist es Usance, dass der Bundespräsident einen sog. „Rollenverzicht“²⁴ übt, was bedeutet, dass er sich bei der Bildung der Bundesregierung in der Realität zurückhält. Zu diesem Rollenverzicht gehört, dass der Bundespräsident der Tradition entsprechend den Obmann der mandatsstärksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragt, obwohl ihm das die Verfassung nicht vorschreibt.²⁵ Bei eindeutigen Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat, etwa wenn eine Partei die absolute Mandatsmehrheit hat, ist der Bundespräsident de facto gezwungen den Obmann dieser Partei mit der Regierungsbildung zu beauftragen und eine Alleinregierung dieser Partei zu ernennen.²⁶ Hat keine Partei die absolute Mehrheit errungen, ist eine Koalitionsregierung nötig, um auf Basis einer Parlamentsmehrheit zu regieren. In diesem Fall vergrößert sich der Spielraum des Bundespräsidenten.²⁷ Sind die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat zudem unklar und knapp bzw. durch eine Zersplitterung des Parteiensystems geprägt, dann findet er einen Spielraum vor, „den er bei eindeutigen Mehrheitsverhältnissen eben nicht hat“²⁸. Die Rolle des Bundespräsidenten bei einer Regierungsbildung hängt somit auch immer von den Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat ab. Im Folgenden werden nun die verfassungsmäßigen und realpolitischen Kompetenzen des österreichischen Bundespräsidenten im Detail dargelegt.

²³ Vgl. *Welan*, Das österreichische Staatsoberhaupt, 61.

²⁴ *Pelinka/Rosenberger*, Österreichische Politik, 136.

²⁵ Vgl. ebd. 137; Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 121.

²⁶ Vgl. *Müller*, Der Bundespräsident, 194; Vgl. *Pelinka/Rosenberger*, Österreichische Politik, 137.

²⁷ Vgl. ebd. 137; Vgl. *Müller*, Der Bundespräsident, 194; Vgl. *Welan*, Das österreichische Staatsoberhaupt, 48.

²⁸ *Pelinka/Rosenberger*, Österreichische Politik, 140.

3. Kompetenzen des Bundespräsidenten bei der Ernennung der Bundesregierung in Verfassung und Realität

3.1. Ernennung der Bundesregierung

Eine Reihe von verfassungsrechtlichen Kompetenzen des österreichischen Bundespräsidenten wurden mit der Verfassungsnovelle von 1929 zu Befugnissen des Bundespräsidenten, darunter auch die Ernennung der Bundesregierung.²⁹ Das in der Zweiten Republik bis heute gültige Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) in der novellierten Fassung von 1929 regelt in Artikel (Art.) 70 die Ernennung der Bundesregierung: Gemäß Art. 70 Absatz (Abs.) 1 kann der Bundespräsident ohne Vorschlag irgendeines anderen Organes den Bundeskanzler ernennen, während er die übrige Regierung nur auf Vorschlag des Bundeskanzlers ernennen darf.³⁰ Geht man also nach Art. 70 B-VG ist der Bundespräsident in seiner Entscheidung, wen er zum Bundeskanzler ernennt, völlig frei. Dem entgegen steht jedoch Art. 74, in dem in Abs. 1 geregelt wird, dass der Nationalrat der Bundesregierung oder einzelnen Regierungsmitgliedern sein Vertrauen durch ausdrückliche EntschlieÙung entsagen kann, was zur Folge hat, dass die Regierung oder einzelne Minister ihres Amtes enthoben werden.³¹ Der Nationalrat kann die Bundesregierung und damit auch den Bundeskanzler mit entsprechender Mehrheit somit jederzeit zu Fall bringen. Der Kanzler und seine Regierung sind daher, wie oben bereits erwähnt, nicht nur vom Bundespräsidenten, sondern auch bzw. vor allem von den Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat abhängig. Aus diesem Grund kann der Bundespräsident realpolitisch keineswegs frei entscheiden, wen er zum Bundeskanzler ernennt, sondern er hat darauf Bedacht zu nehmen, dass der Bundeskanzler und dessen Bundesregierung von einer Mehrheit des Nationalrates gestützt oder zumindest geduldet wird. Die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat bilden die Richtschnur für die Entscheidung des Bundespräsidenten, wen er zum Bundeskanzler ernennt.³²

Im erheblichen Maße ist realpolitisch somit „der politische Prozeß der Regierungsbildung mit den Verhältnissen im Nationalrat und den zwischen den Parteien verknüpft“³³, konstatiert Manfred Welan. In der Praxis wird daher der Vorsitzende der nach

²⁹ Vgl. *Ucakar/Gschiegl/Jenny*, Das politische System Österreichs, 142; Vgl. Wilhelm *Brauneder* (2009), Österreichische Verfassungsgeschichte, 11. Auflage, Wien: Manz, 221.

³⁰ Vgl. *Müller*, Der Bundespräsident, 194; Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 99; Vgl. Christoph *Grabenwarter/Brigitte Ohms* (Hgg.) (2014), B-VG. Bundes-Verfassungsgesetz mit Nebenverfassungsrecht, 13. Auflage, Wien: Manz, 169.

³¹ Vgl. ebd. 172.

³² Vgl. *Müller*, Der Bundespräsident, 194; Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 99; Vgl. *Hartmann/Kempf*, Staatsoberhäupter, 134; Vgl. Theo *Öhlinger/Harald Eberhard* (2012), Verfassungsrecht, 9. Auflage, Wien: Facultas, 167 u. 238; Vgl. Lutz *Mehlhorn* (2010), Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich, Baden-Baden: Nomos, 390f.

³³ *Welan*, Das österreichische Staatsoberhaupt, 47.

einer Nationalratswahl mandatsstärksten Partei vom Bundespräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt. Bis jetzt haben sich alle Bundespräsidenten der Zweiten Republik an diese Konvention gehalten. Es ist jedoch nicht gewährleistet, dass der Vorsitzende der stärksten Partei auch eine Koalition bildet. Ebenso ist es möglich, dass die Parlamentsparteien von sich aus tätig werden und ohne einen Regierungsbildungsauftrag des Bundespräsidenten eine Regierung bilden. In dieser Situation bleibt dem Bundespräsidenten realiter nichts anderes übrig, als eine solche von einer Mehrheit im Nationalrat getragene Regierung, auch wenn sie seinem Willen nicht entspricht, zu ernennen. Wie später zu sehen sein wird, ist dies im hier bearbeiteten Betrachtungszeitraum bereits vorgekommen.³⁴ Umgekehrt ist der Bundespräsident auch nicht verpflichtet, den Vorsitzenden der mandatsstärksten Partei mit der Bildung einer Regierung zu beauftragen. Genauso könnte der Bundespräsident einem Vertreter einer anderen Parlamentspartei oder sogar mehreren Personen oder Gremien den Regierungsbildungsauftrag erteilen. Schließlich ist es auch möglich, dass der Bundespräsident gar keinen Regierungsbildungsauftrag an irgendjemanden erteilt, in diesem Fall wären, will man Neuwahlen vermeiden, die Parlamentsparteien sogar gezwungen, von sich aus sich zusammenzufinden und eine Regierung zu bilden.³⁵ Bei einer solchen Unterlassung eines Regierungsbildungsauftrages durch den Bundespräsidenten würde sich dieser seiner Einflussmöglichkeiten auf die Regierungsbildung jedoch selbst berauben. Weder die Unterlassung eines Regierungsbildungsauftrages, noch die Beauftragung jemandes anderes als den Vorsitzenden der stärksten Partei sind in der Praxis bis dato vorgekommen.³⁶

Nach dem Erteilen des Regierungsbildungsauftrages durch den Bundespräsidenten beginnt der eigentliche Prozess der Regierungsbildung. Dabei kann der Bundespräsident realpolitisch eine gewichtige Rolle spielen. Es ist Usance, dass der Bundespräsident bereits vor dem Erteilen des Regierungsbildungsauftrages, zumeist in der Woche nach der Wahl, „mit allen Vorsitzenden der in den Nationalrat gewählten Parteien dem Wahlergebnis entsprechend gereiht Gespräche“³⁷ führt. Ist nach dem Feststehen des endgültigen Wahlergebnisses der Regierungsbildungsauftrag ergangen, startet die meist mehrere Monate dauernde Regierungsbildung, im Zuge dessen der Bundespräsident, meist im Hintergrund, laufend Gespräche mit den Vertretern der Parteien führt. Diese Gespräche sind es, durch die der Bundespräsident unter anderem seinen Einfluss auf die Regierungsbildung geltend machen

³⁴ Vgl. Müller, *Der Bundespräsident*, 194f; Vgl. Dickinger, *Der Bundespräsident*, 100; Vgl. Georg Frölichsthal (2017), Einige verfassungsrechtliche Kompetenzen des Bundespräsidenten in der Praxis. In: Ludwig Adamovich/Franz Cede/Christian Prosl (Hgg.), *Der österreichische Bundespräsident. Das unterschätzte Amt*, Innsbruck: Studienverlag, 51.

³⁵ Vgl. Mehlhorn, *Der Bundespräsident*, 394.

³⁶ Vgl. ebd. 394; Vgl. Müller, *Der Bundespräsident*, 194.

³⁷ Frölichsthal, *Einige verfassungsrechtliche Kompetenzen*, 51.

kann. In dieser Phase kann er politisch-inhaltliche Wünsche und Bitten, aber auch Bedenken und Sorgen äußern und gegebenenfalls auch Richtlinien aufstellen, die eine mögliche zukünftige Regierung, seiner Meinung nach, beachten und einhalten soll. Doch nicht nur in solchen vertraulichen Hintergrundgesprächen zwischen Bundespräsident und Parteienvertretern, sondern auch öffentlich kann sich der Bundespräsident in dieser Phase durchaus immer wieder zu Wort melden und Stellungnahmen abgeben oder auch direkte Appelle an die handelnden Parteien und Akteure richten.³⁸

Die Rolle und der Einfluss des Bundespräsidenten bei einer Regierungsbildung hängen maßgeblich auch davon ab, ob es bei der vorhergehenden Nationalratswahl eine Partei geschafft hat, die absolute Mehrheit zu erringen oder nicht. Ist dies der Fall und gibt es eine Partei, die mehr als die Hälfte aller Mandate im Nationalrat innehat, dann ist der Spielraum des Bundespräsidenten bei der Regierungsbildung gleich null. Er ist ohne viel zutun gezwungen, eine Alleinregierung anzugeloben.³⁹ Doch es gab im in dieser Arbeit betrachteten Zeitraum seit 1986 nie eine absolute Mehrheit einer Partei, weswegen sich stets jeweils zwei unterschiedliche Parteien zusammenfinden mussten. Zwar verpflichteten sich diese Parteien jeweils zur Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Regierung, dennoch aber hat jeder der beiden Koalitionspartner allein schon durch ideologisch-weltanschauliche Unterschiede ein gewisses inneres „Eigenleben“, wodurch ein Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Koalitionsparteien von vorn herein unvermeidlich ist. Die jeweiligen Koalitionspartner stützen sich auf unterschiedliche Parteien, die trotz einer gemeinsamen Regierungskoalition stets in politischen Wettbewerb zueinanderstehen.⁴⁰ Durch das Zusammenschmieden einer Regierung aus oftmals gegensätzlich zueinanderstehenden Koalitionsparteien, kommt der Rolle des Bundespräsidenten bei der Bildung einer solchen Regierung eine ungleich höhere Bedeutung zu als bei der oben beschriebenen Bildung einer Alleinregierung.

Hat sich schließlich eine mit im Nationalrat tragfähige Mehrheit ausgestattete Regierungskoalition oder eine, insofern eine Partei bei den Wahlen eine absolute Mehrheit errungen hat, Alleinregierung auf ein Regierungsprogramm geeinigt, stehen am Ende die Personalentscheidungen an. Bei diesen Personalentscheidungen, wer die Ministerämter besetzen soll, kommt dem Bundespräsidenten wiederum sowohl rechtlich als auch realpolitisch eine sehr gewichtige Rolle zu, wie im Folgenden zu sehen sein wird.

³⁸ Vgl. ebd. 51; Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 100.

³⁹ Vgl. *Müller*, Der Bundespräsident, 194; Vgl. *Welan*, Das österreichische Staatsoberhaupt, 48; Vgl. *Welan*, Der Bundespräsident, 21.

⁴⁰ Vgl. *Heinz Fischer* (2017), Gedanken zum Amt des Bundespräsidenten. In: *Ludwig Adamovich/Franz Cede/Christian Prosl* (Hgg.), *Der österreichische Bundespräsident. Das unterschätzte Amt*, Innsbruck: Studienverlag, 21.

3.2. Personalentscheidungen und Verweigerungsrecht

Die Regierungsmitglieder, abgesehen vom Bundeskanzler, werden auf Vorschlag des designierten Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt. Die Bestallungsurkunden durch die die Ernennung der einzelnen Minister rechtliche Gültigkeit erlangt, bedürfen gemäß Art. 72 Abs. 2 der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers.⁴¹ Rechtlich hängt es also vom Bundeskanzler ab, wer Minister wird.

Im Falle einer absoluten Mehrheit einer Partei und der Bildung einer Alleinregierung trifft dies auch in der Praxis zu, denn dann entscheidet nur der Vorsitzende *einer* Partei, eben der zu ernennende Bundeskanzler, wer seine Minister werden. Bei der Bildung von Koalitionsregierungen ist das etwas anders. Aufgrund des oben beschriebenen Faktums, dass sich eine Regierungskoalition aus zwei verschiedenen, in Konkurrenz zueinanderstehenden Parteien zusammensetzt, ist es in der Praxis nämlich so, dass der zu ernennende Bundeskanzler, der in der Regel gleichzeitig der Vorsitzende der einen Koalitionspartei ist, nur für die Personalvorschläge der einen Hälfte der Regierung und der zukünftige Vizekanzler, der zumeist gleichzeitig der Vorsitzende der anderen Koalitionspartei ist, für die Vorschläge der anderen Hälfte der Regierung verantwortlich ist. Realpolitisch hängt es somit vom zu ernennenden Bundes- und Vizekanzler und allenfalls auch von den jeweiligen innerparteilichen Gremien der Koalitionsparteien ab, welche Personen als Minister vorgeschlagen werden. Die beiden Koalitionsparteien sind in ihrer Entscheidung, wen sie zu Ministern und Staatssekretären machen, jeweils weitgehend autonom. Stehen die Personalvorschläge der jeweiligen Koalitionsparteien fest, werden diese akkordiert und zu *einer* vollständigen Ministerliste zusammengefügt, die dann vom designierten Bundeskanzler dem Bundespräsidenten vorgelegt wird.⁴²

Danach prüft der Bundespräsident die Personalvorschläge für die Ministerämter und in dieser Phase kommt ihm wiederum eine sehr wesentliche Rolle zu. Der Bundespräsident ist nämlich rechtlich nicht dazu verpflichtet, die Ministerliste zu akzeptieren, denn ihm steht die Möglichkeit zu, die Ernennung einzelner Personen zu Ministern zu verweigern. Er hat sogar die Pflicht, Personen als Minister nicht zu akzeptieren, wenn diese den verfassungsrechtlichen Anforderungen des betreffenden Art. 70 Abs. 2 nicht entsprechen. Der Bundespräsident kann so eine Verweigerung der Ernennung von Ministerkandidaten einerseits nachdem ihm die Ministerliste vom Bundeskanzler vorgelegt wurde aussprechen, andererseits kann er aber auch schon im Vorfeld der Personalentscheidungen, also bereits während der

⁴¹ Vgl. Grabenwarter/Ohms, B-VG, 171.

⁴² Vgl. Fischer, Gedanken zum Amt, 21; Vgl. Mehlhorn, Der Bundespräsident, 395.

Regierungsverhandlungen, oder sogar schon im Nationalratswahlkampf öffentlich kund tun, welche Personen er als Minister nicht angeloben würde.⁴³ Verweigert der Bundespräsident einzelne Ministerkandidaten zu ernennen, muss sich der Bundes- oder der Vizekanzler, je nachdem aus welcher Koalitionspartei die verweigten Ministerkandidaten stammen, sehr rasch um adäquaten Ersatz für die Ministerposten kümmern. Mit diesem Recht kann der Bundespräsident somit sehr maßgeblich auf die personelle Zusammensetzung einer Regierung Einfluss nehmen. „In dieser rechtlichen Konstruktion verdeutlicht sich, dass die Bundesregierung nicht nur die Regierung des Kanzlers [sic!] sondern zugleich die des Bundespräsidenten ist.“⁴⁴

Realpolitisch ist die Verweigerung einzelner Ministerkandidaten durch den Bundespräsidenten nach der Vorlage einer fertigen Ministerliste bereits zwei Mal vorgekommen. Zum einen nach der Nationalratswahl 1949, als sich der damalige Bundespräsident Karl Renner von der SPÖ weigerte, den unter Korruptionsverdacht stehenden bisherigen Minister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Peter Krauland von der ÖVP abermals zum Minister zu ernennen. Zweitens verweigerte Thomas Klestil im Jahr 2000 zwei FPÖ-Ministerkandidaten, worauf noch genauer eingegangen wird.⁴⁵

Hat der Bundespräsident die Ministerliste schließlich akzeptiert, ist der Weg frei für die finale Phase der Regierungsbildung, nämlich für die Angelobung der neuen Regierung. Die Angelobung nach Art. 72 Abs. 1 ist jener Akt, mit dem die Ministerkandidaten offiziell mit ihrem Amt bekleidet werden. Die Angelobung findet in den Räumlichkeiten der Hofburg, in denen der Bundespräsident seinen Amtssitz hat, statt. Zu Beginn der Angelobung enthebt der Bundespräsident mündlich die alte, seit der Nationalratswahl nur mehr interimistisch amtierende Bundesregierung. Daraufhin ernennt der Bundespräsident zuerst mündlich den Bundeskanzler, unterschreibt danach die Bestallungsurkunde, durch die die Ernennung Gültigkeit bekommt, und der Bundeskanzler unterschreibt diese ebenfalls. Im nächsten Schritt werden die Bundesminister und Staatssekretäre mündlich ernannt. Danach unterschreibt der Bundespräsident die Bestallungsurkunde jedes einzelnen Ministers und Staatssekretärs, die der Bundeskanzler gegenzuzeichnen hat. Wie erwähnt, erlangt erst mit dieser Gegenzeichnung des Kanzlers die Ernennung der Minister rechtliche Gültigkeit. Schließlich unterzeichnen die einzelnen Minister und Staatssekretäre nacheinander noch ihre eigenen Bestallungsurkunden, die ihnen danach vom Bundespräsidenten überreicht werden.⁴⁶

⁴³ Vgl. ebd. 389 u. 395; Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 100f.

⁴⁴ *Mehlhorn*, Der Bundespräsident, 389, Beistrichfehler im Original.

⁴⁵ Vgl. *Müller*, Der Bundespräsident, 195; Vgl. *Frölichsthal*, Einige verfassungsrechtliche Kompetenzen, 51.

⁴⁶ Vgl. ebd. 51f; Vgl. *Mehlhorn*, Der Bundespräsident, 395f; Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 100.

4. Regierungsbildungen seit 1986

4.1. Regierungsbildung 1986/87

4.1.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 1986 und Wahlergebnis

Bei der Nationalratswahl vom 23. November 1986 handelte es sich um eine vorgezogene Nationalratswahl, da die seit den vorhergehenden Wahlen von 1983 regierende SPÖ/FPÖ-Koalition vorzeitig zerbrach. Einer der Auslöser dieser Neuwahlen waren die im Mai und Juni desselben Jahres abgehaltenen, bis dahin aufsehenerregendsten und kontroversesten Bundespräsidentenwahlen der Zweiten Republik und deren Ergebnis. Die SPÖ stellte den vormaligen Gesundheitsminister Kurt Steyrer als Kandidaten auf und die sich in Opposition befindliche ÖVP nominierte den vormaligen Außenminister, Diplomaten und UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim als Gegenkandidaten. Im ersten Wahlgang standen zudem noch die von keiner Parlamentspartei nominierte, aber den in der Gründungsphase befindlichen Grünen nahestehende Freda Meissner-Blau und der ebenfalls parteilose, aber vormals der FPÖ angehörende und rechtsextremen Kreisen nahestehende Otto Scrinzi zur Wahl. Beide schieden mit 5,5% bzw. 1,2% im ersten Wahlgang am 4. Mai 1986 aus.⁴⁷

Dieser Bundespräsidentenwahlkampf war von der Rolle des ÖVP-Kandidaten Kurt Waldheim im NS-Regime und im Zweiten Weltkrieg geprägt. Man warf Waldheim vor, er sei nach 1938 freiwillig Mitglied der SA und des NS-Studentenbundes gewesen und er hätte als Wehrmachtssoldat Kenntnisse von Kriegsverbrechen an der Front am Balkan und in Griechenland gehabt bzw. sei sogar daran beteiligt gewesen, was er alles vehement bestritt.⁴⁸ Waldheim und die ÖVP wiederum behaupteten, dass die Partei des Gegenkandidaten Steyrers und gleichzeitig Kanzlerpartei, nämlich die SPÖ bzw. ihr nahestehende Personen schuld an dieser „Kampagne“ gegen Waldheim gewesen sein sollen und über das Ausland diese Anschuldigungen losgetreten und befeuert zu haben, um so im Sinne der SPÖ den innerösterreichischen Wahlkampf beeinflussen zu können.⁴⁹ Diese als „Waldheim-Affäre“ in die Geschichte eingegangenen Ereignisse schlugen national wie auch international sehr hohe Wellen und lösten eine grundsätzliche Debatte über die Schuld Österreichs und der Österreicher an Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges aus. Mit einem Wahlkampf nach dem Motto „Jetzt erst recht“ konnte Waldheim letztendlich die

⁴⁷ Vgl. ebd. 196; Vgl. Müller, Der Bundespräsident, 190f.

⁴⁸ Vgl. ORF (April 1986), TV-Hearing Kurt Steyrer-Kurt Waldheim; Vgl. Karl Vocelka (2002), Geschichte Österreichs. Kultur. Gesellschaft. Politik, 7. Auflage, München: Wilhelm Heyne Verlag, 349f; Vgl. Anton Pelinka (1995), Kurt Waldheim. In: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hgg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien: Manz, 590.

⁴⁹ Vgl. ebd. 590; Vgl. ORF (April 1986), TV-Hearing Kurt Steyrer-Kurt Waldheim; Vgl. Kurt Waldheim (1996), Die Antwort, 2., durchgesehene Auflage, Wien/München: Amalthea, 35-43.

Mehrheit der Wähler im zweiten Wahlgang von sich überzeugen und gewann die Bundespräsidentenwahl klar mit 53,9%, während Steyrer auf 46,1% kam.⁵⁰ Doch das Image Österreichs im Ausland war durch die Waldheim-Affäre angekratzt, was die Entscheidung der US-Regierung, Waldheim auf die sog. „Watch-List“ zu setzen – das bedeutete, dass Waldheim nicht in die USA einreisen durfte – noch verstärkte. Auch das übrige westliche Ausland boykottierte Waldheim während seiner gesamten Amtszeit, weswegen Waldheim international größtenteils isoliert und innenpolitisch auch weiterhin umstritten blieb.⁵¹

Doch neben dem Hauptthema Kriegsvergangenheit äußerte sich der spätere Bundespräsident Kurt Waldheim in diesem Präsidentschaftswahlkampf auch zum Thema Regierungsbildung zu Wort. Waldheim kündigte im Falle seiner Wahl beispielsweise an, bei der Regierungsbildung einzelne Ministerkandidaten abzulehnen, „wenn sich herausstellt [...], dass hier ein Minister vorgesehen ist, der nicht qualitativ die entsprechenden Voraussetzungen mitbringt und auch sonst aus verschiedenen anderen Gründen nicht ins Kabinett passt“⁵². Was eine mögliche Minderheitsregierung betrifft, vertrat Waldheim den Standpunkt, dass er eine Koalition, die auf einer klaren Mehrheit im Parlament fußt, vorziehen würde. Erst wenn alle Versuche der Bildung einer Mehrheitskoalition gescheitert sind und nur mehr eine Minderheitsregierung als einzige Möglichkeit in Betracht käme, würde er eine solche Regierung, jedoch auch nur mit der Auflage, dass es sich hierbei um eine Übergangslösung auf Zeit handelt, akzeptieren. Auf die Frage, ob die damals vor einem erstmaligen Einzug ins Parlament stehenden Grünen für Waldheim regierungsfähig wären, antwortete er mit einem klaren Ja.⁵³ Daraus wird ersichtlich, dass Waldheim im Bundespräsidentenwahlkampf 1986 im Falle seiner Wahl seine Rolle bei künftigen Regierungsbildungen stark anzulegen geruhte und sich auch, zumindest was die Grünen betrifft, eine Regierungskoalition abseits von Rot/Schwarz vorstellen konnte.

Als Reaktion auf die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten Anfang Juni 1986 trat der amtierende Bundeskanzler der SPÖ/FPÖ-Koalition Fred Sinowatz (SPÖ) am Tag nach der Bundespräsidentenwahl als Bundeskanzler, aber nicht als SPÖ-Chef zurück und machte Platz für seinen Nachfolger, dem bisherigen Finanzminister Franz Vranitzky, ebenfalls von der SPÖ. Der unmittelbare Anlass für den Bruch der Koalition und die Neuwahlen waren jedoch die innerparteilichen Vorgänge der FPÖ im September desselben Jahres. Am Innsbrucker Parteitag der FPÖ am 13. September wurde anstatt dem bisherigen FPÖ-Chef und Vizekanzler

⁵⁰ Vgl. Müller, *Der Bundespräsident*, 190f; Vgl. Dickinger, *Der Bundespräsident*, 196.

⁵¹ Vgl. Vocolka, *Geschichte Österreichs*, 350; Vgl. Manfred Rauchensteiner (2017), *Unter Beobachtung. Österreich seit 1918*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 429f.

⁵² ORF (April 1986), TV-Hearing Kurt Steyrer-Kurt Waldheim.

⁵³ Vgl. ebd.

Norbert Steger nun der 36-jährige Kärntner FPÖ-Chef Jörg Haider zum neuen FPÖ-Obmann gewählt, wodurch die FPÖ deutlich nach rechts rückte und in den Augen der SPÖ und Vranitzkys nicht mehr regierungsfähig gewesen sei. Tags darauf kündigte Kanzler Vranitzky die Kleine Koalition mit der FPÖ auf und setzte Nationalratsneuwahlen an, die dann eben am 23. November 1986 stattfanden.⁵⁴

Diese Nationalratswahlen Ende 1986 können als Zäsur in der jüngeren politischen Geschichte Österreichs gesehen werden, denn erstmals seit Jahrzehnten wurde das starre Zweieinhalbparteiensystem aus den zwei großen Parteien SPÖ und ÖVP und einer kleinen FPÖ aufgebrochen, denn neben starken Zugewinnen für die FPÖ unter Haider zog eine neue vierte Partei, nämlich die Grünen in den Nationalrat ein: Das Wahlergebnis brachte deutliche Verluste für SPÖ und ÖVP, erstere wurde dennoch stärkste Partei, kam mit einem Minus von 4,54% auf 43,11% und konnte damit die zweitplatzierte ÖVP, die mit einem Verlust von 1,93% 41,29% errang, leicht auf Distanz halten. Die beiden Gewinner waren die FPÖ, die mit einem Zuwachs von 4,75% auf 9,73% kam, und die neu in den Nationalrat einziehenden Grünen, die mit einem Plus von 3,46% auf 4,82% der Wählerstimmen kamen.⁵⁵ Vor allem für die ÖVP und ihren Obmann Alois Mock war dieses Ergebnis eine Enttäuschung, erhoffte man sich nach dem Erfolg bei der Bundespräsidentenwahl im Frühsommer, nun stimmen- und mandatsstärkste Partei zu werden und damit den Anspruch auf den Kanzlersessel erheben zu können. Vor allem das Antreten des im Wahlkampf sehr dynamisch wirkenden SPÖ-Spitzenkandidaten und Kanzlers Vranitzky, aber auch der Obmann-Wechsel bei der FPÖ hin zu Jörg Haider verhinderten schließlich eine relative Stimmen- bzw. Mandatsmehrheit der ÖVP.⁵⁶

Damit wird ersichtlich, dass Österreich mit diesem Ergebnis erstmals seit den 50er Jahren ein Vier-Parteien-Parlament hatte, das aber nach wie vor von den zwei großen Traditionsparteien, die beide über 40% erzielt hatten, dominiert wurde, während die anderen beiden Parteien noch sehr klein waren und trotz Zugewinne die 10%-Marke nicht überschritten. Ferner ist zu konstatieren, dass dieses Wahlergebnis verglichen mit vorherigen und späteren Ergebnissen ein relativ knappes war, denn zwischen den beiden Erstplatzierten SPÖ und ÖVP lagen nur 1,82%. Der neuamtierende Bundespräsident Waldheim, der nun erstmals eine

⁵⁴ Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 426f; Vgl. Kurt Richard *Luther* (1995), Norbert Steger. In: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hgg.), *Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik*, Wien: Manz, 555f; Vgl. Oliver *Rathkolb* (2015), *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015*, Wien: Paul Zsolnay Verlag, 214.

⁵⁵ Vgl. *Wikipedia*, Nationalratswahl in Österreich 1986, https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_1986 (aufgerufen am 21.2.2018).

⁵⁶ Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 427; Vgl. *Rathkolb*, *Die paradoxe Republik*, 214; Vgl. Thomas *Chorherr* (2005), *Eine kurze Geschichte der ÖVP*, Wien: Ueberreuter, 68; Vgl. *Die Presse* (14.10.2017), Die letzten Veranstaltungen der Parteien sind vorbei, der Wahlkampf..., 41.

Regierung zu bilden hatte, war, wie gesagt, vormalig ein Diplomat und Außenpolitiker, der zwar der ÖVP nahestand, aber nie formal ÖVP-Mitglied war.⁵⁷

4.1.2. Die Regierungsbildung

Auf Basis dieses Ergebnisses begann Ende November 1986 die Regierungsbildung. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und dem eher knappen Ergebnis waren verschiedene Konstellationen möglich: Die breiteste Mehrheit hatte eine SPÖ/ÖVP-Koalition, aber auch eine ÖVP/FPÖ-Regierung hatte eine Mehrheit. Schließlich wäre auch eine SPÖ/FPÖ-Koalition rechnerisch möglich gewesen, aber politisch von der SPÖ keinesfalls gewollt, hatte man doch bereits die bestehende SPÖ/FPÖ-Regierung aufgrund Haiders FPÖ-Obmannschaft aufgekündigt.⁵⁸ Eine rot/grüne oder schwarz/grüne Koalition hatte jeweils keine Mehrheit.

4.1.2.1. Regierungsbildungsauftrag

Bundespräsident Waldheim beauftragte nicht wie viele Kommentatoren, Journalisten oder seine politischen Gegner befürchteten die zweitplatzierte ÖVP, also jene Partei, die ihn zum Bundespräsidenten machte, sondern er hielt sich an die von seinen Vorgängern bisher gelebte Usance, den Obmann bzw. Spitzenkandidaten der mandatsstärksten Partei mit der Bildung einer Regierung zu beauftragen.⁵⁹ In diesem Fall war das der SPÖ-Spitzenkandidat Vranitzky. Die Dauer zwischen der Wahl und dem Vergeben des Regierungsbildungsauftrages betrug lediglich drei Tage, was verglichen mit vorherigen und späteren Regierungsbildungen sehr kurz ist.⁶⁰ Bundespräsident Waldheim hat bei der Regierungsbildung 1986, was den Regierungsbildungsauftrag betrifft, keine große Rolle gespielt und hat im Wesentlichen jene Konventionen fortgesetzt, die schon seine Vorgänger ebenso handhabten.⁶¹

4.1.2.2. Hintergrundgespräche

Abgesehen von den formalen Hintergrundgesprächen, die Waldheim in den ersten beiden Tagen nach der Wahl mit allen Parteioberleuten führte, hielt sich der Bundespräsident im Vergleich zu späteren Bundespräsidenten und Regierungsbildungen eher zurück. Es gab wenige Informationskontakte zwischen ihm und Vranitzky bzw. ihm und Mock im Verlauf der Regierungsverhandlungen. Der Großteil der Gespräche und Verhandlungen fand zwischen den

⁵⁷ Vgl. Andreas Khol (7.2.2018), Experten-Interview; Vgl. ORF (April 1986), TV-Hearing Kurt Steyrer-Kurt Waldheim; Vgl. Christian Dickinger (2000), Österreichs Präsidenten. Von Karl Renner bis Thomas Klestil, Wien: Kremayr & Scheriau, 168f.

⁵⁸ Vgl. Franz Vranitzky (2017), Zurück zum Respekt. Überleben in einer chaotischen Welt, Wien: Edition A, 58f.

⁵⁹ Vgl. Waldheim, Die Antwort, 128.

⁶⁰ Vgl. APA (26.11.1986), Waldheim beauftragte Vranitzky mit Regierungsbildung.

⁶¹ Vgl. Welan, Das österreichische Staatsoberhaupt, 51; Vgl. Lothar Höbelt (30.1.2018), Experten-Interview.

beiden zukünftigen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP statt.⁶² Das knappe Wahlergebnis zwischen den beiden Großparteien hatte keinen gravierenden Einfluss auf die Rolle Waldheims bei den Hintergrundgesprächen. Die Anzahl der Parteien im Parlament hatte ebenfalls wenig Einfluss auf seine Rolle bei den Gesprächen, jedoch die Tatsache, dass die beiden Kleinparteien jeweils nicht einmal die 10%-Marke überschritten, also sehr klein waren, hat Waldheims Rolle bei der Regierungsbildung zumindest nicht verstärkt. Aus den öffentlichen Stellungnahmen geht, wie gleich zu sehen sein wird, ferner hervor, dass Waldheim in den wenigen Gesprächen mit Vranitzky und Mock eindeutig eine Präferenz für eine Große Koalition aus SPÖ und ÖVP zeigte. Daraus wird also ersichtlich, dass es in den wenigen Gesprächen vor allem um die Koalitionsform und weniger um Personelles und Inhaltliches ging.⁶³

4.1.2.3. Öffentliche Stellungnahmen

Hinsichtlich der öffentlichen Stellungnahmen hat Waldheim versucht, eine stärkere Rolle zu spielen und Einfluss auf die Regierungsbildung zu nehmen. Vor der Nationalratswahl und in seinem eigenen Bundespräsidentenwahlkampf sprach Waldheim keine klare Präferenz für eine bestimmte Regierungskonstellation aus. Er wollte im Präsidentenwahlkampf lediglich eine Minderheitsregierung nach Möglichkeit verhindern und er hatte keine Einwände gegen eine Regierungsbeteiligung der Grünen. Doch im Zuge der Regierungsbildung Ende 1986 bekundete Waldheim öffentlich seine Präferenz für eine Große Koalition aus SPÖ und ÖVP. Bei einem Festakt anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Wirtschaftskammer Anfang Dezember 1986 nahm er zur Regierungsbildung Stellung und sagte:

„Im Vordergrund aller Überlegungen haben die Interessen Österreichs sowie die Sorgen und die Probleme der Menschen unseres Landes zu stehen. Es wird daher notwendig sein – und ich habe dies bereits zu Beginn der Verhandlungen festgestellt – eine Regierung auf breiter Basis zu bilden. Die anstehenden Probleme des Landes sind zu groß, um sie ohne konstruktive Zusammenarbeit der maßgebenden politischen Kräfte unseres Landes lösen zu können.“⁶⁴

⁶² Vgl. ebd.; Vgl. *Khol*, Experten-Interview.

⁶³ Vgl. *ORF* (April 1986), TV-Hearing Kurt Steyrer-Kurt Waldheim.

⁶⁴ *APA* (3.12.1986), Waldheim begrüßt Gespräche Vranitzky-Mock - gegen taktische Manöver und Machtkonzentration.

Diese Haltung in Richtung einer bestimmten Regierungskoalition brachte ihm die Kritik der Opposition, namentlich Jörg Haiders ein, der es als befremdlich empfand, dass sich ein an sich überparteiliches Staatsoberhaupt in laufende Regierungsverhandlungen einmischte.⁶⁵

Die Positionierung Waldheims für eine Große Koalition und gegen ein schwarz/blau Experiment bei den Hintergrundgesprächen und bei seinen öffentlichen Stellungnahmen ist zweifelsohne auch auf den Bundespräsidentenwahlkampf ein halbes Jahr zuvor, der das internationale Ansehen Österreichs schädigte, und damit auf mögliche neuerliche negative Reaktionen des Auslandes auf eine rechtskonservative ÖVP/FPÖ-Regierung zurückzuführen. Eine von Waldheim ernannte ÖVP/FPÖ-Regierung hätte nach der Affäre um seine Person im Zweiten Weltkrieg vermutlich noch weiter das Image Österreichs im Ausland beschädigt, zumindest aber nicht zu einer Entspannung in dieser Frage beigetragen, weswegen der Bundespräsident von dieser Möglichkeit ganz bewusst Abstand nahm.⁶⁶ Waldheim spielte mit dem öffentlichen Eintreten für eine Große Koalition keine unwesentliche, wenn auch keine ausschlaggebende Rolle. ÖVP-Chef Mock war zwar alles andere als ein Großkoalitionär und liebäugelte immer wieder mit der Bildung einer schwarz/blauen Regierung, dieses Vorhaben wurde jedoch bereits vom ÖVP-Parteivorstand abgelehnt, weswegen sich SPÖ und ÖVP dann recht schnell auf eine Große Koalition einigten.⁶⁷ Waldheim trat zwar öffentlich für eine Große Koalition ein und nahm damit keine unbedeutende Rolle bei der Regierungsbildung ein, trieb damit aber nur das voran, was der ÖVP-Vorstand bereits entschieden hat und worauf sich folglich SPÖ und ÖVP einigten.⁶⁸

4.1.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen

Mitte Jänner 1987 gingen die Regierungsverhandlungen dem Ende zu und der designierte Bundeskanzler Vranitzky legte Bundespräsident Waldheim die Ministerliste vor, gegen die Waldheim keinerlei Einwände hatte. Was die Verweigerung von Ministervorschlägen betrifft hielt sich Waldheim 1986/87 völlig zurück und spielte keine Rolle. Am 22. Jänner 1987 wurde die SPÖ/ÖVP-Regierung unter Kanzler Vranitzky und Vizekanzler Mock von Bundespräsident Waldheim angelobt.⁶⁹

⁶⁵ Vgl. APA (3.12.1986), Haider übt Kritik am Bundespräsidenten.

⁶⁶ Vgl. Dickinger, Österreichs Präsidenten, 175; Vgl. Hartmann/Kempf, Staatsoberhäupter, 137.

⁶⁷ Vgl. ebd. 137; Vgl. Höbelt, Experten-Interview; Vgl. Dickinger, Der Bundespräsident, 132; Vgl. Wolfgang C. Müller (1988), Die neue große Koalition in Österreich. In: ÖZP, Heft 4, 1988, 324.

⁶⁸ Vgl. Neue Vorarlberger Tageszeitung (19.9.1999), Regierung muß nach der Wahl nicht zurücktreten, 4.

⁶⁹ Vgl. Müller, Die neue große Koalition, 328; Vgl. APA (15.1.1987), Spitzengremien von SP und VP legten Ministerlisten vor - Justizressort noch offen.

4.1.2.5. Fazit

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Waldheim betreffend Regierungsbildungsauftrag und Verweigerung von Ministervorschlägen keinerlei Rolle gespielt hat. Hinsichtlich der Hintergrundgespräche spielte er auch eine eher untergeordnete Rolle und überließ die Regierungsverhandlungen ohne viel zutun den beiden verhandelnden Parteien. Die Hintergrundgespräche, die er führte, hatten zum Inhalt, dass er sich eine Regierung auf breiter Basis, konkret eine SPÖ/ÖVP-Regierung erwartete. Eine etwas größere, wenn auch nicht übermäßige Rolle spielte er durch seine öffentlichen Stellungnahmen, wo er für eine Große Koalition eintrat, da diese die Probleme des Landes am besten lösen könne. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Waldheim 1986/87 keine überragende bzw. ausschlaggebende Rolle spielte, aber dennoch seine Vorstellungen über die von ihm präferierte Koalitionsform öffentlich kundtat.

Diese mäßige Rolle, die Waldheim vor allem durch seine öffentliche Äußerung einnahm, ist zweifelsohne auf die Gefahr von möglichen negativen Reaktionen auf die Ernennung einer schwarz/blauen Regierung zurückzuführen. Der vormalige Außenpolitiker Waldheim wollte, nach den Diskussionen um seine Kriegsvergangenheit im Präsidentschaftswahlkampf, nach Möglichkeit weiteren Schaden für Österreich vermeiden. Daher trat er öffentlich für eine Große Koalition ein.⁷⁰ Doch auch die Parteienverhältnisse im Nationalrat hatten Einfluss auf seine Rolle, jedoch weniger die Anzahl der Parteien im Nationalrat als die Stärke einer der Kleinparteien, nämlich der FPÖ. Die FPÖ war so stark, dass sich nicht nur rechnerisch, sondern auch politisch gewollt von ÖVP-Chef Mock eine schwarz/blau Regierung ausging.⁷¹ Wäre sich diese Konstellation bei einem schwächeren Abschneiden der FPÖ von vorn herein gar nicht ausgegangen und hätte es somit nur die Möglichkeit einer SPÖ/ÖVP-Regierung gegeben, hätte Waldheim vermutlich weniger oder gar keinen öffentlichen Druck in Richtung Großer Koalition ausüben müssen bzw. können, womit seine Rolle noch geringer gewesen wäre.

4.2. Regierungsbildung 1990

4.2.1. Vorgeschichte und Wahlergebnis

Die Nationalratswahlen 1990 fanden nach einer voll ausgeschöpften vierjährigen Legislaturperiode im Herbst 1990 statt. Diese Nationalratswahlen gingen gut zwei Jahre nach der Einsetzung der Historikerkommission, die die Rolle Bundespräsident Waldheims im Zweiten Weltkrieg untersuchen sollte, über die Bühne. Durch die gemeinsam vom

⁷⁰ Vgl. *Hartmann/Kempf*, Staatsoberhäupter, 137; Vgl. *Dickinger*, Österreichs Präsidenten, 132.

⁷¹ Vgl. ebd. 132.

Bundespräsidenten und der Bundesregierung einberufene Historikerkommission kam es zu Differenzen zwischen Bundespräsident und Bundeskanzler über die Einsetzung eines österreichischen Mitgliedes in die Kommission. Darum war das Verhältnis zwischen Präsident und Kanzler in der Folge nicht ungetrübt. Waldheim wurde von einigen Kommentatoren nachgesagt, er hätte vor, die Regierung zu entlassen, was er jedoch in Wirklichkeit nie wollte. Umgekehrt gab es Gerüchte, Vranitzky spielte mit dem Gedanken eines Rücktrittes der Regierung, was auch nicht 100%ig zu belegen ist und letztlich nie geschah.⁷²

Im selben Jahr 1988 übergab Ex-Kanzler Sinowatz, der nach wie vor SPÖ-Chef war, nun auch die SPÖ-Parteiführung an Kanzler Vranitzky.⁷³ An der ÖVP-Spitze vollzog sich 1989 ein Wechsel. Alois Mock wurde durch den bisherigen Landwirtschaftsminister Josef Riegler ersetzt. Mock blieb als Außenminister auch weiterhin Teil der Regierung.⁷⁴ Dieser Obmann-Wechsel bei der ÖVP wurde von vielen in der SPÖ als Ausgangspunkt für einen Wechsel der ÖVP in Richtung ÖVP/FPÖ-Koalition gedeutet, was durch die Wahl Jörg Haiders zum Kärntner Landeshauptmann durch ÖVP und FPÖ im Mai 1989 noch untermauert wurde. Riegler scherte aber nicht aus und setzte die Koalition mit der SPÖ bis zur Wahl von 1990 fort.⁷⁵

Die Nationalratswahl fand am 7. Oktober 1990 statt und brachte diesmal ein sehr eindeutiges Ergebnis. Die SPÖ verlor mit 0,33% nur sehr marginal und kam auf 42,78% der Stimmen, die ÖVP verlor hingegen stark, nämlich um 9,22% und kam auf 32,07%, der große Gewinner dieser Wahl war wiederum die FPÖ, die um 6,91% zulegen konnte und 16,64% erreichte und die Grünen konnten mit einem sehr kleinen Verlust von 0,04% ihre Stimmen mit 4,78% beinahe halten.⁷⁶ Österreich hatte mit diesem Wahlergebnis auch weiterhin ein Vier-Parteien-Parlament, jedoch mit einer deutlich gestärkten FPÖ und knapp über der Vier-Prozent-Hürde stehende Grüne. Das Wahlergebnis war viel eindeutiger als 1986, denn nun trennte SPÖ und ÖVP mehr als 10% der Stimmen, der Abstand der ÖVP zur FPÖ betrug 15,43% und die Grünen lagen 11,86% hinter der FPÖ.

⁷² Vgl. Waldheim, Die Antwort, 196; Vgl. Dickinger, Der Bundespräsident, 152f.

⁷³ Vgl. David F. J. Campbell (1995), Fred Sinowatz. In: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hgg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik, Wien: Manz, 530.

⁷⁴ Vgl. Chorherr, Eine kurze Geschichte der ÖVP, 69; Vgl. Franz Vranitzky (2004), Politische Erinnerungen, Wien: Paul Zsolnay Verlag, 204.

⁷⁵ Vgl. Dickinger, Österreichs Präsidenten, 175f.

⁷⁶ Vgl. Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 1990, https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_1990 (aufgerufen am 23.2.2018).

4.2.2. Die Regierungsbildung

Auf dieser Grundlage begannen die Parteien Mitte Oktober 1990, eine Regierung zu bilden. Es waren die gleichen Regierungskonstellationen wie 1986 möglich, wobei Schwarz/Blau durch die Verluste der ÖVP diesmal eine knappere Mehrheit von nur zwei Mandaten hatte. Die breiteste Mehrheit, wenn auch nicht so deutlich wie 1986, hatte wiederum eine Große Koalition. SPÖ/FPÖ war rein rechnerisch möglich, aber wurde politisch von Vranitzky weiterhin ausgeschlossen.⁷⁷ Rot/Grün und Schwarz/Grün hatte jeweils keine Mehrheit.

4.2.2.1. Regierungsbildungsauftrag

Der Auftrag zur Bildung einer Regierung erfolgte bereits zwei Tage nach der Nationalratswahl, nämlich am 9. Oktober 1990, also weit unter jenen Zeiträumen, die bei anderen Regierungsbildungen zuvor oder auch danach vergingen bis ein Bundespräsident einen Regierungsbildungsauftrag erteilte.⁷⁸ Wie schon 1986 beauftragte Waldheim der Tradition entsprechend den Obmann der mandatsstärksten Partei, nämlich Vranitzky von der SPÖ mit der Regierungsbildung. Hier hat Waldheim keinerlei gravierende Rolle gespielt und setzte die Usance seiner Vorgänger auch weiterhin fort. Waldheim war keiner, der für Experimente zu haben war, sondern alles in möglichst geordneten Bahnen, ohne großes Aufsehen behandelt haben wollte.⁷⁹ Daher wäre es für ihn undenkbar gewesen in dieser Situation, wo die stimmenstärkste Partei fast 11% Vorsprung auf die zweitplatzierte ÖVP hatte, jemand anderen als Vranitzky mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Es ist zu erkennen, dass neben der Fortführung der Tradition auch das eindeutige Wahlergebnis mit sehr großen Abständen zwischen den jeweiligen Parteien ausschlaggebend für die nicht vorhandene Rolle Waldheims beim Auftrag zur Regierungsbildung war. Auch die kurze Dauer von der Wahl zum Auftrag der Regierungsbildung zeigt, dass Waldheim hier keine Sekunde zögerte, aufgrund dieses Wahlergebnisses Vranitzky zu beauftragen.⁸⁰

4.2.2.2. Hintergrundgespräche

Neben den Gesprächen in den Tagen nach der Nationalratswahl fanden 1990 wenige Hintergrundgespräche zwischen Waldheim und den Spitzen der beiden eine Koalition ausverhandelnden Parteien statt. Eines dieser Gespräche gab es Ende November 1990, wo Waldheim auf Vranitzky und Riegler traf und sich vom Stand der Koalitionsverhandlungen

⁷⁷ Vgl. APA (22.9.1990), Vranitzky: Ein klares Nein zu Koalition mit Haider FPÖ.

⁷⁸ Vgl. APA (9.10.1990), Vranitzky mit Regierungsbildung beauftragt.

⁷⁹ Vgl. Khol, Experten-Interview.

⁸⁰ Vgl. APA (9.10.1990), Vranitzky mit Regierungsbildung beauftragt.

informieren ließ. Bei diesem Gespräch drängte Waldheim die beiden Parteichefs auf eine ehestmögliche Regierungsbildung, da es Österreich zu jener Zeit mit einer Vielzahl von innen- und außenpolitischen Fragen, die es zu lösen galt, zu tun hatte. Konkret ließ Waldheim wissen, dass er seiner

„Hoffnung Ausdruck [gab], daß die Verhandlungen zügig vorangetrieben und zu einem baldigen Abschluß geführt werden. Die ehestmögliche Bildung einer voll handlungsfähigen Regierung sei angesichts der Vielzahl anstehender innen- und außenpolitischer Fragen im Interesse des Landes wünschenswert“⁸¹.

Waldheim wollte damit in Richtung der von ihm gewollten und ohnehin sich in Bildung befindlichen Großen Koalition hinarbeiten. Vor allem ging es ihm darum, zu vermeiden, dass die Regierungsverhandlungen noch platzen könnten, denn die FPÖ machte klar, dass auch sie bereitstehen würde, mit der ÖVP in offizielle Regierungsverhandlungen zu treten, sollten die SPÖ/ÖVP-Verhandlungen scheitern. Manche ÖVP-Politiker, wie etwa der Kärntner ÖVP-Chef Christof Zernatto, wären auch schon parallel zu den SPÖ/ÖVP-Verhandlungen bereit gewesen, Gespräche mit der FPÖ zu beginnen.⁸² Unter anderem durch die für manche ÖVP-Politiker durchaus attraktive schwarz/blau Variante hat der Großkoalitionär Waldheim Druck auf die Spitzen von Rot und Schwarz gemacht, um möglichst schnell eine Große Koalition zustande zu bringen.

Neben diesem Gespräch, in dem es vor allem um Inhalte und Zeitvorgaben ging, gab es schließlich noch das Zusammentreffen Vranitzkys und Rieglers mit Waldheim Mitte Dezember, wo die beiden den Bundespräsidenten über den Abschluss der Regierungsverhandlungen und über Personelles informierten.⁸³ Waldheim hat hinsichtlich der Hintergrundgespräche mit den Parteiexponenten eine kleine Rolle gespielt und hat vor allem die Geschwindigkeit der Bildung einer neuen Großen Koalition voran treiben wollen.

4.2.2.3. Öffentliche Stellungnahmen

Hier hat Waldheim 1990 ebenfalls kaum eine Rolle gespielt. Vor der Nationalratswahl gab es von Waldheim keine nennenswerten Stellungnahmen zur bevorstehenden Regierungsbildung. Während der Phase der Regierungsbildung gab es, neben dem oben erwähnten Gespräch vom November, woraufhin Waldheims Appell zur Eile veröffentlicht wurde, erst zur Angelobung eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten, wonach er

⁸¹ APA (27.11.1990), Waldheim für „ehestmögliche Regierungsbildung“.

⁸² Vgl. APA (12.11.1990), Zernatto verlangt parallele Koalitionsverhandlungen mit FPÖ.

⁸³ Vgl. APA (12.12.1990), Vranitzky und Riegler informierten den Bundespräsidenten.

die „innen- und außenpolitischen Weichenstellungen für ein neues Europa“⁸⁴ als wichtigste Aufgabe der neuen Regierung nannte. Waldheim hat bei dieser Regierungsbildung mit öffentlichen Stellungnahmen im Vergleich zu 1986 gespart und sich kaum zu Wort gemeldet. Er hat zwar in Richtung einer Großen Koalition gearbeitet, aber dies weniger in der Öffentlichkeit gemacht wie etwa 1986.

4.2.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen

Hier hat Waldheim 1990, entgegen der Ankündigung in seinem Präsidentschaftswahlkampf, keinen Gebrauch von seinem Recht Ministervorschläge zu verweigern, gemacht. Vranitzky und Riegler legten am 16. Dezember 1990 Waldheim die Ministerliste vor und ohne zu zögern genehmigte er sie.⁸⁵ Die Regierung wurde am nächsten Tag, dem 17. Dezember 1990, ohne Verzögerungen von Waldheim angelobt.

4.2.2.5. Fazit

Die Regierungsbildung von 1990 ist von einer sehr kleinen, fast nicht vorhandenen Rolle Waldheims geprägt.⁸⁶ Er hat weder gezögert, den Regierungsbildungsauftrag an Vranitzky zu vergeben, er hat sich vor der Angelobung öffentlich kaum in eine bestimmte Richtung geäußert und er verweigerte keine Ministervorschläge. Grundsätzlich ernannte Waldheim wieder jene Koalition, auf die sich die Parteien ohnehin schon geeinigt hatten. Einzig im Gespräch mit Vranitzky und Riegler machte Waldheim etwas Druck, schnell zu einem Ende der Regierungsbildung zu kommen. Waldheim wollte durch die Erfahrungen in seinem Präsidentschaftswahlkampf 1986 mit dem Druck in Richtung schneller Bildung einer Großen Koalition im Hintergrundgespräch unter anderem eine im Bereich des Möglichen stehende und von manchen Vertretern der ÖVP nicht ausgeschlossene ÖVP/FPÖ-Koalition vermeiden, um das Ansehen Österreichs im Ausland zu wahren und um keinen weiteren Imageschaden für das Land zu erleiden.⁸⁷ Dazu Manfred Welan:

„Von den Mandatszahlen her hätte der Bundespräsident eine ÖVP-FPÖ-Regierung bilden können. Die Konstellation von Politik, Parteien und Personen ließ das aber nicht zu. Gerade Waldheim mußte fragen, ‚was wird das Ausland dazu sagen‘. Er war der erste nicht von Sozialisten aufgestellte und durch Volkswahl erfolgreiche Kandidat gewesen. Gerade weil er in gewissem Sinne eine ‚Wende‘ war, waren Stabilität und Kontinuität im Regierungssystem notwendig.“⁸⁸

⁸⁴ *Der Standard* (18.12.1990), Waldheim: Europa als Hauptaufgabe der Regierung, 1.

⁸⁵ Vgl. *APA* (16.12.1990), Maria Fekter neue Bautenstaatssekretärin.

⁸⁶ Vgl. *Khol*, Experten-Interview; Vgl. *Höbelt*, Experten-Interview.

⁸⁷ Vgl. Manfred Welan (1994), Regierungsbildung, Wien: Diskussionspapier Nr. 26-R-94, 20.

⁸⁸ Ebd. 20.

4.3. Regierungsbildung 1994

4.3.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 1992 und Wahlergebnis

Die darauffolgende Legislaturperiode wurde wieder voll ausgeschöpft und die nächsten Nationalratswahlen fanden im Herbst 1994 statt. In diesen vier Jahren gab es mehrere Umwälzungen in der österreichischen Innenpolitik. Zum einen gab es bereits 1991, nach nur zweijähriger Obmannschaft Rieglers wieder einen Wechsel an der ÖVP-Spitze. Aufgrund der Verluste bei der Wahl von 1990 trat Riegler im darauffolgenden Jahr zurück und nach einer innerparteilichen KampfAbstimmung wurde der Wiener Erhard Busek neuer ÖVP Chef.⁸⁹

Im Jahr 1992 standen wieder Bundespräsidentenwahlen an. Kurt Waldheim nahm aufgrund seiner im In- und Ausland umstrittenen Persönlichkeit von einer Kandidatur für eine zweite Amtszeit abstand. Die ÖVP nominierte Ende 1991 daher den Diplomaten sowie ehemaligen UNO-Botschafter und Botschafter Österreichs in den USA Thomas Klestil für die Bundespräsidentenwahl. Klestil war im Gegensatz zu Waldheim ÖVP-Mitglied und in den 60er Jahren auch enger Mitarbeiter von ÖVP-Bundeskanzler Josef Klaus, hat aber andererseits nie ein Ministeramt bekleidet.⁹⁰ Die SPÖ stellte den bisherigen Verkehrsminister Rudolf Streicher als Kandidaten auf. Für die FPÖ kandidierte die Dritte Nationalratspräsidentin Heide Schmidt und für die Grünen ging der parteilose Robert Jungk ins Rennen. Die beiden letzteren schieden bereits im ersten Wahlgang mit 16,4% bzw. 5,7% aus.⁹¹ Der im ersten Wahlgang mit 40,7% noch vorne liegende Streicher unterlag Klestil, der mit einem geschickten Wahlkampf nach dem Motto „Macht braucht Kontrolle“⁹², die Stichwahl sehr deutlich mit 56,9% gewann. Sein Gegenkandidat Streicher kam auf 43,1%.⁹³

Bereits im Bundespräsidentenschaftswahlkampf brachte der dann gewählte Bundespräsident Klestil seine Position zur Regierungsbildung zum Ausdruck. Demnach schloss Klestil, mit dem Hinweis, dass im Parlament nur demokratische Parteien vertreten sind, grundsätzlich keine Regierungskonstellation aus. Er zog aber eine Regierung vor, die für das Land sowohl innen- als auch außenpolitisch die beste ist, wobei die Zusammensetzung der Regierung nicht ausschlaggebend sei:

„Als Bundespräsident würde er jeweils der Regierungskoalition den Vorzug geben, die für Österreich ‚nach innen und nach außen am Besten ist‘. Grundsätzlich gelte dies natürlich für einen möglichst breiten Konsens. Um die Zustimmung zu einer

⁸⁹ Vgl. *Chorherr*, Eine kurze Geschichte der ÖVP, 71f.

⁹⁰ Vgl. *Dickinger*, Österreichs Präsidenten, 188f; Vgl. *Khol*, Experten-Interview.

⁹¹ Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 196f.

⁹² Vgl. Gerhard *Feltl*/Eugen *Semrau* (1992), Persönlichkeit und Image. Gründe und Hintergründe der Wahl von Thomas Klestil zum österreichischen Bundespräsidenten. In: Andreas *Khol*/Günther *Ofner*/Alfred *Stirnermann* (Hgg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 294-300.

⁹³ Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 197.

schwierigen Frage auf eine breite Basis zu stellen, sei jedoch nicht allein die Zusammensetzung der Regierung ausschlaggebend.“⁹⁴

Klestil schloss damit auch die FPÖ unter Jörg Haider nicht aus und attestierte auch ihr und ihren Funktionären Regierungsfähigkeit.⁹⁵ Er wird diese Position vor den nächsten Nationalratswahlen noch einmal bekräftigen, wie später zu sehen sein wird.

Klestil wollte im Amt dann ein aktiver und starker Bundespräsident sein, was ihn in außenpolitischer Hinsicht bereits in seinen ersten Amtsjahren in Konflikt mit der Bundesregierung und vor allem mit dem SPÖ-Kanzler Vranitzky brachte: Im Juni 1994 stimmten die Österreicher in einer Volksabstimmung mit einer Zweidrittelmehrheit für den Beitritt zur Europäischen Union. Klestil war der Meinung, dass nach französischem oder finnischem Vorbild er als Bundespräsident und nicht der Bundeskanzler Österreich im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs zu vertreten hat. Klestil ließ dazu ein Gutachten vom Verfassungsrechtler Friedrich Koja ausarbeiten, das ihm umfassende Befugnisse dahingehend einräumte.⁹⁶ Daher wollte Klestil, dass auch er und nicht wie vorgesehen nur der Kanzler und der Außenminister den EU-Beitrittsvertrag Österreichs in Korfu unterschreibt. Vranitzky ließ das alles kalt und bestand auf seine Rechte als Bundeskanzler, woraufhin ein peinlicher Streit zwischen Präsident und Kanzler, wer nun nach Korfu fahren und unterzeichnen sollte, entbrannte. Letztendlich setzte sich Vranitzky durch, da vorgesehen war, dass das politische Leitungsorgan des Mitgliedstaates, also der Regierungschef, und das war in Österreich der Bundeskanzler und nicht der Bundespräsident, an den Treffen des Europäischen Rates teilzunehmen und daher auch den Beitrittsvertrag zu unterzeichnen hat. Man einigte sich schließlich darauf, dass Vranitzky und Außenminister Mock den Vertrag unterzeichneten und Klestil danach eine Rede halten und am feierlichen Abendessen teilnehmen durfte. Damit wurden Klestil recht drastisch die Grenzen seiner Kompetenzen in außenpolitischen Belangen aufgezeigt und er musste sich schlussendlich damit begnügen, dass hinkünftig der Kanzler Österreich im Europäischen Rat vertreten wird.⁹⁷

Abseits der Wahl Klestils zum neuen Bundespräsidenten kam es 1993 zu einer gravierenden Veränderung der österreichischen Parteienlandschaft. Aufgrund des Anti-Ausländer-Volksbegehrens „Österreich zuerst“ der FPÖ kam es im Parlament zur Abspaltung

⁹⁴ APA (29.4.1992), Klestil: „Macht braucht Kontrolle“.

⁹⁵ Vgl. *ORF Multimediales Archiv* (14.5.1992), Kandidaten-Diskussion am Runden Tisch.

⁹⁶ Vgl. *Horvath*, Das Amtsverständnis, 127; Vgl. *Welan*, Das österreichische Staatsoberhaupt, 88f; Vgl. *Dickinger*, Österreichs Präsidenten, 199.

⁹⁷ Vgl. ebd. 199; Vgl. *Welan*, Das österreichische Staatsoberhaupt, 89; Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 449.

von fünf Abgeordneten der FPÖ unter der Führung der bisherigen Generalsekretärin der FPÖ, Dritten Nationalratspräsidentin und vormaligen FPÖ-Präsidentschaftskandidatin Heide Schmidt, die ohne sich vorher Wahlen gestellt zu haben, während der Legislaturperiode den Liberalen Klub im Nationalrat konstituieren wollte. Gegen heftige Widerstände der FPÖ, die in dieser Frage den Verfassungsgerichtshof anrief, aber abblitzte, einigte man sich im Parlament schließlich darauf, dass die fünf liberalen Abgeordneten ihren eigenen Parlamentsklub bilden durften. Wenig später gründeten diese fünf Abgeordneten dann auch die Partei „Liberales Forum“ (LIF).⁹⁸ Durch diese Abspaltung und Gründung des LIFs hatte Österreich nun erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik ein Fünf-Parteien-Parlament.

Nach einem teils hitzigen und polarisierenden Wahlkampf zwischen den nunmehr fünf Parteien, fand die Nationalratswahl dann am 9. Oktober 1994 statt. Auch diese Nationalratswahlen brachten wieder ein sehr eindeutiges Wahlergebnis. Die beiden Großparteien mussten starke Verluste hinnehmen und waren auf dem Weg zu Mittelparteien. Die SPÖ verlor 7,86% und kam auf 34,92% und die ÖVP büßte 4,4% ein und kam nur mehr auf 27,67% der Wählerstimmen. Die großen Gewinner waren einmal mehr die FPÖ, die mit einem Stimmenzuwachs von 5,86% deutlich zulegte und 22,5% erreichte, aber auch die Grünen, die mit 2,53% deutlich größere Zuwächse als bei vorhergehenden Wahlen verbuchen konnten und damit auf 7,31% kamen, und schließlich das neugegründete LIF, das mit 5,96% aus dem Stand heraus deutlich die Vier-Prozent-Hürde schaffte und im Parlament blieb.⁹⁹ Wiederum waren die Abstände zwischen den Parteien mit rund 7%, 5% und 15% sehr deutlich ausgefallen. Mit dieser Wahl hatte Österreich nun erstmals auch ein gewähltes Fünf-Parteien-Parlament. Das Parteiensystem in Österreich hat sich damit seit 1986 stetig gewandelt hin zu einem Mehrparteiensystem mit mehreren Mittel- und Kleinparteien.

4.3.2. Die Regierungsbildung

Mit diesen Voraussetzungen musste der vormalige Diplomat Klestil als Bundespräsident erstmals eine Regierung bilden. Rechnerisch möglich waren mehrere Varianten, nämlich Rot/Schwarz, Schwarz/Blau und Rot/Blau. Letzteres politisch unmöglich, Schwarz/Blau von wenigen in der ÖVP zwar angedacht, realiter aber von Busek, der sich schon vor der Wahl auf eine Koalition mit der SPÖ festlegte, ebenfalls ausgeschlossen¹⁰⁰, blieb nur mehr eine Große Koalition. SPÖ/Grün, SPÖ/LIF, ÖVP/Grün und ÖVP/LIF gingen sich jeweils

⁹⁸ Vgl. *Vocelka*, Geschichte Österreichs, 351; Vgl. *Pelinka/Rosenberger*, Österreichische Politik, 155; Vgl. *Elisabeth Horvath* (2009), Heinz Fischer. Die Biographie, Wien: Kremayr & Scheriau, 139-142.

⁹⁹ Vgl. *Wikipedia*, Nationalratswahl in Österreich 1994, https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_1994 (aufgerufen am 25.2.2018).

¹⁰⁰ Vgl. *Chorherr*, Eine kurze Geschichte der ÖVP, 77; Vgl. *Vranitzky*, Politische Erinnerungen, 215; Vgl. *Wolfgang Schüssel* (2008), Offengelegt, Salzburg: Ecowin, 8.

nicht aus und von Dreierkoalitionen nahm man von vornherein abstand. Bundespräsident Klesstil schloss im Bundespräsidentenwahlkampf keine Partei von der Regierungsbildung aus. So hielt er es auch vor den Nationalratswahlen 1994.

4.3.2.1. Regierungsbildungsauftrag

Den Auftrag zur Bildung einer Regierung gab Klesstil bei seiner ersten Regierungsbildung der Tradition entsprechend dem Obmann der mandatsstärksten Partei, der SPÖ und damit Vranitzky, jedoch dauerte es, im Gegensatz zu den beiden Wahlen davor, etwas länger bis der Bundespräsident den Regierungsbildungsauftrag erteilte. Von der Wahl bis zum Tag der Erteilung des Regierungsbildungsauftrages vergingen im Oktober 1994 nämlich fünf Tage.¹⁰¹ Klesstil wollte bevor er den Regierungsbildungsauftrag erteilte, wie schon Waldheim, mit allen Chefs der Parlamentsparteien sprechen, aber im Gegensatz zu seinem Vorgänger dabei vor allem auch das Wahlergebnis genau „analysieren und [...] erfahren, welche inhaltlichen Vorgaben die Parteien im Wählervotum erblicken“¹⁰². Zudem erfordere gemäß Klesstil das Wahlergebnis, das durch die veränderten Stärkeverhältnisse und die gesteigerte Anzahl der Parteien im Nationalrat eine tiefgreifende „Umgestaltung mit völlig neuen Chancen und Herausforderungen für das politische Leben in Österreich“¹⁰³ bedeutete, „ein intensives Nachdenken über die künftige Arbeit im Parlament und die verantwortungsbewusste Zusammenarbeit der politischen Parteien“¹⁰⁴. Klesstil wollte sich bei seiner ersten Regierungsbildung aufgrund des Wahlergebnisses, das ein Erstarken der vormaligen Kleinparteien und mit dem LIF erstmals eine fünfte Partei in den Nationalrat brachte, mehr Zeit lassen und zuerst über das Wahlergebnis im Detail sprechen, es mit den Parteichefs analysieren, über die Folgen für die Zusammenarbeit der Parteien diskutieren und erst dann den Regierungsbildungsauftrag erteilen. Verglichen mit Waldheim, der kaum zögerte und gleich nach zwei oder drei Tagen den Regierungsbildungsauftrag erteilte, spielte Klesstil damit durch die veränderten Parteienverhältnisse, was den Regierungsbildungsauftrag betrifft, wenn auch nicht gravierend, aber doch eine etwas größere Rolle.¹⁰⁵ Am Freitag nach der Wahl, dem 14. Oktober 1994, erhielt Vranitzky dann den offiziellen Regierungsbildungsauftrag von Klesstil und ersterer begann mit der ÖVP zu verhandeln.¹⁰⁶

¹⁰¹ Vgl. Manfred Welan (2000), Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, Wien: Diskussionspapier Nr. 80-R-2000, 27.

¹⁰² *Kurier* (11.10.1994), Keine Eile bei Regierungsbildung: Klesstil will „intensiv nachdenken“, 4.

¹⁰³ Ebd. 4.

¹⁰⁴ Ebd. 4.

¹⁰⁵ Vgl. Dickinger, Österreichs Präsidenten, 200; Vgl. Manfred Welan (1999), Demokratie auf Österreichisch. Oder die erstarrte Republik, Wien: Czernin Verlag, 63f.

¹⁰⁶ Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (15.10.1994), Die neue alte Koalition will diesmal alles besser machen. SP und VP versprechen mehr Tempo und weniger Haxelbeisserei, 1.

4.3.2.2. Hintergrundgespräche

Betreffend die Hintergrundgespräche hat Klestil 1994 im Vergleich zu späteren Regierungsbildungen nicht übermäßig viele Gespräche geführt. Klestil hat zwar formale Zusammentreffen mit Vranitzky und Busek gehabt, bei denen er sich laufend von den Regierungsverhandlungen informieren ließ¹⁰⁷, jedoch hielt er sich abseits der formalen Informationsgespräche in der Phase der Regierungsbildung mit Gesprächen eher zurück. Er überließ das Verhandeln vielmehr den beiden mit Abstand stärksten Parteien SPÖ und ÖVP.

Anfang/Mitte November 1994 kam es zwischen SPÖ und ÖVP zu Konflikten über die Kompetenzverteilung der Ministerressorts und über die geplanten Einsparungen im Budget.¹⁰⁸ ÖVP-Chef Busek drohte daraufhin sogar mit dem Platzen der Regierungsverhandlungen, sollte sich die SPÖ mit der ÖVP in den strittigen Themen nicht bald einigen. Im Zuge dessen führte Busek am 17. November ein Gespräch mit Klestil, wo es neben den Konfliktthemen, also Inhaltlichem, auch um eine mögliche alternative Koalitionsform zur Großen Koalition, nämlich einer Minderheitsregierung ging. Wie Klestil in diesem Gespräch zu einer Minderheitsregierung der ÖVP stand, geht nicht eindeutig aus den Quellen hervor. Nach all dem, was man von Klestil weiß, war er in dieser Situation aber eher gegen eine solche Minderheitsregierung.¹⁰⁹ Die SPÖ ließ die Androhung Buseks kalt und man brachte die ÖVP dazu, dann doch weiter zu verhandeln.¹¹⁰

Danach hat Klestil nur mehr kurz vor der Regierungsbildung das formale Informationsgespräch, dass sich die verhandelnden Parteien auf eine Koalition geeinigt haben, geführt. Klestil hat hinsichtlich der Hintergrundgespräche damit keine übermäßige Rolle gespielt, denn trotz mancher Differenzen nahmen die beiden stärksten Parteien das Heft selbst in die Hand. Durch die Eindeutigkeit des Wahlergebnisses und die Festlegung der beiden Parteien auf eine Große Koalition war es klar, dass Klestil bei den Verhandlungen, die die beiden stärksten Parteien führten, wenig Rolle spielen konnte.¹¹¹

4.3.2.3. Öffentliche Stellungnahmen

Diese kleine Rolle Klestils zeigt sich auch bei den öffentlichen Stellungnahmen. Hier hielt sich Klestil 1994 ebenfalls zurück. Lediglich nach dem Regierungsbildungsauftrag legte er nach den Gesprächen mit den Parteichefs seine inhaltlichen Positionen öffentlich dar.

¹⁰⁷ Vgl. APA (14.10.1994), Bundespräsident betraut Dr. Vranitzky mit der Regierungsbildung; Vgl. APA (7.11.1994), Koalitionsverhandlungen: Montag abend kurze Zwischenrunde.

¹⁰⁸ Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (5.11.1994), Busek droht Vranitzky mit dem Bundespräsidenten, 2.

¹⁰⁹ Vgl. *Welan*, Regierungsbildung, 24.

¹¹⁰ Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (17.11.1994), Vranitzky in der Klemme: Die VP drängt, die Gewerkschaft bremst. Busek droht: Wenn die Koalition bis Sonntag nicht steht, steigen wir aus, 1.

¹¹¹ Vgl. *Khol*, Experten-Interview; Vgl. *Dickinger*, Österreichs Präsidenten, 200.

Demnach waren dem Außenpolitiker Klestil durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union der Erhalt der inneren Sicherheit und der äußeren Stabilität sehr wichtig. Bestimmte Wunsch-Koalitionsformen oder personelle Wünsche äußerte Klestil nicht.¹¹²

In der Phase der Regierungsbildung sind keine größeren öffentlichen Stellungnahmen Klestils bekannt. Erst wieder nach der Angelobung gab er am 2. Dezember dem Kurier ein Interview, in dem er zu manchen inhaltlichen Vorhaben der neuen Regierung, wie die Budgetsanierung, das Sparpaket und die Gestaltung des Sozialsystems, kritisch Stellung nahm. Auch sah Klestil in diesem Interview durch das neue Fünf-Parteien-Parlament seine eigene Stellung als Bundespräsident gestärkt.¹¹³ Abseits dieser Stellungnahmen sind aus den zugänglichen Quellen keine weiteren öffentlichen Wortmeldungen Klestils zur Regierungsbildung 1994 bekannt.

4.3.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen

Klestil hat im Jahr 1994 keine Ministervorschläge der Bundesregierung zurückgewiesen. Ende November wurden Klestil das Regierungsprogramm und die Ministerliste zum eingehenden Studium vorgelegt und er hat keine Bedenken oder Vorbehalte gegenüber bestimmter Ministerkandidaten gehabt. Die Angelobung fand schließlich am 29. November 1994 statt.

Einzig im erwähnten Kurier-Interview von Anfang Dezember äußerte Klestil seine Bedenken über die Größe der Regierungsmannschaft. Die Koalition einigte sich nämlich darauf, dass die neue Regierung um ein Ministerium mehr erhalten sollte.¹¹⁴ Klestil bezweifelte in dem Interview daher, ob in Zeiten eines rigorosen Sparkurses die Vermehrung der Regierungsposten ein richtiges Signal sei. Er wäre angesichts des Sparpaketes für die Bevölkerung auch für eine kleinere Regierung.¹¹⁵ Doch zu diesem Zeitpunkt war die Regierung schon gebildet und angelobt, Klestil konnte daher nichts mehr ausrichten. Abseits der Kritik an der Anzahl der Minister, gab es sonst keine Einwände oder Einflussnahmen auf die personelle Zusammensetzung der Regierung von Seiten Klestils.

4.3.2.5. Fazit

Zusammenfassend ist zu erkennen, dass Klestil bei der Regierungsbildung 1994 keine besondere Rolle gespielt hat.¹¹⁶ Einzig der Regierungsbildungsauftrag erging durch die

¹¹² Vgl. APA (14.10.1994), Bundespräsident betraut Dr. Vranitzky mit der Regierungsbildung.

¹¹³ Vgl. APA (2.12.1994), Klestil im „Kurier“: Bürger besser über Sparkurs aufklären.

¹¹⁴ Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (26.11.1994), Die neue Regierung ist der alten um einen Kopf voraus. Mögliche Newcomer: Schäffer, Karisch, Mertel, Pittermann, 2.

¹¹⁵ Vgl. APA (2.12.1994), Klestil im „Kurier“: Bürger besser über Sparkurs aufklären.

¹¹⁶ Vgl. Khol, Experten-Interview; Vgl. Höbelt, Experten-Interview; Vgl. Dickinger, Der Bundespräsident, 133.

veränderten Parteienverhältnisse mit fünf Parteien im Nationalrat etwas später als bei den Regierungsbildungen Waldheims, nämlich fünf Tage nach dem Wahltag. Dennoch gab Klestil den Regierungsbildungsauftrag der Usance entsprechend an Vranitzky als Obmann der mandatsstärksten Partei. Bei den Hintergrundgesprächen und den öffentlichen Stellungnahmen hielt sich Klestil zurück, was einerseits auf das deutliche Wahlergebnis zurückzuführen ist, nach dem SPÖ und ÖVP trotz Verlusten mit Abstand die stärksten Parteien waren und auf dieser Basis sich die Beiden zum Teil schon vor der Wahl, aber, ungeachtet kleiner Differenzen, spätestens im November, recht schnell aufeinander fixierten und schließlich die Regierung bildeten. Zweitens handelte es sich hier um eine Große Koalition und damit drohten in diesem Jahr auch keine negativen internationalen Reaktionen auf eine neue österreichische Regierung. Klestil hatte trotz seines Amtsverständnisses, vor allem außenpolitisch ein aktiver und starker Bundespräsident zu sein, daher auch keinen Anlass, einen stärkeren Einfluss auf die Regierungsbildung wegen möglicher negativer Reaktionen des Auslandes zu nehmen.

4.4. Regierungsbildung 1995/96

4.4.1. Vorgeschichte und Wahlergebnis

Die 1994 gebildete Regierung hielt nur ein gutes Jahr lang, denn bereits im Dezember 1995 musste nämlich neu gewählt werden. Doch zuvor kam es im April 1995 an der ÖVP-Spitze wieder zu einem Obmannwechsel. Aufgrund der Wahlverluste bei der Nationalratswahl 1994 trat Busek als ÖVP-Obmann im April 1995 zurück und machte dem bisherigen Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel Platz, der gleichzeitig in der Regierung das Außenministerium vom bereits von seiner Krankheit gezeichneten Alois Mock übernahm.¹¹⁷ Ein halbes Jahr später brach zwischen den beiden Koalitionsparteien ein Streit über die Art und Weise der Sanierung des Budgets für die folgenden Jahre aus und Schüssel und die ÖVP kündigten die Große Koalition im Oktober auf und die vorgezogenen Neuwahlen wurden für den 17. Dezember 1995 angesetzt.¹¹⁸

Diese vorweihnachtlichen Neuwahlen brachten für die beiden Koalitionsparteien keine schlechten Ergebnisse. Die SPÖ konnte mit Vranitzky, der im Wahlkampf für Stabilität stand und als Wahrer der Pensionen verkauft wurde, 3,14% zulegen und kam auf 38,06%. Die ÖVP konnte um 0,62% minimal zulegen, verfehlte aber ihr vor der Wahl gestecktes Ziel, seit 1966 erstmals wieder stärkste Partei zu werden deutlich und lag mit 28,29% fast 10% hinter der SPÖ.

¹¹⁷ Vgl. *Chorherr*, Eine kurze Geschichte der ÖVP, 77f; Vgl. *Dickinger*, Österreichs Präsidenten, 204; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 8-12.

¹¹⁸ Vgl. ebd. 18-21; Vgl. *Chorherr*, Eine kurze Geschichte der ÖVP, 80; Vgl. *Vranitzky*, Politische Erinnerungen, 220f; Vgl. *Peter Pelinka* (2003), Wolfgang Schüssel. Eine politische Biographie, Wien: Ueberreuter, 136-138.

Die drei Oppositionsparteien verloren erstmals seit langem an Wählerstimmen, wobei die FPÖ nur einen sehr kleinen Verlust von 0,61% hinnehmen musste und auf 21,89% kam, auch das LIF verlor, jedoch auf niedrigem Niveau, marginal mit 0,45% und landete bei 5,51%, während die Grünen um 2,5% etwas deutlicher verloren und mit 4,81% hinter dem LIF nur mehr fünfte Kraft im Parlament war. Die Abstände waren wiederum sehr deutlich. Zwischen den beiden ersten lagen knapp 10%, die ÖVP trennte von der FPÖ über 6% und die beiden kleinen Parteien wiesen einen Abstand von rund 17% zur dritten FPÖ auf. Auch blieb mit den Ergebnissen der beiden Kleinparteien, die beide wiederum die Vier-Prozent-Hürde überschritten, das Fünf-Parteien-Parlament erhalten.¹¹⁹

4.4.2. Die Regierungsbildung

Auf Basis dieses Wahlergebnisses waren, wie schon in den Jahren zuvor, eine Große Koalition, Schwarz/Blau und das von Vranitzky ausgeschlossene Rot/Blau möglich. Andere Zweivarianten waren in diesem Jahr rechnerisch nicht machbar und Dreierkoalitionen kamen von vorn herein nicht in Frage.

4.4.2.1. Regierungsbildungsauftrag

Klestil vergab auch in diesem Jahr der Tradition entsprechend den Regierungsbildungsauftrag an den Obmann der mandatsstärksten Fraktion im Parlament und damit Vranitzky von der SPÖ. Diesmal dauerte es drei Tage bis Klestil am Mittwoch nach der Wahl den Regierungsbildungsauftrag erteilte. Dennoch gab es sehr eingehende und intensive Erstgespräche zwischen dem Bundespräsidenten und den Parteichefs. Klestil machte bei dieser Regierungsbildung deutlich mehr Druck und drängte bereits in den Erstgesprächen darauf, dass er bald eine neue Regierung haben möchte. Verglichen mit seiner ersten Regierungsbildung spielte Klestil, was den Regierungsbildungsauftrag betrifft, eine wiederum nicht unwesentliche Rolle und erteilte am 20. Dezember 1995 den Auftrag zur Regierungsbildung an Vranitzky.¹²⁰

4.4.2.2. Hintergrundgespräche

Hinsichtlich der Hintergrundgespräche hat Klestil in diesem Jahr eine etwas bedeutendere Rolle gespielt. Er hat nämlich bereits in den Tagen nach dem Regierungsbildungsauftrag, beginnend am Donnerstag nach der Wahl, erstmals auch Gespräche mit den Vertretern der Sozialpartner, konkret mit den Chefs der Wirtschaftskammer, der Arbeiterkammer, des ÖGB und der Landwirtschaftskammer geführt. Grund dieser Gespräche

¹¹⁹ Vgl. Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 1995, https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_1995 (aufgerufen am 28.2.2018).

¹²⁰ Vgl. APA (20.12.1995), Vranitzky von Klestil mit Regierungsbildung beauftragt.

war die angespannte Budgetsituation, die der Auslöser der Wahlen war. Gesprächsthema war das Budget und mögliche Sparmaßnahmen einer künftigen Regierung.¹²¹

Im Formalgespräch mit Vranitzky gleich nach der Wahl ging es hingegen bereits um mögliche Koalitionsformen. Klestil sprach sich in diesem und nach diesem Gespräch, im Gegensatz zur letzten Wahl, ganz deutlich für eine Große Koalition aus, mit dem Argument, diese sei am aussichtsreichsten. Zudem sprach er sich für eine sparsamere und von der Anzahl der Ressorts her kleinere Regierung aus.¹²²

Anfang Jänner 1996 sprach Klestil dann wieder mit Vranitzky und Schüssel mit dem Appell, eine Große Koalition zu bilden. Des Weiteren sprach er mit dem neuen Finanzminister Viktor Klima, den Spitzen von Wirtschaftskammer und ÖGB und den Landeshauptleuten, allen voran Michael Häupl (SPÖ) und Erwin Pröll (ÖVP) über die Regierungsbildung, über eine mögliche und erhoffte Große Koalition und über die Budgetfrage.¹²³

Mitte Jänner, als es dann zu vermehrten Schwierigkeiten bei den Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP kam, gab es wiederum Konsultationen zwischen Klestil und den beiden Parteichefs, in denen Klestil wieder in Richtung Große Koalition drängte.¹²⁴ Zeitgleich stand auch eine von Schüssel und anderen wichtigen ÖVP-Exponenten nie dezidiert ausgeschlossene schwarz/blau Koalition im Raum.¹²⁵ Klestil sprach sich bereits vor den Wahlen deutlich gegen einen möglichen fliegenden Wechsel der ÖVP hin zu einer Koalition mit der FPÖ aus. Das heißt, Klestil wollte mit seiner Haltung erstmals eine Regierungsbeteiligung der FPÖ, die in greifbare Nähe gerückt war, verhindern. Auch aufgrund möglicher außenpolitischer Reaktionen auf eine FPÖ-Regierungsbeteiligung trieb der vormalige Außenpolitiker Klestil, der das internationale Ansehen Österreichs um jeden Preis wahren wollte, die Große Koalition in den Gesprächen voran.¹²⁶

Erst Ende Jänner, als die Gespräche zwischen SPÖ und ÖVP wieder in Gang kamen, schloss nun auch die ÖVP Schwarz/Blau aus. Im Laufe des Februar 1996 wurden daraufhin auch die Gespräche Klestils, bis auf formale Informationsgespräche, wieder weniger.¹²⁷ Erst kurz vor Ende der Koalitionsverhandlungen, Anfang März, trafen die beiden Spitzen von SPÖ

¹²¹ Vgl. ebd.

¹²² Vgl. ebd; Vgl. *Der Standard* (21.12.1995), Klestil an Vranitzky: Große Koalition ist am aussichtsreichsten, 4.

¹²³ Vgl. *APA* (4.1.1996), Koalition: Klestil setzte Konsultationen fort; Vgl. *APA* (5.1.1996), Häupl und Pröll bei Klestil.

¹²⁴ Vgl. *APA* (15.1.1996), Klestil: „Kein Tag darf verloren werden“.

¹²⁵ Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 22f.

¹²⁶ Vgl. *Pelinka*, Wolfgang Schüssel, 137.

¹²⁷ Vgl. *OTS* (1.2.1996), Österreich-Retrospektive – Jänner 1996.

und ÖVP wieder für ein Gespräch auf Klestil, in dem es um außen- und sicherheitspolitische Belange, also um Inhalte des fast fertigen Regierungsprogramms ging.¹²⁸

4.4.2.3. Öffentliche Stellungnahmen

Ähnlich wie bei den Hintergrundgesprächen spielte Klestil durch seine öffentlichen Stellungnahmen zur Regierungsbildung 1995/96 eine etwas größere Rolle. Vor der Nationalratswahl gab es von Klestil hinsichtlich der Regierungsbildung zwar keine dezidierten Wortmeldungen. Doch sprach er sich zwei Wochen nach der Wahl, bei seiner Neujahrsansprache für eine „rasche Regierungsbildung auf breiter Basis“¹²⁹ aus, was nach seinen Äußerungen in den Gesprächen im Dezember als Plädoyer für eine Große Koalition interpretiert werden kann. Auch am Tag der Konstituierung des neuen Nationalrates, am 15. Jänner 1996, sprach sich Klestil beim Empfang der 183 neuen Abgeordneten öffentlich für eine rasche Regierungsbildung und für eine „breite politische Zusammenarbeit“¹³⁰, also für eine Große Koalition aus. Klestil machte in diesem Jahr in der Öffentlichkeit recht deutlich, welche Regierungskonstellation er sich wünschte und erwartete. Er verwendete etwas deutlicher die Macht des Wortes, um seine Wunschkoalition durchzusetzen und spielte damit eine etwas größere Rolle als 1994.

4.4.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen

Hinsichtlich der Verweigerung von Ministervorschlägen hat Klestil wieder keine Rolle gespielt und keine personellen Vorschläge des designierten Bundeskanzlers Vranitzky und Vizekanzlers Schüssel zurückgewiesen. Die Ministerliste wurde Klestil kurz vor dem Angelobungstermin vorgelegt und er willigte ein, die neue Große Koalition wurde am 12. März 1996 angelobt.

4.4.2.5. Fazit

Klestil hat 1995/96 verglichen mit 1994 eine größere Rolle bei der Regierungsbildung gespielt. Das ist einerseits an seinen häufigeren Gesprächen mit den Spitzen der beiden Großparteien und auch an seinen Wortmeldungen, in denen er schnell eine Große Koalition wünschte, sichtbar. Als Grund für die größere Rolle Klestils kann vielleicht weniger die Anzahl, aber sehr wohl die Stärkeverhältnisse und die nach wie vor mit rund 22% recht stark im Nationalrat vertretene FPÖ, wodurch wiederum eine schwarz/blau Koalition möglich war, gesehen werden. Zwar war auch bei den beiden Wahlen davor eine solche Konstellation

¹²⁸ Vgl. *Kurier* (7.3.1996), Regierungsbildung: Fünfzig Seiten stark ist das neue Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP, 2.

¹²⁹ *APA* (1.1.1996), Neujahrsansprache: Für Klestil kein Anlaß zu Pessimismus.

¹³⁰ *APA* (15.1.1996), Klestil: „Kein Tag darf verloren werden“.

möglich, aber im Unterschied dazu hatte die ÖVP mit Schüssel nun einen Obmann, der diese Variante bereits vor der Wahl, aber auch zum Teil nach der Wahl nicht ausschloss.¹³¹ Das heißt, die durch die starke FPÖ bestehende und von maßgeblichen ÖVP-Kreisen nicht ausgeschlossene schwarz/blau-Möglichkeit ließ Klestil diesmal viel mehr Druck in Richtung Großer Koalition ausüben. Grund für diesen Druck und damit die größere Rolle waren auch das Ansehen Österreichs im Ausland und mögliche internationale Reaktionen auf eine Regierungsbeteiligung der FPÖ, die der Außenpolitiker und Diplomat Klestil verhindern wollte.¹³²

Im Vergleich zu den Regierungsbildungen davor war die Rolle Klestils 1995/96 zwar größer, andererseits im Vergleich zu späteren Regierungsbildungen nicht übermäßig groß, gab es doch ein eindeutiges Wahlergebnis, nach dem die beiden Großparteien, und hier vor allem die SPÖ, deutlich hinzugewannen. Dadurch war vor allem für die SPÖ und ab Ende Jänner dann auch für die ÖVP eine Große Koalition dann doch eine klare Sache.¹³³ Klestil spielte, zusammengefasst gesagt, durch die Parteienverhältnisse und durch seinen Karriereweg als Außenpolitiker 1995/96 eine nicht unbeträchtliche Rolle, aber erst vier Jahre später sollte sich zeigen, dass ein Bundespräsident in Österreich bei einer Regierungsbildung eine noch viel größere Rolle spielen kann.

4.5. Regierungsbildung 1999/2000

4.5.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 1998 und Wahlergebnis

Die Nationalratswahlen vom 3. Oktober 1999 fanden nach einer vollausschöpften Legislaturperiode plangemäß statt und markierten eine Zäsur in der jüngeren österreichischen Geschichte. Doch bereits im Jänner 1997 kam es nach elf Jahren Kanzlerschaft zum Rücktritt von Bundeskanzler und SPÖ-Chef Vranitzky. Dem mit der Zeit amtsmüde gewordenen Vranitzky wurden zudem noch die Verluste der SPÖ bei den Europawahlen, bei denen die ÖVP knapp stärkste Partei wurde, und vor allem bei den Wiener Gemeinderatswahlen im Herbst 1996, bei denen die SPÖ die absolute Mehrheit verlor, angelastet. Sein Nachfolger in beiden Funktionen wurde der bisherige Finanzminister und vormalige OMV-Manager Viktor Klima, der wie Vranitzky, als Quereinsteiger und technokratischer Managertyp galt. Klima bildete auch einen großen Teil der SPÖ-Regierungsmannschaft um und die Koalition mit der ÖVP wurde weitergeführt.¹³⁴

¹³¹ Vgl. Schüssel, Offengelegt, 22f.

¹³² Vgl. Pelinka, Wolfgang Schüssel, 137.

¹³³ Vgl. Khol, Experten-Interview.

¹³⁴ Vgl. Vocelka, Geschichte Österreichs, 351; Vgl. Schüssel, Offengelegt, 33; Vgl. Rauchensteiner, Unter Beobachtung, 454; Vgl. Peter Pelinka (2005), Eine kurze Geschichte der SPÖ, Wien: Ueberreuter, 83f.

Im Frühling 1998 standen nach Ablauf der ersten Amtszeit Klestils wieder Bundespräsidentenwahlen auf dem Programm. Nach eingehenden Überlegungen im Sommer 1997 entschied sich Klestil im Herbst desselben Jahres für eine Wiederkandidatur. Die SPÖ und Klima beschlossen daraufhin, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen. Damit verzichtete die Sozialdemokratie erstmals in der Zweiten Republik auf einen eigenen Kandidaten für eine Präsidentschaftswahl.¹³⁵ Wie erwartet gewann Klestil, der diesmal als unabhängiger Kandidat antrat, diese Wahl deutlich mit 63,5% bereits im ersten und einzigen Wahlgang. Doch es gab auch eine Reihe von Gegenkandidaten für Klestil, davon zwei Frauen, nämlich die als unabhängige Kandidatin antretende burgenländische Superintendentin der Evangelischen Kirche Gertraud Knoll, die auf 13,5% kam, und die zum zweiten Mal, aber diesmal für das LIF kandidierende Heide Schmidt, die 11,1% errang. Die anderen beiden Gegenkandidaten Klestils waren der prominente Wiener Baumeister Richard Lugner, der als unabhängiger Kandidat 9,9% der Stimmen für sich verbuchen konnte und der von der Bürgerinitiative „Die Neutralen“ aufgestellte Karl W. Nowak, der lediglich 2% erreichte.¹³⁶

Die Große Koalition zwischen 1996 und 1999 hatte mit immer mehr Problemen zu kämpfen. Zwar brachte der Amtsantritt Klimas noch einmal Schwung in die Regierungsarbeit, aber insgesamt schwand der Wille zur Zusammenarbeit immer mehr, worüber auch die erstmalige EU-Ratspräsidentschaft Österreichs im zweiten Halbjahr 1998 nicht hinwegtäuschen konnte. Aufgrund der Wirtschaftslage, der weiterhin angespannten Budgetsituation, der Frage eines NATO-Beitritts Österreichs und den Vorgängen rund um den Verkauf der Creditanstalt an die Bank Austria kam es vermehrt zu Spannungen zwischen den beiden Regierungsparteien. Hinzu kam noch das Erstarken der FPÖ bei mehreren Landtagswahlen im März und September 1999 – darunter jene in Kärnten, bei der die FPÖ erstmals stärkste Partei in einem Bundesland und Haider zum zweiten Mal Kärntner Landeshauptmann wurde –, das SPÖ und ÖVP immer mehr in Zugzwang brachte.¹³⁷

Unter diesen Umständen kam es nach einem polarisierenden und die Gemüter erhitzenen Wahlkampf zu einer zur Richtungswahl hochstilisierten Nationalratswahl am 3. Oktober 1999. Bei dieser Wahl ging es für die Parteien dann um alles: Für die beiden kleinen Parteien Grüne und LIF ging es um einen Wiedereinzug in den Nationalrat, für die FPÖ ging es nach den leichten Verlusten von 1995 nun darum, wieder so deutlich wie möglich zuzulegen und eventuell sogar den zweiten Platz zu erreichen, die ÖVP wiederum hatte ebenfalls das Ziel,

¹³⁵ Vgl. *Dickinger*, Österreichs Präsidenten, 207-209.

¹³⁶ Vgl. ebd. 207-212; Vgl. *Dickinger*, Der Bundespräsident, 197.

¹³⁷ Vgl. *Dickinger*, Österreichs Präsidenten, 214; Vgl. *Pelinka*, Wolfgang Schüssel, 143-160; Vgl. *Chorherr*, Eine kurze Geschichte der ÖVP, 80; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 73-75; Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 456f.

zweitstärkste Partei zu bleiben – für den Fall, dass die ÖVP dritte Kraft werden sollte, hatte Schüssel im Wahlkampf den Gang in die Opposition angekündigt – und die SPÖ wollte nach Möglichkeit das Ergebnis von 1995 halten, zumindest aber stärkste Partei bleiben.¹³⁸ Die Wahl selbst brachte dann ein politisches Erdbeben, das Österreich noch nie gesehen hat: Die SPÖ erreichte mit herben Verlusten von 4,91% ihr Ziel, das Ergebnis von 1995 zu halten nicht und blieb mit 33,15% aber immerhin stärkste Kraft. Auch die ÖVP verfehlte ihr Ziel, sie verpasste nämlich hauchdünn, um ganze 415 Stimmen den zweiten Platz und landete mit einem Minus von 1,37% und damit 26,91% erstmals in der Geschichte auf Platz drei. Ebenfalls zum ersten Mal kam die FPÖ mit einem deutlichen Zugewinn von 5,02% und auch 26,91% auf den erhofften zweiten Platz. Im Nationalrat gab es jedoch einen Mandatsgleichstand zwischen FPÖ und ÖVP, beide bekamen 52 Sitze. Die Grünen verblieben mit einem deutlichen Plus von 2,59% und damit 7,4% der Stimmen im Parlament, während das LIF sein Ziel eines Wiedereinzuges mit einem Verlust von 1,86% und dem Ergebnis von 3,65% nicht erreichte.¹³⁹ Damit gab es ein so knappes Wahlergebnis wie noch nie im betrachteten Zeitraum seit 1986. Umgekehrt fiel mit dem LIF eine Partei aus dem Parlament und es gab vorerst nur mehr ein Vier-Parteien-Parlament, aber nun mit keiner Großpartei mehr, sondern mit drei Mittelparteien und einer Kleinpartei.

4.5.2. Die Regierungsbildung

Auf Basis dieses Wahlergebnisses gingen sich rechnerisch mehrere Varianten aus. Zum einen die von vielen wieder erwartete Große Koalition aus SPÖ und ÖVP, ferner eine schwarz/blau Koalition und des Weiteren eine auch von Klima ausgeschlossene SPÖ/FPÖ-Regierung. Erstmals kam die Variante einer SPÖ-Minderheitsregierung mit blauer Duldung, wie schon 1970/71, ernsthaft ins Spiel. Rot/Grün oder Schwarz/Grün ging sich nicht aus.¹⁴⁰ Klestil stand damit vor seiner dritten und schwierigsten Regierungsbildung.

4.5.2.1. Regierungsbildungsauftrag

Was den Regierungsbildungsauftrag betrifft, hat Klestil 1999 eine sehr große Rolle gespielt. Er beauftragte zwar den Obmann der mandatsstärksten Partei der SPÖ, Viktor Klima mit der Regierungsbildung, jedoch hat er das nicht gleich in der Woche nach der Wahl gemacht,

¹³⁸ Vgl. ebd. 459; Vgl. Schüssel, Offengelegt, 78-83; Vgl. Dickinger, Österreichs Präsidenten, 215f; Vgl. Pelinka, Wolfgang Schüssel, 160-163; Vgl. Günther R. Burkert-Dottolo (2000), Die Regierungsbildung 1999/2000. In: Günther R. Burkert-Dottolo/Bernhard Moser (Hgg.), Die Regierungsbildung in Österreich 1999/2000. Anatomie eines Wechsels, Wien: Eigenverlag der Politischen Akademie, 34.

¹³⁹ Vgl. Pelinka, Wolfgang Schüssel, 162f; Vgl. Rauchensteiner, Unter Beobachtung, 459; Vgl. Dickinger, Österreichs Präsidenten, 215f; Vgl. Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 1999, https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_1999 (aufgerufen am 4.3.2018).

¹⁴⁰ Vgl. Burkert-Dottolo, Die Regierungsbildung 1999/2000, 34f u. 38f.

sondern Klestil ordnete an, dass die Parlamentsparteien untereinander zuerst sog. „Sondierungsgespräche“, die noch keine Regierungsverhandlungen waren, führen sollten.¹⁴¹ Diesen Auftrag zur Führung solcher Sondierungsgespräche vergab Klestil erst nach Vorliegen des amtlichen Endergebnisses inklusive der Wahlkarten, nachdem endgültig klar war, dass die ÖVP auf den dritten Platz landete, nämlich am 14. Oktober 1999 an Klima. Der Auftrag erging mit der Auflage, eine „Reformregierung, die im In- und Ausland Ansehen genießt“¹⁴², zu bilden. Einer der Gründe für Klestils Entscheidung zuerst Sondierungsgespräche zu verlangen, war das knappe Wahlergebnis, nach dem trotz Wahlkartenauszählung die ÖVP knapp hinter der FPÖ lag und erstere damit nun ihre Wahlkampfansage als Dritte in Opposition gehen zu wollen, unter allen Umständen wahr machen wollte.¹⁴³ Damit zusammenhängend lag Klestils Forderung zuerst Sondierungsgespräche zu führen, somit auch am Erstarken der FPÖ und an den im neuen Nationalrat herrschenden Parteienverhältnissen, wo es nun ein Dreiparteiensystem mit einer kleinen vierten Partei gab, in dem die FPÖ auf dem zweiten Platz hinter der SPÖ lag und erstere für eine Regierungsbeteiligung nach beiden Seiten hin offen war.¹⁴⁴ Doch die Fronten waren verhärtet, denn nicht nur die ÖVP beharrte auf ihrer Position, in Opposition gehen zu wollen, auch die SPÖ blieb bei ihrer langjährigen Haltung, nie mit der FPÖ koalieren zu wollen. Durch das knappe Wahlergebnis, die Parteienverhältnisse und die Festlegungen der Parteien kam es somit zu einer Pattsituation. Ziel der Sondierungsgespräche war es, die harten Fronten der Parteien aufzuweichen und damit die Pattsituation aufzulösen.¹⁴⁵ Bei diesen Sondierungsgesprächen sollte jede Partei mit jeder sprechen, auch die SPÖ, die anfangs mit der FPÖ keine Gespräche führen wollte, musste sich beugen und mit den Freiheitlichen sprechen. Klestil wollte mit den Sondierungsgesprächen vor allem die ÖVP zum Umdenken bewegen und sie für eine Regierungsbeteiligung und damit für eine neuerliche Große Koalition öffnen. Ihm blieb im Prinzip nichts anderes übrig als zu solchen Gesprächen aufzurufen, denn die Alternative wären der sofortige Regierungsbildungsauftrag an Klima Mitte Oktober gewesen, der dann aufgrund der Haltung der ÖVP, in Opposition zu gehen, und der SPÖ, in keinem Fall mit der FPÖ zu verhandeln, rasch gescheitert wäre. So wäre nach einem Scheitern Klimas nur ein Regierungsbildungsauftrag an den zweitplatzierten Haider geblieben, doch das wollte Klestil aufgrund vorhersehbarer negativer Reaktionen des Auslandes nicht.

¹⁴¹ Vgl. ebd. 37; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 83; Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (15.10.1999), Klestil betraut Klima mit „Sondierungsgesprächen“.

¹⁴² *Welan*, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 21.

¹⁴³ Vgl. *APA* (12.10.1999), Regierungsbildung: Klestil empfängt Klima und Schüssel; Vgl. *Profil* (2.10.2006), Die „Wende“ – eine Chronologie, 49; Vgl. *Burkert-Dottolo*, Die Regierungsbildung 1999/2000, 34f.

¹⁴⁴ Vgl. ebd. 34f; Vgl. *Format* (4.10.1999), Wende nach rechts, 12; Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (16.10.1999), Das Geduldspiel Regierungsfindung; Vgl. *Profil* (18.10.1999), „Kein panisches Krisengerede“, 30.

¹⁴⁵ Vgl. *Welan*, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 32; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 83.

Damit blieben nur Neuwahlen, die vielleicht mit Ausnahme der FPÖ keiner der Protagonisten zu diesem Zeitpunkt wollte.¹⁴⁶

Die Sondierungsgespräche dauerten knapp zwei Monate und damit so lange wie in früheren Jahren die ganze Regierungsbildung. Erst am 9. Dezember, 67 Tage nach der Wahl, gab Klestil Klima den Regierungsbildungsauftrag. Damit verging zwischen der Wahl und dem Regierungsbildungsauftrag so viel Zeit wie noch nie. Klestil erreichte sein Ziel, denn drei Tage nach dem Regierungsbildungsauftrag, am 12. Dezember entschloss sich die ÖVP, in Verhandlungen mit der SPÖ zu gehen und am 17. Dezember begannen die Regierungsverhandlungen dann offiziell. Trotz des Regierungsbildungsauftrages an den Obmann der stärksten Partei hat Klestil dennoch eine extensive Rolle gespielt, denn durch die Idee der Sondierungsgespräche konnte er die verhärtete Pattsituation aufbrechen und den Weg zu Regierungsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP ebnen.¹⁴⁷ Die Regierungsverhandlungen zwischen 17. Dezember 1999 und 21. Jänner 2000 scheiterten und Klestil gab Klima am 21. Jänner den Auftrag, eine Minderheitsregierung zu bilden, womit letzterer nach wenigen Tagen ebenfalls scheiterte. Mit diesem zweiten Regierungsbildungsauftrag war ganz deutlich, dass Klestil mit allen Mitteln eine SPÖ-geführte Regierung wollte und seine Rolle als Bundespräsident dahingehend extensiv auszuüben trachtete. Einen neuerlichen Regierungsbildungsauftrag an Schüssel oder Haider vergab Klestil nicht. Die ÖVP/FPÖ-Regierung wurde Anfang Februar ohne Regierungsbildungsauftrag gebildet.¹⁴⁸

Es ist zu erkennen, dass Klestil mit seiner Idee der Sondierungsgespräche und seinem zweiten Anlauf eines Regierungsbildungsauftrages im Jänner an Klima, auch wenn er sich mit seiner Wunschkoalition nicht durchsetzen konnte, eine sehr wesentliche Rolle spielte. Kein Bundespräsident vor und nach ihm seit 1986 hat den ersten Regierungsbildungsauftrag so spät vergeben und keiner hat im Zuge ein und derselben Regierungsbildung einen zweiten Regierungsbildungsauftrag erteilt.

4.5.2.2. Hintergrundgespräche

Gespräche des Bundespräsidenten mit den Vertretern der Parteien fanden im Zuge dieser Regierungsbildung so häufig wie noch nie seit 1986 statt. Bereits in der Phase vor den Sondierungsgesprächen gab es zwei Gesprächsrunden zwischen Klestil und den Parteichefs.

¹⁴⁶ Vgl. ebd. 83; Vgl. *Format* (11.10.1999), Klestils Qual nach der Wahl: Wie der Präsident Rot-Schwarz erzwingen will, 28; Vgl. *Neues Volksblatt* (14.10.1999), Breiter Parteien-Konsens gegen Neuwahlen, 3; Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (15.10.1999), Klestil lässt Klima abblitzen; Vgl. *Neue Kronen Zeitung* (19.10.1999), Noch ein Glück.

¹⁴⁷ Vgl. *Dickinger*, Österreichs Präsidenten, 217; Vgl. *Welan*, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 22 u. 27.

¹⁴⁸ Vgl. ebd. 22-25.

Zuerst die formalen Gespräche in der Woche nach der Wahl und danach fand nach dem Feststehen des endgültigen Wahlergebnisses eine weitere Runde von Vier- bzw. auch Sechsaugen-Gesprächen, beispielsweise zwischen Klestil, Klima und Schüssel, statt.¹⁴⁹ In der Phase der Sondierungsgespräche zwischen Mitte Oktober und 9. Dezember ließ sich Klestil von Klima wöchentlich über den Stand der Verhandlungen informieren, wobei neben diesen formellen Informationsgesprächen mit Klima auch immer wieder Zusammenkünfte zwischen Klestil und Vertretern – nicht immer den Parteichefs – der anderen drei Parteien stattfanden.¹⁵⁰ Zumeist ging es in den Gesprächen um Inhalte, aber auch um mögliche Koalitionsformen, um Arten der Zusammenarbeit, vor allem aber für Klestil darum, aus der verfahrenen Pattsituation zu kommen und die ÖVP zu Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ zu bewegen.¹⁵¹ In der Zeit um das Ende der Sondierungsgespräche etwa ab Ende November bis zum 6. Dezember, als die Sondierungsgespräche endeten und Klima Klestil das Resümee vorlegte, gab es erneut eine Reihe von Gesprächen zwischen Klestil und den Parteienvertretern, wo es in erster Linie wiederum darum ging, die ÖVP zu Regierungsverhandlungen zu bewegen. Dies gelang dann auch und nach weiteren Gesprächsrunden zwischen Klestil und den Parteichefs vergab dieser am 9. Dezember den Regierungsbildungsauftrag und am 17. begannen dann die offiziellen Regierungsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP.¹⁵²

In dieser Phase der Regierungsverhandlungen zwischen 17. Dezember 1999 und 21. Jänner 2000 kam es dann zwar nicht mehr so häufig, aber doch erneut zu Gesprächen zwischen Vertretern der beiden verhandelnden Parteien und Klestil, wo letzterer vor allem Druck machte, dass die Verhandlungen konstruktiv, intensiv und vor allem schnell geführt werden und möglichst bis Mitte Jänner 2000 zu einem Ende kommen sollten.¹⁵³ Nachdem die rot/schwarzen Verhandlungen scheiterten, führte Klestil am 21. Jänner das Gespräch mit Klima, wo er ihm, zum Unmut der ÖVP, den Regierungsbildungsauftrag für eine SPÖ-Minderheitsregierung, die unabhängige Experten enthalten sollte, gab. Klima scheiterte mit diesem Vorhaben schon nach wenigen Tagen und teilte dies Klestil bei einem Gespräch am 27. Jänner mit.¹⁵⁴ Schließlich fanden in der Phase zwischen 24. Jänner und 4. Februar die Regierungsverhandlungen zwischen

¹⁴⁹ Vgl. *Neue Kronen Zeitung* (9.10.1999), Klestil legt Marschroute nach Wahlkartenkrimi Dienstag fest!, 2f.

¹⁵⁰ Vgl. *Dickinger*, Österreichs Präsidenten, 216; Vgl. *Profil* (18.10.1999), „Kein panisches Krisengerede“, 30.

¹⁵¹ Vgl. *Format* (20.10.1999), Verdammt zur Zweisamkeit, 24; Vgl. *Format* (15.11.1999), Der bürgerliche Rosenkrieg, 26; Vgl. *Format* (22.11.1999), Regierung: Kommt das Dreiparteienkabinett?, 36.

¹⁵² Vgl. *Neues Volksblatt* (25.11.1999), Klestil bedrängt die ÖVP, FPÖ will Bewegung sehen, 2; Vgl. *Neues Volksblatt* (6.12.1999), Jetzt ist Klestil am Zug, 3; Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (10.12.1999), Auftrag an Klima: Erster Bericht „vor Jahresende“, 4.

¹⁵³ Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (18.12.1999), Klestil erhöht den Druck auf SP und VP; Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (30.12.1999), Klestil bittet nur noch um „ehrliche Verhandlungen“, 4.

¹⁵⁴ Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 97f; Vgl. *Der Standard* (22.1.2000), Klimas Auftrag: Minderheitskabinett mit unabhängigen Experten, 1; Vgl. *Der Standard* (22.1.2000), Volkspartei rüstet zum Aufstand, 5; Vgl. *Dolomiten* (28.1.2000), Klestil: Vorerst kein neuer Auftrag.

ÖVP und FPÖ statt, im Zuge derer Schüssel und Haider in regelmäßigen Abständen zu Gesprächen bei Klestil waren und letzterer eine schwarz/blau Regierung nicht mehr verhindern konnte. In diesen Gesprächen ging es um das Regierungsprogramm, das Klestil zum Teil zurückwies und Änderungen forderte, um die Ministerliste und um eine von Klestil verlangte, zu unterzeichnende Präambel mit einem Bekenntnis zur Europäischen Union, von der später noch zu lesen sein wird.¹⁵⁵

Bundespräsident Klestil hat aufgrund des knappen und für die FPÖ starken Wahlergebnisses, den damit verbundenen veränderten Parteienverhältnissen und der auf dieser Basis erfolgten Festlegungen der Parteien in den Gesprächen in der Phase der Sondierungsgespräche und der Regierungsverhandlungen zwischen Rot und Schwarz ganz deutlich auf eine Große Koalition zwischen SPÖ und ÖVP hingearbeitet. Klestil hat dabei nie ein Geheimnis aus seiner präferierten Koalition gemacht. Gleichzeitig wollte er eine schwarz/blau Regierung verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, führte er so viele Gespräche wie möglich. Zuerst wollte er in den Gesprächen die ÖVP handlungswillig machen und ab Mitte Dezember machte er Druck, dass die laufenden Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP möglichst schnell zu einem positiven Ende kommen.¹⁵⁶ Ein anderer Grund für seine zahlreichen Gespräche und das Hinarbeiten auf eine Große Koalition waren die sehr wahrscheinlichen negativen Reaktionen des Auslandes, speziell der EU, auf eine FPÖ-Regierungsbeteiligung. Klestils Amtsverständnis als Diplomat und Außenpolitiker und die Erfahrungen aus der Waldheim-Affäre ließen ihn sehr deutlich darauf bedacht nehmen, wie das Ausland reagieren würde.¹⁵⁷ Erreicht hat Klestil sein Ziel einer Großen Koalition und die Verhinderung einer ÖVP/FPÖ-Regierung zwar nicht, aber dennoch spielte er in Sachen Hintergrundgespräche eine derartig große Rolle wie kein anderer Bundespräsident, bei keiner anderen Regierungsbildung seit 1986.¹⁵⁸ Immerhin konnte Klestil mit seinen Gesprächen die ÖVP dazu zu bringen, Mitte Dezember Regierungsverhandlungen aufzunehmen.

4.5.2.3. Öffentliche Stellungnahmen

Hinsichtlich der öffentlichen Stellungnahmen ist zu konstatieren, dass Klestil oder irgendein anderer Bundespräsident seit 1986 nie so viele öffentliche Stellungnahmen während einer Regierungsbildung tätigte wie im Jahr 2000. Vor den Nationalratswahlen und in seinen

¹⁵⁵ Vgl. *Der Standard* (31.1.2000), „Durchbrüche“ und „Erfolge“, 4; Vgl. *Dolomiten* (4.2.2000), Heute Angelobung der Regierung; Vgl. *Wiener Zeitung* (4.2.2000), Klestil an VP-FP: Bitte warten!, 1.

¹⁵⁶ Vgl. *Welan*, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 21-24.

¹⁵⁷ Vgl. ebd. 27 u. 35; Vgl. *Manfried Welan* (16.1.2018), Experten-Interview; Vgl. *Pelinka*, Wolfgang Schüssel, 167; Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (1.2.2000), EU-Staaten drohen Mitglied Österreich totale Isolation an; Vgl. *News* (3.2.2000), Klestils bittere Stunde/Klestil: Seine Abrechnung, 16.

¹⁵⁸ Vgl. *Höbelt*, Experten-Interview.

beiden Präsidentschaftswahlkämpfen bekundete Klestil, dass alle Parteien demokratisch legitimierte Parteien seien, er sich aber Stabilität und Kontinuität und eine stabile Regierung auf breiter Basis wünsche. Dies kann man durchaus als Befürworten einer Großen Koalition aus SPÖ und ÖVP werten.¹⁵⁹

In den Wochen nach der Wahl, kurz vor Beginn der Sondierungsgespräche plädierte Klestil dann bei einem ÖGB-Kongress, dass das „schwierig zu deutende“ Wahlergebnis niemand „von seiner Verpflichtung gegenüber Österreich entbindet“¹⁶⁰, was als Aufforderung an die ÖVP, sich Regierungsverhandlungen mit der SPÖ nicht zu verschließen, zu verstehen ist. In der Phase der Sondierungsgespräche forderte der Bundespräsident in seiner Ansprache zum Nationalfeiertag wieder eine „stabile Regierung mit solider Mehrheit im Parlament“¹⁶¹ und erteilte anderen Regierungsformen eine Absage. Zudem appellierte Klestil „den Willen zum Miteinander über parteitaktische Überlegungen zu stellen“¹⁶². Schließlich gab er zu bedenken, dass die Vorgänge in Österreich auch im Ausland beobachtet werden.¹⁶³ Zum einen wollte er mit diesen Aussagen die ÖVP zu Verhandlungen mit der SPÖ bewegen, andererseits brachte er damit seine Präferenz einer Großen Koalition bzw. seine Ablehnung einer Minderheitsregierung zum Ausdruck und nicht zuletzt wies er auch auf das Ausland hin.¹⁶⁴

Anfang/Mitte November sprach sich Klestil einerseits in zwei Stellungnahmen gegen unnötigen Zeitdruck bei den Sondierungsgesprächen aus und mahnte die „Öffentlichkeit und Medien zu mehr Geduld im Zusammenhang mit den Sondierungsgesprächen“¹⁶⁵. Ende November drängte Klestil in einem öffentlichen Appell andererseits wieder die ÖVP, sich rasch zu entscheiden, ob man für eine Regierungsbeteiligung bereit sei und auch im Zuge des Regierungsbildungsauftrages am 9. Dezember forderte er „rasche und zügige“ Regierungsverhandlungen.¹⁶⁶ Ähnliche Töne schlug Klestil dann auch bei seiner Neujahrsansprache 2000 an, wo er eine rasche Bildung einer neuen Regierung forderte.¹⁶⁷ Mitte Jänner 2000, als die Verhandlungen zu scheitern drohten, warnte Klestil die beiden verhandelnden Parteien vor einem möglichen Scheitern der Verhandlungen und damit

¹⁵⁹ Vgl. *Welan*, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 17; Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (9.9.1999), Der Herr des Verfahrens. Erstmals kann Klestil seine Kompetenz zeigen; Vgl. *Der Standard* (5.2.2000), Regierungsbildung 2000 oder: Die präsidentiale Gänsehaut, 38.

¹⁶⁰ *Oberösterreichische Nachrichten* (13.10.1999), Klestil und SP als Brückenbauer.

¹⁶¹ *Oberösterreichische Nachrichten* (27.10.1999), Klestil fordert Politik des Miteinander.

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ Vgl. ebd.

¹⁶⁴ Vgl. ebd; Vgl. *Neues Volksblatt* (27.10.1999), Klestil mahnt erneut Willen zum Miteinander, 3.

¹⁶⁵ *Neues Volksblatt* (15.11.1999), Klima will im Dezember eine Regierung bilden, 2; Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (6.11.1999), Zwischen SP und VP ist Nervenkrieg.

¹⁶⁶ Vgl. *Welan*, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 22; Vgl. *Neues Volksblatt* (25.11.1999), Klestil bedrängt die ÖVP, FPÖ will Bewegung sehen, 2; Vgl. *Neues Volksblatt* (10.12.1999), Klestil erwartet „rasche, zügige“ Verhandlungen, 2.

¹⁶⁷ Vgl. *Der Standard* (3.1.2000), Bundespräsident will rasch neue Regierung, 1.

verbundenen möglichen Neuwahlen.¹⁶⁸ Diese Appelle und Warnungen halfen nichts, denn wie erwähnt scheiterten die Verhandlungen am 21. Jänner und Klestil beauftragte am selben Tag Klima mit der Bildung einer SPÖ-Minderheitsregierung, was die Präsidentschaftskanzlei zuerst dementierte und dann doch öffentlich bestätigte.¹⁶⁹ In Klestils öffentlichen Stellungnahmen ging es in diesem Jahr somit vor allem um Koalitionsformen und ab Dezember vermehrt um das Tempo der Regierungsbildung.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP und dem erfolglosen Versuch Klimas mit der Bildung einer Minderheitsregierung, kam es in der Phase der Verhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ dann zu keinen größeren Stellungnahmen Klestils in der Öffentlichkeit mehr. Erst am Abend des Tages der Angelobung der schwarz/blauen Regierung, dem 4. Februar 2000, hielt Klestil eine Fernsehansprache, in der er seine „Sorge und Betroffenheit“¹⁷⁰ über die innen- und außenpolitischen Diskussionen rund um die Regierungsbildung der ÖVP/FPÖ-Koalition zum Ausdruck brachte. Ändern konnte Klestil zu diesem Zeitpunkt an der neuen Regierung nichts mehr, daher blieb ihm nur mehr, in dieser Ansprache darauf hinzuweisen, dass es in einem demokratischen Rechtsstaat zu akzeptieren sei, dass zwei Parteien, die gemeinsam eine Mehrheit haben, miteinander zusammenarbeiten wollen und er rief gleichsam auf, der neuen Regierung eine Chance zu geben.¹⁷¹ An die Regierung appellierte er „im Geiste der europäischen Werte zu handeln und sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass Österreich jene internationale Akzeptanz und Anerkennung findet, die es verdient“¹⁷².

Hier ist deutlich zu erkennen, dass die angedrohten Sanktionen und die negativen Reaktionen des Auslandes von der EU und ihren Mitgliedstaaten, über Israel, bis hin zur USA ein Grund für diese Fernsehansprache Klestils war. Nach einer Angelobung einer Großen Koalition wären solche Reaktionen ausgeblieben und Klestil hätte in diesem Fall höchstwahrscheinlich keine Ansprache gehalten. Andere Gründe für Klestils große Rolle waren, wie schon bei den Gesprächen, – und das zieht sich wie ein roter Faden durch die Regierungsbildung 1999/2000 – die verfahrenere innenpolitische Situation durch das knappe Wahlergebnis zugunsten der FPÖ, die veränderten Parteienverhältnisse und natürlich die Festlegungen der Parteien.¹⁷³

¹⁶⁸ Vgl. *Wiener Zeitung* (14.1.2000), Klestil warnt SPÖ und VP vor Scheitern, 1.

¹⁶⁹ Vgl. *Der Standard* (22.1.2000), Klimas Auftrag: Minderheitskabinett mit unabhängigen Experten, 1.

¹⁷⁰ *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (5.2.2000), Fernsehrede Klestils: „Mit Sorge und Betroffenheit“, 7.

¹⁷¹ Vgl. ebd. 7; Vgl. *Neues Volksblatt* (5.2.2000), Klestil besorgt, 2.

¹⁷² *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (5.2.2000), Fernsehrede Klestils: „Mit Sorge und Betroffenheit“, 7.

¹⁷³ Vgl. *Profil* (4.10.1999), Nun schlägt Klestils Stunde, 107; Vgl. *Format* (4.10.1999), Wende nach rechts, 12.

Ein weiterer Grund für Klestils starkes Engagement in der Öffentlichkeit war zweifelsohne auch die inhaltliche Positionierung der FPÖ und einige mit negativen Aussagen auffallende FPÖ-Funktionäre, wie er in einem Interview mit dem Nachrichten-Magazin „News“ öffentlich bekundete: Seiner Meinung nach, hätte die FPÖ, bevor sie in eine Regierung eintritt, noch eine Zeit der Bewährung gebraucht, in der sie hätte beweisen sollen, dass sie eine demokratische Partei ist.¹⁷⁴ Klestil wollte also nicht nur mit Hilfe der Hintergrundgespräche, sondern auch durch seine zahlreichen Stellungnahmen in der Öffentlichkeit aus all diesen Gründen auf eine neuerliche Große Koalition hinarbeiten, was sich aufgrund der Umstände als schwierig erwies. Daher gebrauchte Klestil die Macht des Wortes des Bundespräsidenten so oft wie noch nie zuvor in so einer Situation und spielte damit auch in der öffentlichen Wahrnehmung eine sehr große Rolle bei dieser Regierungsbildung.¹⁷⁵

4.5.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen

Hinsichtlich der Verweigerung von Ministervorschlägen hat Klestil ebenfalls eine eklatante Rolle gespielt, denn erstmals seit 1949, als Karl Renner einen ÖVP-Ministervorschlag verweigerte, hat ein Bundespräsident wieder Ministerkandidaten zurückgewiesen. Diesmal verweigerte der Bundespräsident gleich zwei Ministervorschläge und zwar beide von der FPÖ. Zum einen handelte es sich um den bisherigen Zweiten Nationalratspräsidenten und FPÖ-Spitzenkandidaten Thomas Prinzhorn, der von Klestil als Infrastruktur- bzw. Finanzminister verhindert wurde, da er einerseits im Wahlkampf mit der Aussage, dass Ausländer zur Steigerung ihrer Fortpflanzungsfähigkeit gratis Hormonpräparate erhalten würden, aufgefallen war.¹⁷⁶ Zweitens wird vermutet, dass auch der etwa zwei Wochen zuvor von Prinzhorn getätigte Satz „Klestil hat sich schon jetzt eine blutige Nase geholt, wenn er auch einen blutigen Kopf will, soll er weiter gegen die Mauer des Bürgers rennen“¹⁷⁷ ausschlaggebend für die Entscheidung des Bundespräsidenten, ihn von der Ministerliste zu streichen, gewesen sein soll. Offiziell hieß es aus der Präsidentschaftskanzlei, dass man Prinzhorn „wegen dessen verbaler Entgleisung“¹⁷⁸ zurückwies.

Der zweite verweigte Ministerkandidat war der Wiener FPÖ-Obmann und zum Verteidigungsminister vorgeschlagene Hilmar Kabas, dem man offiziell von Seiten der Präsidentschaftskanzlei die Führung des besonders ausländerfeindlichen Nationalratswahlkampfes in Wien anlastete.¹⁷⁹ Zudem sagte Kabas im Jänner 2000, „dass der

¹⁷⁴ Vgl. *News* (3.2.2000), Klestils bittere Stunde/Klestil: Seine Abrechnung, 16.

¹⁷⁵ Vgl. *Welan*, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 21-25.

¹⁷⁶ Vgl. *Dickinger*, Österreichs Präsidenten, 219.

¹⁷⁷ *Der Standard* (24.1.2000), Alle außer SP kritisieren Klestil, 7; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 112f.

¹⁷⁸ *Dolomiten* (4.2.2000), Heute Angelobung der Regierung.

¹⁷⁹ Vgl. ebd.

alleinige Souverän in Österreich erfreulicherweise das Volk ist und nicht das Staatsoberhaupt“¹⁸⁰ sei, womit Kabas bei Klestil nicht unbedingt Pluspunkte erntete. Doch auch Schüssel dürfte über die Nominierung Kabas‘ zum Heeresminister nicht erfreut gewesen sein, denn auch der designierte Bundeskanzler legte bei Klestil im Zuge der Vorlage der Ministerliste seine Bedenken gegen Kabas vor.¹⁸¹ FPÖ-Chef Haider reagierte schnell und ersetzte Prinzhorn durch den erst 31-jährigen Karl-Heinz Grassler, der Finanzminister wurde, und Kabas durch den ebenfalls noch sehr jungen Herbert Scheibner, der zum Verteidigungsminister angelobt wurde.¹⁸² Mit diesen beiden Verweigerungen von Ministervorschlägen „wirkte Klestil wie kein Bundespräsident vor ihm auf die Ministerliste ein“¹⁸³.

Doch nicht nur die Verweigerung der beiden Ministervorschläge verdeutlicht Klestils Rolle bei dieser Regierungsbildung. Darüber hinaus hat er kurz vor der Angelobung noch Änderungen im Regierungsprogramm im Bereich Justiz gefordert, dem die beiden neuen Koalitionsparteien auch nachkamen. Diese Forderung war inhaltlicher Natur und ist auf die rigide Haltung der beiden Parteien im Justiz-Bereich zurückzuführen.¹⁸⁴ Schließlich setzte Klestil gemeinsam mit Schüssel und Haider dann noch die bereits erwähnte, dem Regierungsprogramm vorangestellte Präambel durch, in der sich die Regierung zu den Grundwerten der Europäischen Union, zur Mitgliedschaft in der EU, zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und zur Achtung der Menschenrechte bekannte. Damit wollte Klestil die kritischen Stimmen gegenüber der ÖVP/FPÖ-Regierung in der EU und im Ausland beschwichtigen und ein Signal gegen die Anti-EU-Linie der FPÖ setzen.¹⁸⁵ Klestil hat somit im Zuge der Möglichkeit der Verweigerung von Ministerkandidaten und der Abänderung des Regierungsprogrammes eine sehr extensive Rolle gespielt. Die Angelobung fand schließlich unter großen Protesten am 4. Februar 2000 statt.

4.5.2.5. Fazit

Insgesamt betrachtet hat Bundespräsident Klestil bei der Regierungsbildung 1999/2000 in allen vier Bereichen eine so starke Rolle gespielt, wie kein Bundespräsident bei keiner Regierungsbildung vor ihm seit 1986. Aufgrund des knappen Wahlergebnisses, der zur zweitstärksten Partei erstarkten FPÖ, der damit verbundenen veränderten Parteienverhältnisse im Nationalrat und den Festlegungen der Parteien führte Klestil sog. Sondierungsgespräche ein,

¹⁸⁰ *Der Standard* (24.1.2000), Alle außer SP kritisieren Klestil, 7.

¹⁸¹ Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 112.

¹⁸² Vgl. ebd. 113; Vgl. *Vranitzky*, Politische Erinnerungen, 400; Vgl. *Tiroler Tageszeitung* (4.2.2000), Klestil zierte sich bis zuletzt: Streit um den Finanzminister.

¹⁸³ *Welan*, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 37.

¹⁸⁴ Vgl. *Wiener Zeitung* (4.2.2000), Klestil an VP-FP: Bitte warten!, 1; Vgl. *Der Standard* (4.2.2000), Verzögerung: Klestil will Parteifreien für die Justiz, 1.

¹⁸⁵ Vgl. *Neues Volksblatt* (5.2.2000), Klestil besorgt, 2.

die die starren Fronten aufweichen sollten und die ÖVP zu einer Beteiligung an einer Großen Koalition bewegen sollte. Daher vergab er den Regierungsbildungsauftrag so spät wie noch nie zuvor, nämlich 67 Tage nach der Wahl. Zudem war es das einzige Jahr im betrachteten Zeitraum, in dem ein Bundespräsident aufgrund des Scheiterns beim ersten Mal, einen Regierungsbildungsauftrag zwei Mal vergab, um seinen Wunschkanzler durchzusetzen. Auch Hintergrundgespräche und öffentliche Stellungnahmen tätigte Klestil bei dieser Regierungsbildung überdurchschnittlich oft, um eine Große Koalition zwischen SPÖ und ÖVP zustande zu bekommen. Für die häufigen Gespräche und Aussagen in der Öffentlichkeit waren ebenfalls das knappe Wahlergebnis, die starke FPÖ, die neuen Parteienverhältnisse, aber vor allem auch mögliche negative internationale Reaktionen die Gründe.¹⁸⁶

Schließlich nahm Klestil auf die Ministerliste und auf das Regierungsprogramm wie kein anderer Bundespräsident Einfluss, indem er zwei FPÖ-Ministerkandidaten ablehnte und Änderungen im Bereich Justiz im Regierungsprogramm forderte. Zudem rief er die designierte Regierungsspitze auf, eine Präambel zu unterschreiben, in der sie sich zur EU und zu den Menschenrechten bekennt. Die Gründe für die große Rolle am Ende der Regierungsbildung waren die FPÖ und manche Aussagen ihrer Exponenten, Politikinhalte, die die beiden neuen Regierungsparteien vertraten, und wiederum die negativen Reaktionen der EU und des Auslandes. Klestils Rolle bei der Regierungsbildung 1999/2000 ist, auch wenn er das Ziel einer Großen Koalition letztlich nicht erreichen konnte, daher als sehr groß zu bezeichnen.¹⁸⁷

4.6. Regierungsbildung 2002/03

4.6.1. Vorgeschichte und Wahlergebnis

Die erstmalige schwarz/blau Regierung in der Geschichte Österreichs hielt keine drei Jahre lang. In den Jahren 2000 bis 2002 kam es unter dem Eindruck mehrerer für die FPÖ verlustreicher Landtagswahlen immer wieder zur Kritik Jörg Haiders an der aus seiner Sicht unsozialen Politik der Bundesregierung und damit an der FPÖ-Regierungsmannschaft unter Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, die im Mai 2000 auch den FPÖ-Parteivorsitz von Haider übernommen hatte. Haider kritisierte etwa die rigorose Budgetkonsolidierungspolitik seines Finanzministers Grassler, die mit Einsparungen und einer Besteuerung der Unfallrenten verbunden waren und damit auf Kosten des „kleinen Mannes“, als deren Fürsprecher die FPÖ seit jeher auftrat, gingen. Auch die außenpolitischen Bemühungen der Regierung einer EU-Osterweiterung stießen auf Widerstand Haiders und anderer nicht in der Regierung vertretenen

¹⁸⁶ Vgl. APA (2.2.2000), Klestil fürchtet 2 – Parteien geht es zu allererst um sich selbst.

¹⁸⁷ Vgl. Welan, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 26-37; Vgl. Höbelt, Experten-Interview.

mittlerer und höherer Funktionäre der FPÖ, darunter Ewald Stadler, Andreas Mölzer und Heinz-Christian Strache. Im Jahr 2002 verlangte Haider dann die Vorverlegung einer die Klein- und Mittelverdiener entlastenden Steuerreform für das Wahljahr 2003.¹⁸⁸ Doch dieser Forderung wollte man von Seiten der Regierung nicht nachkommen. Die FPÖ-Minister Riess-Passer, Scheibner, Grasser und der Klubchef Peter Westenthaler gerieten immer mehr unter Druck und verlangten schließlich im September 2002 einen Sonderparteitag im steirischen Knittelfeld, wo man ein Bekenntnis Haiders zur Regierungsarbeit forderte. Dies wurde von Haider zwar zuerst zugesichert, doch der regierungskritische Flügel der FPÖ um Mölzer, Stadler und den Brüdern Uwe und Kurt Scheuch zerrissen auf den Parteitag diese schriftliche Zusicherung Haiders unter tosenden Applaus und forderten, keine Kompromisse mehr mit der ÖVP einzugehen. Daraufhin traten die Minister Riess-Passer, Grasser und Klubobmann Westenthaler am nächsten Tag, dem 8. September, von allen ihren Regierungs- und Parteiämtern zurück. Bundeskanzler Schüssel kündigte noch am selben Tag die Koalition auf und rief für den 24. November 2002 Neuwahlen zum Nationalrat aus.¹⁸⁹

Diese Nationalratswahlen brachten einen Erdrutschsieg für die ÖVP, die mit einem Zugewinn von 15,39% auf 42,3% der Stimmen kam. Der Regierungspartner FPÖ, deren Obmannschaft Herbert Haupt übernommen hatte, verlor 16,9% und landete nur mehr auf 10,01%, ein Ergebnis, das man zuletzt in den 80er Jahren hatte. Die oppositionelle SPÖ unter Alfred Gusenbauer gewann mit 3,36% ebenfalls recht deutlich hinzu und errang 36,51% und die Grünen kamen mit einem Plus von 2,07% auf 9,47% der Wählerstimmen.¹⁹⁰ Das war ein sehr eindeutiges Ergebnis, der große Gewinner und Wahlsieger war die ÖVP, die mit einem Abstand von knapp 6% die SPÖ hinter sich ließ. Die FPÖ wiederum landete 26,5% hinter der SPÖ und nur die Grünen blieben um 0,54% knapp hinter der FPÖ. Die Anzahl der Parteien, nämlich vier, änderte sich mit diesen Wahlen nicht, aber ganz klar die Kräfteverhältnisse, die in etwa jenen der späten 80er Jahre entsprachen, nämlich zwei starke Großparteien und zwei Kleinparteien um die 10%.

4.6.2. Die Regierungsbildung

Durch dieses starke Wahlergebnis der ÖVP gingen sich diesmal rechnerisch und auch politisch drei mögliche Zweierkoalitionen aus. Einerseits die Fortsetzung der bisherigen schwarz/blauen Regierung, eine Neuauflage der Großen Koalition, die die breiteste Mehrheit

¹⁸⁸ Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 156-160, 177f u. 183f; Vgl. Andreas *Khol* (2013), Verspielte Chancen – die Regierungsbildung 2003. In: Brigitte *Bierlein*/Heinrich *Neißer*/Klaus *Poier* (Hgg.), Über die Pflicht, ein Optimist zu sein, Graz: Styria Premium Verlag, 41-65; Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 476.

¹⁸⁹ Vgl. ebd. 476f; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 185-187; Vgl. *Pelinka*, Wolfgang Schüssel, 63f.

¹⁹⁰ Vgl. *Wikipedia*, Nationalratswahl in Österreich 2002, https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2002 (aufgerufen am 12.3.2018).

gehabt hätte, und schließlich auch Schwarz/Grün. Die ÖVP war nach allen Seiten hin offen. Gegen die ÖVP ging sich keine Zweierkoalition aus. Manche Medien spekulierten zeitweise über eine Dreierkoalition zwischen SPÖ, FPÖ und Grüne, aufgrund gegensätzlicher Inhalte und personeller Abneigungen vor allem zwischen FPÖ und Grüne war so eine Koalition politisch nicht realisierbar.

4.6.2.1. Regierungsbildungsauftrag

Der Regierungsbildungsauftrag erging diesmal bereits zwei Tage nach der Wahl, nämlich am 26. November an den Obmann der mandatsstärksten Partei Wolfgang Schüssel. Klestil ordnete diesmal keine Sondierungsgespräche an, da die Situation diesmal bei weitem nicht so verfahren wie drei Jahre zuvor war, sondern es ein eindeutiges Wahlergebnis und einen eindeutigen Sieger, der nach allen Seiten hin offen war, gab. Zudem war die FPÖ 2002 zu einer 10%-Partei und deutlich auf den dritten Platz herabgesunken, wodurch sich die Parteienlandschaft drastisch änderte und es zu Kräfteverhältnissen wie etwa 15 Jahre vorher kam, was eine rasche Koalitionsbildung beförderte. Auf dieser Basis waren drei Koalitionsvarianten rechnerisch und politisch möglich. Dadurch hatte Klestil das Problem einer Pattsituation nicht und musste auch keine langwierigen Sondierungsgespräche einfordern, sondern konnte darauf vertrauen, dass Schüssel schnell eine regierungsfähige Mehrheit zustande bekam.¹⁹¹

Dennoch gab es wiederum Sondierungsgespräche, die jedoch nicht auf Klestil zurückgingen, sondern der Wille Schüssels und des ÖVP-Vorstandes waren. Bei diesen Sondierungsgesprächen, die explizit noch keine Regierungsverhandlungen waren, wollte die ÖVP ausloten mit welchen Parteien es grundsätzlich inhaltliche Gemeinsamkeiten gab, die eine Basis für künftige Regierungsverhandlungen sein könnten.¹⁹² Diese Phase der Sondierungsgespräche dauerte mehr als zwei Monate, bis Anfang Februar 2003. Erst ab dem 5. Februar kam es zu offiziellen Regierungsverhandlungen.¹⁹³ Klestils Rolle hinsichtlich des Regierungsbildungsauftrages war durch die schnelle Vergabe des Auftrages und der Tatsache, dass er diesmal keine Sondierungsgespräche forderte, deutlich kleiner als 1999/2000.

4.6.2.2. Hintergrundgespräche

Nach den Formalgesprächen mit allen Parteichefs gleich am Montag nach der Wahl führte Klestil Gespräche mit den beiden Landeshauptleuten von Wien und Niederösterreich,

¹⁹¹ Vgl. *News* (2.1.2003), „Es darf nicht zu lange taktiert werden“, 11; Vgl. *Dolomiten* (27.11.2002), Klestil will „stabile Regierung“, 1.

¹⁹² Vgl. *Neues Volksblatt* (26.11.2002), Schüssel beginnt mit Sondierung, 2; Vgl. *Khol*, Verspielte Chancen, 41-65.

¹⁹³ Vgl. ebd. 41-65.

Häupl und Pröll, um sich über das Wahlergebnis und etwaige Koalitionsmöglichkeiten auszutauschen.¹⁹⁴ In derselben Woche empfing Klestil Haider in der Hofburg und besprach dabei den neuerlichen Rücktritt Haider als FPÖ-Chef.¹⁹⁵ In der ersten Dezemberwoche führte Klestil dann eine Reihe von Gesprächen wieder mit Häupl, mit den Spitzen von ÖGB und Wirtschaftskammer, Fritz Verzetnitsch und Christoph Leitl, dem Nationalratspräsidenten Heinz Fischer, dem FPÖ-Infrastrukturminister Matthias Reichhold und weiteren „Vertretern des politischen Lebens“¹⁹⁶, in denen es um das Wahlergebnis und mögliche Koalitionen ging.¹⁹⁷ Bereits bei diesen ersten Gesprächen ließ Klestil zwar nicht wörtlich, aber verklausuliert anklingen, dass er am liebsten eine Große Koalition hätte.¹⁹⁸ Zwischen Mitte Dezember und Ende Jänner, als die Sondierungsgespräche zwischen der ÖVP und den anderen Parteien stattfanden, gab es, wenn auch nicht so häufig wie Ende November/Anfang Dezember, weitere regelmäßige Gespräche mit den Spitzen der verhandelnden Parteien sowie mit Vertretern der anderen Parteien und der Bundesländer. Besonders viele Gespräche führte Klestil mit Wiens Bürgermeister Häupl, in denen Klestil die SPÖ zu Verhandlungen mit der ÖVP bewegen wollte, um letztlich eine Große Koalition zustande zu bringen. Häupl stand einer Großen Koalition Ende Jänner, nachdem zuvor schon die Sondierungsgespräche zwischen Schwarz und Rot scheiterten, skeptisch gegenüber.¹⁹⁹

Zu Beginn der Phase der Regierungsverhandlungen Anfang Februar holte Klestil dann wieder alle Parteichefs zu sich in die Hofburg und beriet das weitere Vorgehen und mögliche Koalitionen.²⁰⁰ Zu diesem Zeitpunkt begannen die Regierungsverhandlungen der ÖVP mit den Grünen und in einem Gespräch Klestils mit dem Grünen-Chef Alexander Van der Bellen ließ ersterer wissen, dass er nichts gegen Schwarz/Grün hätte.²⁰¹ Nachdem die Verhandlungen mit den Grünen am 16. Februar 2003 scheiterten, versuchte Schüssel vom 18. bis 20. Februar, mit SPÖ-Chef Gusenbauer zu verhandeln, was ebenfalls ergebnislos blieb. In diesen Tagen kam es zu Gesprächen zwischen Klestil und Gusenbauer bzw. FPÖ-Chef Haupt, in denen es jeweils um eine Koalition mit der ÖVP ging.²⁰² Noch am 20. telefonierte Schüssel mit Klestil und informierte ihn darüber, dass die ÖVP Regierungsverhandlungen mit der FPÖ aufnehmen

¹⁹⁴ Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (27.11.2002), Parteien hören die Signale: Klestil möchte schwarz-rot, 2; Vgl. *Die Presse* (27.11.2002), Klestil erteilt Schüssel den Auftrag zur Bildung einer Bundesregierung, 4.

¹⁹⁵ Vgl. *Die Presse* (30.11.2002), Koalitionspoker: VP und SP reden, Grüne wollen reden, FP sucht Ausweg, 1.

¹⁹⁶ APA (4.12.2002), Bundespräsident setzt Gesprächs-Reigen fort.

¹⁹⁷ Vgl. ebd; Vgl. *Die Presse* (5.12.2002), Häupl erneut bei Klestil, 7.

¹⁹⁸ Vgl. *Dolomiten* (27.11.2002), Klestil will „stabile Regierung“, 1; Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (27.11.2002), Parteien hören die Signale: Klestil möchte schwarz-rot, 2.

¹⁹⁹ Vgl. *Die Presse* (25.1.2003), Klestil wartet noch ab, 8; Vgl. *Khol*, Verspielte Chancen, 41-65.

²⁰⁰ Vgl. *Die Presse* (6.2.2003), Klestil trifft alle vier Parteichefs in der Hofburg, 7.

²⁰¹ Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (8.2.2003), Der Bundespräsident horcht und schweigt, 3.

²⁰² Vgl. *Khol*, Verspielte Chancen, 41-65; Vgl. *WNL* (18.2.2003), FP-Chef Haupt will Gespräche mit ÖVP abwarten.

werde.²⁰³ Klestil nahm dies zur Kenntnis. Nachdem man bei den Sondierungsgesprächen mit der FPÖ im Dezember und Jänner inhaltlich schon sehr weit gekommen war, dauerten die Regierungsverhandlungen der beiden nicht mehr lange und am 28. Februar waren Schüssel und FPÖ-Chef Haupt bei Klestil, um ihn über den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu informieren. Noch am selben Tag wurde die schwarz/blau Regierung Schüssel II angelobt.²⁰⁴

Der Großkoalitionär Klestil wollte mit seinen Gesprächen bei dieser Regierungsbildung eine Große Koalition vorantreiben. Das geht aus den Gesprächen mit Häupl, aber auch mit anderen Vertretern der SPÖ hervor. Die nicht wenigen Gespräche in diesem Jahr waren wieder vor allem von der Wunschkoalitionsform Klestils geprägt. Doch auch gegen eine schwarz/grüne Koalition hatte Klestil nichts einzuwenden.²⁰⁵ Insgesamt fanden jedoch etwas weniger Gespräche als 1999/2000 statt, denn diesmal war das Wahlergebnis viel eindeutiger und der große Sieger der Wahl war Schüssel, der für Koalitionen nach allen Seiten hin offen war und daher selbst das Heft in die Hand nahm. Klestil musste durch das eindeutige Wahlergebnis und die deutlich geschwächte FPÖ und die ebenso deutlich gestärkte ÖVP diesmal keine Pattsituation auflösen.²⁰⁶ Auch das Ausland drohte nicht mit negativen Reaktionen, weswegen Klestil eine schwarz/blau Regierung nicht so vehement wie 2000 verhindern wollte.²⁰⁷

4.6.2.3. Öffentliche Stellungnahmen

Bei den öffentlichen Stellungnahmen verhielt es sich ähnlich. Klestil machte regelmäßig Gebrauch von der Macht des Wortes, aber nicht so häufig wie drei Jahre zuvor. Vor der Wahl wünschte sich Klestil „eine stabile Regierung mit Ansehen im In- und Ausland“²⁰⁸ und sprach sich gegen eine Minderheitsregierung aus.²⁰⁹ Nach dem Regierungsbildungsauftrag und zu Beginn der Sondierungsgespräche sprach sich Klestil dann öffentlich für eine „möglichst stabile Regierung mit einer möglichst breiten Mehrheit im Parlament“²¹⁰ aus, was man beides als Aufruf zu einer Großen Koalition interpretieren kann. Diese Wortmeldung wiederholte er in

²⁰³ Vgl. *Tiroler Tageszeitung* (21.2.2003), Grünes Licht für Schwarz-Blau, 1.

²⁰⁴ Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (28.2.2003), Schwarz-Blau sollte heute stehen, 3; Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (1.3.2003), Regierung konnte wegen Platzverbots oberirdisch zur Angelobung gehen; Vgl. *APA* (28.3.2003), ÖVP und FPÖ über Regierungsbildung einig.

²⁰⁵ Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (27.11.2002), Parteien hören die Signale: Klestil möchte schwarz-rot, 2; Vgl. *Die Presse* (25.1.2003), Klestil wartet noch ab, 8; Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (8.2.2003), Der Bundespräsident horcht und schweigt, 3.

²⁰⁶ Vgl. *News* (2.1.2003), „Es darf nicht zu lange taktiert werden“, 11; Vgl. *Khol*, Verspielte Chancen, 41-65; Vgl. *Khol*, Experten-Interview; Vgl. *Pelinka*, Wolfgang Schüssel, 18.

²⁰⁷ Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (17.12.2002), Regierungsbildung als Umkehr der Beweislast, 2; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 206.

²⁰⁸ *Kurier* (21.11.2002), Der Erste muss nicht Kanzler werden, 2.

²⁰⁹ Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (23.11.2002), Diesmal wird fast jeder mit fast jedem können, 2.

²¹⁰ *Dolomiten* (27.11.2002), Klestil will „stabile Regierung“, 1.

abgewandelter Form Mitte Dezember bei der Angelobung der neuen Spitze des Verfassungsgerichtshofes.²¹¹ Bei der Neujahrsansprache 2003 äußerte sich Klestil ähnlich und wollte eine breite und stabile Regierung. Darüber hinaus mahnte er ein, auf parteipolitisches Taktieren zu verzichten und stattdessen rasch eine neue Regierung zu bilden.²¹²

Ende Jänner riss Klestil dann der Geduldsfaden, er monierte öffentlich bei einem Besuch des Europarates in Straßburg in scharfer Form die lange Dauer der bisherigen Sondierungen und forderte Schüssel auf, schnell zu einem Ende der Regierungsbildung zu kommen. Im Zuge dessen tat Klestil diesmal sehr konkret seinen Wunsch nach einer Großen Koalition kund und lehnte eine ebenfalls im Raum stehende ÖVP-Minderheitsregierung ab.²¹³ Klestils Appell zur Eile fruchtete, denn Schüssel war zwar empört über die Art und Weise dieses Appells Klestils, begann aber in der darauffolgenden Woche die offiziellen Regierungsverhandlungen mit den Grünen.²¹⁴ Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Grünen Mitte Februar reagierte Klestil in der Öffentlichkeit erneut sehr scharf und rief Schüssel dazu auf, nicht mehr rasch, sondern „raschest“²¹⁵ zu entscheiden, welche Koalitionsform er haben möchte. Am 20. Februar ließ die Präsidentschaftskanzlei verlautbaren, dass weitere Sondierungsrunden nicht auf die Zustimmung des Bundespräsidenten stoßen würden.²¹⁶ Am selben Tag begannen die Verhandlungen mit der FPÖ, die dann eine Woche später abgeschlossen wurden.²¹⁷

Die öffentlichen Äußerungen Klestils im Zuge dieser Regierungsbildung handelten hauptsächlich von dem Wunsch des Bundespräsidenten, eine Große Koalition zu bilden. Ab Neujahr stand wiederum das Tempo der Regierungsbildung im Mittelpunkt seiner Aussagen. Vor allem mit dem Druck schnell eine Regierung zu bilden konnte Klestil bewirken, dass Schüssel ab Anfang Februar sich etwas mehr beeilte und zuerst mit den Grünen, kurzzeitig mit der SPÖ und dann sehr schnell mit der FPÖ verhandelte. Klestils Ziel einer Großen Koalition wurde von ihm durch seine Appelle und Äußerungen nicht erreicht.²¹⁸ Klestil spielte, wie schon bei den Gesprächen, durch die deutlich einfachere Situation was das Wahlergebnis, die

²¹¹ Vgl. *Die Presse* (11.12.2002), Klestil drängt auf Reform der Verfassung, 7.

²¹² Vgl. *Der Standard* (2.1.2003), Klestil mahnt Schüssel: Ende des Taktierens, 1; Vgl. *Neue Kronen Zeitung* (2.1.2003), Auf parteipolitisches Taktieren verzichten, 2.

²¹³ Vgl. *Dolomiten* (30.1.2003), Klestil will Entscheidung Schüssels, 2; Vgl. *Tiroler Tageszeitung* (30.1.2003), Klestil reicht es, 1; Vgl. *Tiroler Tageszeitung* (30.1.2003), Konflikt zwischen Klestil und Schüssel voll entbrannt, 3; Vgl. *Der Standard* (30.1.2003), Klestil fordert von Schüssel rasche Regierungsbildung, 6; Vgl. *Kleine Zeitung* (31.1.2003), Klestil beharrt: Schüssel soll es mit der SPÖ probieren, 2; Vgl. *Tiroler Tageszeitung* (31.1.2003), Klestil will Schwarz-Rot erzwingen, 1.

²¹⁴ Vgl. *Neues Volksblatt* (1.2.2003), Empörung über Klestil-Attacke, 3; Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (1.2.2003), Die ÖVP wird nun die Grünen testen, 3.

²¹⁵ *Kleine Zeitung* (18.2.2003), Klestil drängt: Partner „raschest“ suchen, 3; Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (18.2.2003), Schwarz-Blau steht hoch im Kurs, 3.

²¹⁶ Vgl. *Salzburger Nachrichten* (20.2.2003), Schüssel oder Neuwahlen, 2.

²¹⁷ Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (1.3.2003), Regierung konnte wegen Platzverbots oberirdisch zur Angelobung gehen.

²¹⁸ Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (1.3.2003), Chronologie, 3.

Kräfteverhältnisse im Nationalrat und die Festlegungen der Parteien betrifft, im Vergleich zu 1999/2000 eine etwas geringere Rolle, beeinflusste aber ab Februar sehr wohl das Tempo der Verhandlungen.²¹⁹

4.6.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen

Bezüglich der Verweigerung von Ministervorschlägen hat Klestil bei dieser Regierungsbildung keine Rolle gespielt. Er hat die am 28. Februar von Schüssel und Haupt vorgelegte Ministerliste noch am selben Tag akzeptiert und keine Änderungen gewünscht. Auch das Regierungsprogramm wurde von Klestil zum Unterschied von 2000 nicht beanstandet. Daher konnte die Regierung noch am selben Tag, dem 28. Februar 2003 angelobt werden.²²⁰ Grund für die schnelle Akzeptanz der Ministerliste war, dass diesmal keine Persönlichkeiten der FPÖ auf der Liste standen, die mit umstrittenen und kontroversen Aussagen aufgefallen waren. Stattdessen fanden sich auf der FPÖ Seite durchaus seriöse Sachpolitiker wie Hubert Gorbach, der Infrastrukturminister, Dieter Böhmdorfer, der Justizminister und Haupt selbst, der Sozialminister und Vizekanzler wurde.²²¹

4.6.2.5. Fazit

Die Regierungsbildung 2002/03 war geprägt von einer deutlich kleineren Rolle des Bundespräsidenten als im Jahr 2000. Das wird einerseits am Regierungsbildungsauftrag, der bereits zwei Tage nach der Wahl an den Obmann der deutlich stärksten Partei, der ÖVP, vergeben wurde, und andererseits auch an der von Klestil sofort akzeptierten Ministerliste am Ende der Regierungsbildung ersichtlich. Betreffend die Hintergrundgespräche und die öffentlichen Stellungnahmen hat Klestil quantitativ weniger Gespräche geführt und Äußerungen getätigt als drei Jahre zuvor, aber im Vergleich zu seinen ersten beiden Regierungsbildungen in den 90er Jahren hat er eine größere Rolle gespielt. Klestil hat sich bei den Gesprächen und den öffentlichen Äußerungen für eine Große Koalition eingesetzt, was er zwar nicht erreicht hat, aber dennoch konnte er vor allem durch seine öffentlichen Stellungnahmen Druck auf Schüssel ausüben und das Tempo der Regierungsbildung beschleunigen.

Begründet liegt die im Vergleich zu 1999/2000 kleinere Rolle Klestils an den völlig anderen Rahmenbedingungen als im Jahr 2000. Diesmal gab es ein sehr eindeutiges Wahlergebnis, völlig veränderte Parteienverhältnisse mit einer über 40% starken ÖVP und

²¹⁹ Vgl. *News* (2.1.2003), „Es darf nicht zu lange taktiert werden“, 11.

²²⁰ Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (1.3.2003), Regierung konnte wegen Platzverbots oberirdisch zur Angelobung gehen; Vgl. *APA* (28.2.2003), ÖVP und FPÖ über Regierungsbildung einig.

²²¹ Vgl. *Neue Kronen Zeitung* (1.3.2003), Neue Regierung: Fakten, Schachzüge und Hintergründe, 6.

einer auf 10% geschrumpften FPÖ und es gab keine starren Festlegungen der Parteien mit wem man und mit wem man nicht koalieren wollte.²²² Auch gab es diesmal keine umstrittenen Personen auf der Ministerliste.²²³ Schließlich blieben, nachdem die EU 2001 völlig widerspruchlos den Einzug der Neofaschisten in die italienische Regierung hinnahm, während der Regierungsbildung auch Sanktionsandrohungen oder andere negative Reaktionen des Auslandes aus.²²⁴

4.7. Regierungsbildung 2006/07

4.7.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 2004 und Wahlergebnis

Ein gutes Jahr nach der Regierungsbildung 2003 standen nach Ablauf der zweiten Amtszeit Klestil im April 2004 wieder Bundespräsidentenwahlen an. Es kandidierten diesmal nur zwei Personen, womit es nur einen Wahlgang gab. Für die ÖVP trat die bisherige Außenministerin und vormalige Diplomatin Benita Ferrero-Waldner und für die SPÖ der bisherige Zweite und vormals Erste Nationalratspräsident Heinz Fischer an. Letzterer war, im Gegensatz zu seinen Vorgängern sehr stark in seiner Partei, der SPÖ verankert. Der eher ruhige Bundespräsidentenschaftswahlkampf verlief zum Teil entlang der Konfliktlinie Regierung und Opposition. Der Oppositionskandidat Fischer kritisierte immer wieder Maßnahmen der Regierung und Ministerin Ferrero-Waldner verteidigte diese.²²⁵ Zum Thema Regierungsbildung verwies der vormals als Innenpolitiker tätige Heinz Fischer im Wahlkampf darauf, dass sich in erster Linie der Bundeskanzler seine Regierungsmannschaft aussuchen solle, diese aber auch das Vertrauen des Bundespräsidenten haben müsse. Den Regierungsbildungsauftrag würde er dem Obmann der stärksten Partei geben und scheitert dieser, würde er denjenigen, der über eine Mehrheit für ein Regierungsprogramm verfügt, beauftragen. Fischer wolle in keinem Fall ein „Reservekanzler oder Gegenkanzler“²²⁶ sein, sondern vielmehr bemüht sein, mit einer Regierung, die die Mehrheit im Nationalrat hat, zusammenzuarbeiten.²²⁷ Das Ergebnis war im Vergleich zu früheren Bundespräsidentenwahlen eher knapp, denn der Oppositionskandidat Fischer gewann mit 52,4% der Stimmen, während

²²² Vgl. *News* (2.1.2003), „Es darf nicht zu lange taktiert werden“, 11; Vgl. *Khol*, Verspielte Chancen, 41-65; Vgl. *Khol*, Experten-Interview; Vgl. *Pelinka*, Wolfgang Schüssel, 18.

²²³ Vgl. *Neue Kronen Zeitung* (1.3.2003), Neue Regierung: Fakten, Schachzüge und Hintergründe, 6.

²²⁴ Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (17.12.2002), Regierungsbildung als Umkehr der Beweislast, 2; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 206.

²²⁵ Vgl. *ORF Multimediales Archiv* (15.4.2004), Konfrontation zur Präsidentschaftswahl.

²²⁶ *Die Presse* (5.1.2004), Fischer: Regierungsbildung „ohne Verwundungen“, 6.

²²⁷ Vgl. ebd. 6; Vgl. *ORF Multimediales Archiv* (15.4.2004), Konfrontation zur Präsidentschaftswahl; Vgl. *Neue Kronen Zeitung* (16.01.2004), Nach der SPÖ hat jetzt auch die ÖVP offiziell ihren Kandidaten, 4.

Ferrero-Waldner auf 47,6% kam und verlor. Auch bei seiner Antrittsrede im Juli 2004 erklärte Fischer, dass er mit der Bundesregierung sachlich zusammenarbeiten wolle.²²⁸

Die Angelobung Fischers im Juli 2004 wurde überschattet vom plötzlichen Ableben des amtierenden Bundespräsidenten Thomas Klestil zwei Tage vor dem Ende seiner Amtszeit und einen Tag vor der Pressekonferenz, in der er eine Bilanz über seine zwölfjährige Bundespräsidentschaft ziehen wollte, nämlich am 6. Juli 2004. Klestil verstarb 71-jährig im Amt und bekam daher ein Staatsbegräbnis, zudem Staatsgäste aus aller Welt anreisten.²²⁹

Innenpolitisch waren die Jahre 2003 bis 2005 weiterhin geprägt von harscher Kritik und verbalen Querschüssen gegen die Regierungspolitik vom regierungskritischen Flügel der FPÖ um Stadler, Strache, Mölzer und Hilmar Kabas. Im Gegensatz zu 2002 befand sich Jörg Haider nun auf Seiten des regierungsfreundlichen Flügels um seiner Schwester Ursula Haubner und Vizekanzler Hubert Gorbach und geriet damit selber unter Beschuss. Im April 2005 hatte Haider genug vom Richtungsstreit zwischen Basis bzw. Parteifunktionären und Regierungsflügel. Er gründete eine neue Partei, das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), dessen Parteifarbe Orange wurde, und spaltete sich analog zum LIF 1993 im Parlament vom Freiheitlichen Klub ab. Zum Unterschied von 2002 war für Bundeskanzler Schüssel die Stabilität der Regierung diesmal nicht gefährdet, wechselte doch die gesamte Regierungsmannschaft und alle bis auf eine Nationalratsabgeordnete der FPÖ geschlossen zum BZÖ über, wodurch die Regierung weiterhin eine stabile Mehrheit im Nationalrat hatte.²³⁰ Die Regierung wurde nun aus ÖVP und BZÖ gebildet und mit einem Schlag hatte Österreich ohne Wahlen erstmals seit 1999 wiederum ein Fünf-Parteien-Parlament.

Mit dieser neuen Konstellation ging es eineinhalb Jahre später, im Herbst 2006 in die nächsten Nationalratswahlen. Der Wahltermin war der 1. Oktober und als Spitzenkandidaten traten für das neue BZÖ der frühere Klubchef der FPÖ Peter Westenthaler und für die Rest-FPÖ der erst 37-jährige Heinz-Christian Strache an. Doch der Kampf fand in erster Linie zwischen Schüssels ÖVP und Gusenbauers SPÖ statt und man rechnete allgemein mit einem klaren Sieg der Kanzlerpartei ÖVP.²³¹ Das Wahlergebnis brachte dann jedoch einige unerwartete Überraschungen. Die ÖVP stürzte dramatisch um 7,97% ab und fiel mit 34,33% sogar auf den zweiten Platz zurück. Auch die SPÖ verlor, aber nur leicht um 1,17% und landete dadurch überraschend mit 35,34% und 1,01% Vorsprung auf die ÖVP auf Platz eins. Die

²²⁸ Vgl. *Österreichische Präsidentschaftskanzlei* (8.7.2004), Antrittsrede von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer anlässlich 16. Bundesversammlung aus Anlass der Angelobung des neu gewählten Bundespräsidenten.

²²⁹ Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 230.

²³⁰ Vgl. ebd. 231f u. 240f.

²³¹ Vgl. ebd. 263-269; Vgl. Elmar *Pichl* (2007), Vom Wähler als erste Kraft gefühlt, heißt noch lange nicht gewählt. In: Thomas *Hofer*/Barbara *Tóth* (Hgg.), *Wahl 2006. Kanzler. Kampagnen. Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl*, Wien/Berlin: Lit Verlag, 47.

Kleinparteien gewannen leicht dazu, die FPÖ um 1,02%, sie erzielte 11,03% und die Grünen bekamen 1,57% dazu, überholten die FPÖ hauchdünn um 532 Stimmen und landeten mit 11,04% auf dem dritten Platz. Das BZÖ erreichte aus dem Stand 4,11%, überschritt damit knapp die Vier-Prozent-Hürde und blieb weiterhin im Parlament.²³² Damit hatte Österreich ein gewähltes Fünf-Parteien-Parlament mit zwei ziemlich starken Großparteien und drei Kleinparteien. Gleichzeitig lag ein sehr knappes Wahlergebnis vor. Die beiden Großen trennte nur 1%, den Dritten und Vierten sogar nur 532 Stimmen und das BZÖ schaffte es um nur 0,11% in den Nationalrat.

4.7.2. Die Regierungsbildung

Auf Basis dieses Wahlergebnisses ging sich nur eine Zweierkoalition aus, nämlich eine Große Koalition aus SPÖ und ÖVP. Andere Zweierkoalitionen waren nicht möglich, weder Schwarz/Blau, noch Rot/Grün und schon gar nicht die bisherige Koalition Schwarz/Orange. Sehr wohl ging sich rechnerisch eine Dreierkoalition aus ÖVP, FPÖ und BZÖ aus, was im Laufe der Zeit als Alternative zur Großen Koalition zeitweise im Raum stand. Andere Dreierkoalitionen waren hingegen unrealistisch.²³³ Schließlich bestand die Möglichkeit, eine SPÖ-Minderheitsregierung unter Duldung einer oder mehrerer Oppositionsparteien zu bilden.²³⁴ Die Parteien legten sich kaum fest, die ÖVP schwankte zwischen Regierungsbeteiligung und Opposition, die FPÖ signalisierte zeitweise eine Bereitschaft für Schwarz/Blau/Orange, dann wieder nicht und die SPÖ mit Gusenbauer hatte anfangs das klare Ziel, eine Große Koalition unter ihrer Führung zu bilden, zog im Verlauf der Verhandlungen aber auch eine Minderheitsregierung in Betracht.²³⁵ Bundespräsident Fischer und den Parteien stand damit eine sehr schwierige Regierungsbildung bevor.

4.7.2.1. Regierungsbildungsauftrag

Fischer hat, wie in früheren Jahren Klestil, im Vorfeld der Wahl und auch am Tag nach der Wahl gesagt, dass es keinen Automatismus dafür gebe, den Obmann der stärksten Partei mit der Regierungsbildung zu beauftragen und hat es somit offengelassen, ob er Gusenbauer

²³² Vgl. *Wikipedia*, Nationalratswahl in Österreich 2006, https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2006 (aufgerufen am 19.3.2018); Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (10.10.2006), Grüner Triumph im Krimi um dritten Platz, 2.

²³³ Vgl. *Kurier* (14.11.2006), „Gusenbauer soll Brücke bauen“, 2; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 270f; Vgl. Manfred Welan (2007), *Regierungsbildung 2006/2007*, Wien: Diskussionspapier DP-21-2007, 4; Vgl. Nina Horaczek/Claudia Reiterer (2009), HC Strache. Sein Aufstieg. Seine Hintermänner. Seine Feinde, Wien: Ueberreuter, 117f.

²³⁴ Vgl. *Horvath*, Das Amtsverständnis, 127; Vgl. *Horvath*, Heinz Fischer, 173.

²³⁵ Vgl. ebd. 173; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 271; Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 487; Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (2.10.2006), SPÖ vor schwieriger Regierungsbildung, 2; Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (5.10.2006), FPÖ sagt ÖVP und BZÖ ab, 1.

den Auftrag erteilt.²³⁶ Doch Fischer hielt die Tradition, den Obmann der mandatsstärksten Partei mit der Regierungsbildung zu beauftragen, sehr wohl aufrecht²³⁷ und erteilte Gusenbauer als Chef der knapp stärksten Partei den Regierungsbildungsauftrag. Hinsichtlich des Zeitpunktes erging der Auftrag diesmal zehn Tage nach der Wahl, am 11. Oktober 2006, also deutlich später als 2002 und in den 90er Jahren, aber erheblich schneller als in der Ausnahmesituation 1999. Fischer wollte aufgrund des sehr knappen Ergebnisses – hätte das BZÖ den Einzug in den Nationalrat nicht geschafft, wäre sich eine rot/grüne Koalition ausgegangen – das endgültige Endergebnis unter Einbezug der Wahlkarten abwarten, bevor er den Auftrag zur Regierungsbildung vergab.²³⁸ Gusenbauer begann nach dem Erhalt des Regierungsbildungsauftrages, ohne vorher unverbindliche Sondierungsgespräche zu führen, sofort mit den offiziellen Regierungsverhandlungen mit der ÖVP.²³⁹

4.7.2.2. Hintergrundgespräche

Nach formalen Gesprächen zwischen dem Bundespräsidenten und den Spitzen der Parlamentsparteien in der Woche nach der Wahl, fanden „in unregelmäßigen Abständen nach dem Auftrag zur Regierungsbildung [...] weitere Informationsgespräche über den Fortlauf der Regierungsverhandlungen“²⁴⁰ statt. Diese Gespräche führte Fischer mit den Spitzen der beiden großen Parteien und gegebenenfalls auch „mit Vorsitzenden einer Partei, die nicht in Regierungsverhandlungen eingebunden war“²⁴¹. Ende Oktober, als sich erstmals der neugewählte Nationalrat konstituierte, wurden von der SPÖ mit den Stimmen der FPÖ und der Grünen, zum Unmut der ÖVP, Untersuchungsausschüsse zur Klärung des Eurofighter-Kaufs und der Bankenaufsicht eingesetzt. Aufgrund dieser Entscheidung der SPÖ, die das Verhandlungsklima zwischen den Regierungsverhandlern beträchtlich verschlechterte, brach die ÖVP die Verhandlungen am 30. Oktober vorerst ab.²⁴² Daraufhin kam es zuerst am 31. Oktober zu Vier-Augen-Gesprächen zwischen Fischer und Gusenbauer bzw. Schüssel und tags darauf zu einem Sechs-Augen-Gespräch zwischen den Dreien in der Wohnung Fischers. Darin ging es Fischer darum, zu vermitteln und die ÖVP wieder an den Verhandlungstisch zu

²³⁶ Vgl. *Salzburger Nachrichten* (2.10.2006), Und jetzt die Sondierungen, 4; Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (2.10.2006), Zügig handeln, 2.

²³⁷ Vgl. Heinz Fischer (9.2.2018), Experten-Interview.

²³⁸ Vgl. *Wiener Zeitung* (4.10.2006), Ab Dienstag beginnt zähes Ringen um neue Regierung, 1; Vgl. *Neues Volksblatt* (3.10.2006), Nur wenn BZÖ aus Nationalrat fliegt, geht sich Rot-Grün aus, 3; Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* (12.10.2006), Regierungsauftrag an SPÖ-Chef Gusenbauer. Bundespräsident Fischer wünscht eine Mehrheitsregierung, 1.

²³⁹ Vgl. ebd. 1.

²⁴⁰ Fischer, Experten-Interview.

²⁴¹ Ebd.

²⁴² Vgl. *Welan*, Regierungsbildung 2006/2007, 18; Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 270f; Vgl. *Der Standard* (31.10.2006), Große Koalition auf Eis gelegt, 2.

bekommen. Doch die ÖVP wollte, wenn dann erst nach einem schnellen Ende der Untersuchungsausschüsse die Verhandlungen aufnehmen. Die beiden Gesprächsrunden am 31. Oktober und 1. November waren vorerst erfolglos und die Regierungsverhandlungen waren auf Eis gelegt.²⁴³ In den beiden Wochen danach wurden immer wieder andere Regierungsmöglichkeiten wie etwa von Gusenbauer eine SPÖ-Minderheitsregierung oder von wichtigen ÖVP-Exponenten eine schwarz/blau/orange Koalition ins Spiel gebracht.²⁴⁴ Doch Fischers Haltung war klar, er wollte, wie er immer wieder bekundete, eine Große Koalition.²⁴⁵ In der ersten Novemberhälfte gab es daher wiederholte Zusammenkünfte zwischen Fischer und Gusenbauer, in denen es auch um eine SPÖ-Minderheitsregierung ging. Die genauen Inhalte dieser Gespräche gehen aus den zugänglichen Quellen nicht exakt hervor, aber in der Literatur wird vermutet, dass Fischer eine Minderheitsregierung zu verhindern versuchte und Gusenbauer nahelegte, auch weiterhin mit der ÖVP eine Große Koalition zu verhandeln.²⁴⁶ Daran hielt sich Gusenbauer und versuchte weiterhin, die ÖVP zum Verhandeln zu bringen. Am 16. November entschied sich die ÖVP in einer Vorstandssitzung dann dafür, wieder in Regierungsverhandlungen einzusteigen. Rund um diese Entscheidung fanden wieder vermehrt Gespräche Fischers mit Gusenbauer und Schüssel statt, in denen sie mit dem Bundespräsidenten über die weitere Vorgangsweise berieten.²⁴⁷ Fischer konnte mit seinen Hintergrundgesprächen letztlich eine von ihm nicht vorrangig gewollte Minderheitsregierung, aber auch eine ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition abwenden.²⁴⁸

Ab Mitte November gingen die Regierungsverhandlungen zügiger voran. Neben den laufenden Informationsgesprächen gab es Mitte Dezember ein weiteres Sechs-Augen-Gespräch zwischen Fischer, Gusenbauer und Schüssel, in dem die Drei einen Zeitplan für die weitere Regierungsbildung erarbeiteten und man sich auf den 11. Jänner als Tag der Angelobung einigte.²⁴⁹ Daran hielten sich die Verhandler und rund um den Angelobungstag gab es dann weitere Gespräche zwischen Fischer und den beiden Spitzen von SPÖ und ÖVP, in denen es dann nur mehr um die Ministerliste, das Regierungsprogramm und die Angelobung ging.

Es ist zu konstatieren, dass Fischer bei dieser Regierungsbildung sehr viele Hintergrundgespräche vor allem mit den Vertretern der beiden verhandelnden Großparteien

²⁴³ Vgl. *Neue Kronen Zeitung* (1.11.2006), Wien. Es ist schon Tradition. Der Bundespräsident legt vor, 2; Vgl. *Die Presse* (2.11.2006), Eiszeit zwischen Rot und Schwarz, 4; Vgl. *Die Presse* (6.11.2006), ÖVP verhandelt erst nächstes Jahr, 1; Vgl. *Profil* (6.11.2006), Die Stunde des Präsidenten, 16; Vgl. *Welan*, Regierungsbildung 2006/2007, 18.

²⁴⁴ Vgl. *Horacek/Reiterer*, HC Strache, 117f.

²⁴⁵ Vgl. *Neues Volksblatt* (27.10.2006), Bundespräsident Fischer macht sich für Große Koalition stark, 3.

²⁴⁶ Vgl. *Horvath*, Das Amtsverständnis, 127; Vgl. *Horvath*, Heinz Fischer, 173.

²⁴⁷ Vgl. *Tiroler Tageszeitung* (17.11.2006), Drohender Absturz der ÖVP zwang Schüssel zur Umkehr, 2.

²⁴⁸ Vgl. *Horvath*, Heinz Fischer, 173.

²⁴⁹ Vgl. *Der Standard* (13.12.2006), Bis Mitte Jänner soll Rot-Schwarz stehen, 7; Vgl. *Kurier* (14.12.2006), Ab 11. Jänner wird gearbeitet, 2.

und in geringerem Ausmaß auch mit den Spitzen der anderen Parteien führte. Er spielte damit eine sehr wesentliche Rolle am Zustandekommen der Großen Koalition in diesem Jahr.²⁵⁰ Fischer trieb in den Gesprächen mit den Spitzen der Großparteien seinen Wunsch einer Großen Koalition stets voran. Aufgrund des sehr knappen und für viele überraschenden Wahlergebnisses, der Aufsplitterung der Parteienlandschaft und der realen Möglichkeit mehrerer verschiedener Regierungsformen war eine Große Koalition nur sehr schwer zu erreichen. Fischer schaffte es, die SPÖ und die ÖVP, trotz der verhärteten Fronten zwischen den beiden nach den Ereignissen der vorangegangenen Jahre, an den Verhandlungstisch zu bringen. Durch die Einsetzung des Untersuchungsausschusses Ende Oktober, kam es in der ersten Novemberhälfte dann zu einer Pattstellung zwischen den beiden Großparteien. Fischer half durch sein Engagement in den Gesprächen maßgeblich mit, diese Pattstellung aufzulösen, die beiden Verhandler wieder an den Verhandlungstisch zu bringen und die Regierungsverhandlungen zu einem positiven Ende zu bringen.²⁵¹

4.7.2.3. Öffentliche Stellungnahmen

Öffentliche Äußerungen gab es von Heinz Fischer deutlich mehr als man es von Klestil bei seinen Regierungsbildungen gewohnt war. Vor der Wahl wollte sich Fischer noch nicht auf eine Koalitionsform festlegen. In den Tagen nach der Wahl rief er öffentlich dazu auf, zügig eine neue Regierung zu bilden. Sein Ziel war, dass bis Weihnachten eine Regierung steht. Gleichzeitig plädierte er für eine stabile Regierung, die große Reformprojekte umsetzen kann.²⁵² Bei der Vergabe des Regierungsbildungsauftrages forderte Fischer auch in welche Richtung die Regierung inhaltlich gehen sollte. So sollte bei der Erarbeitung des Regierungsprogramms auf die „soziale Symmetrie“²⁵³ bedacht genommen und sich dem Thema Bildung, Wissenschaft und Forschung besonders angenommen werden. Ferner sollte die neue Regierung aktiv am Projekt der europäischen Zusammenarbeit mitarbeiten.²⁵⁴ Bei der Ansprache zum Nationalfeiertag sprach sich Fischer erstmals explizit für eine Regierung der beiden größten Parteien, also für eine Große Koalition aus.²⁵⁵ In der Phase der Unterbrechung der Verhandlungen Anfang/Mitte November setzte sich Fischer in seinen Äußerungen weiterhin für eine Große Koalition ein und lehnte Neuwahlen und eine Minderheitsregierung

²⁵⁰ Vgl. *Wiener Zeitung* (11.1.2007), Im Schatten Alfred Gusenbauers strahlt heute wohl auch Heinz Fischer, 12.

²⁵¹ Vgl. ebd. 12.

²⁵² Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (2.10.2006), Zügig handeln, 2; Vgl. *Kurier* (5.10.2006), Fischer will bis Weihnachten Regierung, 3; Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* (12.10.2006), Regierungsauftrag an SPÖ-Chef Gusenbauer, 1.

²⁵³ *Der Standard* (12.10.2006), „Bemühen um soziale Symmetrie“ Präsident spricht im Auftrag zur Regierungsbildung Ortstafelfrage und Bildung explizit an, 2.

²⁵⁴ Vgl. ebd. 2.

²⁵⁵ Vgl. *Neues Volksblatt* (27.10.2006), Bundespräsident Fischer macht sich für Große Koalition stark, 3.

ab. Gleichzeitig appellierte er immer wieder an alle, dass die Regierungsverhandlungen wieder aufgenommen werden sollten und drohte Mitte November mit weiteren Maßnahmen, sollte dies nicht geschehen.²⁵⁶ Daraufhin nahm die ÖVP die Verhandlungen wieder auf.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen sprach sich Fischer wieder öffentlich für eine SPÖ/ÖVP-Regierung aus. Zudem wurde das Tempo ein immer wichtigeres Thema in seinen Äußerungen. So rief er in mehreren Fernseh- und Zeitungsinterviews dazu auf, bei den Regierungsverhandlungen keine Zeit zu verlieren und bis Jänner zu einem Ende der Verhandlungen zu kommen.²⁵⁷ Auch zu Weihnachten und bei der Neujahrsansprache 2007 forderte Fischer, das Mitte Dezember festgelegte Zieldatum 11. Jänner einzuhalten und übte damit zeitlichen Druck auf die Verhandler aus.²⁵⁸ Bei der Angelobung zeigte Fischer dann bei seinen Äußerungen seine Freude über die neue Große Koalition.²⁵⁹

Bei der Sichtung und Untersuchung der Quellen kann man deutlich erkennen, dass Heinz Fischer in der Zeit dieser Regierungsbildung viel häufiger als Klestil oder Waldheim Zeitungs- und vor allem Fernseh- und Radiointerviews gab. Doch auch mit Äußerungen, die über die Präsidentschaftskanzlei an die Öffentlichkeit kamen, sparte Fischer nicht. Er hatte dadurch eine viel größere öffentliche Präsenz bei dieser Regierungsbildung als seine beiden Vorgänger. Fischer machte allein im Dezember 2006 ein Interview mit dem ORF, zwei mit Ö1 und führte in regelmäßigen Abständen ausführliche Interviews mit Zeitungen und Nachrichtenmagazinen.²⁶⁰ Daran lässt sich ablesen, dass Fischer hinsichtlich öffentlicher Stellungnahmen eine sehr große Rolle bei dieser Regierungsbildung spielte. In seinen Äußerungen ging es im Wesentlichen um die Koalitionsform und um das Tempo der Regierungsbildung. Die große Rolle Fischers in seinen öffentlichen Äußerungen ist, wie schon bei den Gesprächen, auf das knappe Wahlergebnis, vor allem auch auf die große Anzahl der Parteien im Nationalrat und damit die, neben der von Fischer gewünschten Großen Koalition, real bestehenden Möglichkeiten von Dreierkoalitionen und Minderheitsregierungen zurückzuführen. Wäre das BZÖ nicht in den Nationalrat gekommen und hätte es nur einen Vier-Parteien-Nationalrat gegeben, wäre sich eine für Gusenbauer leicht zu bildende Koalition aus

²⁵⁶ Vgl. *Kurier* (8.11.2006), „Es gibt keine Staatskrise“, 4; Vgl. *Neues Volksblatt* (16.11.2006), Fischer wird nächste Woche weitere Entscheidungen treffen, 2.

²⁵⁷ Vgl. *ORF* (19.11.2006), Regierungsverhandlungen: Fischer mahnt zur Eile; Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (7.12.2006), Heinz Klestil, 3; Vgl. *ORF* (13.12.2006), Heinz Fischer – „Brauchen rasch Klarheit“, Vgl. *Österreich* (23.12.2006), „Regierung steht noch im Jänner“.

²⁵⁸ Vgl. *Ö1* (24.12.2006), Bundespräsident Fischer macht Druck auf Koalitionsverhandler; Vgl. *Der Standard* (2.1.2007), Termin für Angelobung unverändert, 7.

²⁵⁹ Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (12.1.2007), „Nun darf ich Kanzler sagen“, 2.

²⁶⁰ Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (20.10.2006), „Neuwahlen würden dem Land schaden“, 2; Vgl. *Kurier* (8.11.2006), „Es gibt keine Staatskrise“, 4; Vgl. *Profil* (13.11.2006), „Das wird eine wichtige Woche“, 22; Vgl. *ORF* (13.12.2006), Heinz Fischer – „Brauchen rasch Klarheit“, Vgl. *Ö1* (16.12.2006), Fischer will nicht über Alternativen zur großen Koalition sprechen; Vgl. *Österreich* (23.12.2006), „Regierung steht noch im Jänner“, Vgl. *Ö1* (24.12.2006), Bundespräsident Fischer macht Druck auf Koalitionsverhandler.

SPÖ und Grünen ausgegangen, was den Spielraum des Bundespräsidenten vermutlich deutlich geschmälert hätte.²⁶¹ Auch durch die Entscheidung der ÖVP, die Verhandlungen zu unterbrechen und der damit verbundenen Pattsituation, konnte Fischer seine Rolle als Mediator und Vermittler in der Öffentlichkeit erfolgreich ausspielen. Dazu kommt, dass Fischer durch seinen persönlichen und politischen Karriereweg als Parlamentarier eine Koalition, die von einer breiten Parlamentsmehrheit getragen wird, bevorzugt und daher die Große Koalition in seinen Äußerungen vorantrieb.²⁶² Letztendlich erreichte Fischer unter anderem durch sein öffentliches Eintreten und Vorantreiben seiner favorisierten Koalitionsform sein Ziel einer SPÖ/ÖVP-Regierung.

4.7.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen

Zur Verweigerung von Ministervorschlägen kam es am Ende dieser Regierungsbildung nicht. Weder in der SPÖ-, noch in der ÖVP-Regierungsmannschaft gab es umstrittene Persönlichkeiten. Im Unterschied zu Klestil und allen seinen Vorgängern, die in sehr kurzer Zeit über die Ministerliste zu entscheiden hatten, formalisierte Heinz Fischer das Verfahren zur Ernennung der Minister. Fischer verlangte die Vorlage der Personalvorschläge für die Regierung samt Lebensläufe der designierten Regierungsmitglieder mindestens zwei Tage vor dem Angelobungstermin, wodurch ihm genug Zeit blieb, die Ministervorschläge genau zu studieren und angemessen zu entscheiden.²⁶³ Kurz vor der Angelobung akzeptierte Fischer schließlich die Ministerliste. Am Regierungsprogramm wünschte Fischer ebenfalls keine Änderung. Damit konnte die neue SPÖ/ÖVP-Regierung am 11. Jänner ihre Arbeit aufnehmen.

4.7.2.5. Fazit

Fischer spielte bei dieser Regierungsbildung aufgrund der Schwierigkeiten durch die zersplitterten Parteienverhältnisse im nunmehr fünf Parteien zählenden Nationalrat, durch das knappe Wahlergebnis, das außer einer Großen Koalition nur eine Dreierkoalition oder eine Minderheitsregierung möglich machte, und durch die Pattsituation, die durch die Unterbrechung der Verhandlungen herbeigeführt wurde, eine sehr große Rolle. Auf dieser Basis versuchte Fischer vor allem durch seine Hintergrundgespräche und seine öffentlichen Äußerungen und Appelle eine Große Koalition zustande zu bringen, was ihm letztendlich gelang. Auch was den Regierungsbildungsauftrag betrifft, ließ sich Fischer durch das knappe

²⁶¹ Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (2.10.2006), SPÖ vor schwieriger Regierungsbildung, 2; Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (3.10.2006), Partei-Chefs salutieren bei Fischer auf, 10; Vgl. *Neues Volksblatt* (3.10.2006), Nur wenn BZÖ aus Nationalrat fliegt, geht sich Rot-Grün aus, 3; Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (10.10.2006), Grüner Triumph im Krimi um dritten Platz, 2.

²⁶² Vgl. Höbelt, Experten-Interview.

²⁶³ Vgl. Frölichsthal, Einige verfassungsrechtliche Kompetenzen, 51.

Wahlergebnis Zeit und vergab den Auftrag erst nach dem Vorliegen des amtlichen Endergebnisses, als endgültig klar war, dass die SPÖ vor der ÖVP, die Grünen vor der FPÖ lagen und das BZÖ in den Nationalrat kam. Hinsichtlich der Verweigerung der Ministervorschläge führte Fischer zwar neue Regeln des Ernennungsvorganges ein, verweigerte jedoch keine Ministerkandidaten.

Fischer spielte damit eine deutlich größere Rolle als Klestil 2002, aber, gemessen am Regierungsbildungsauftrag und der Verweigerung von Ministerkandidaten, eine weniger große Rolle als Klestil 1999/2000, als dieser die Sondierungsgespräche einführte und durch die Verweigerung zweier FPÖ-Ministerkandidaten aktiv auf die Ministerliste Einfluss nahm. Der Unterschied zu Klestil liegt auch bei den öffentlichen Äußerungen und der Medienpräsenz. Während Klestil Zeitungsinterviews, wenn überhaupt, dann nur nach der Angelobung der Regierung gab, Fernsehinterviews überhaupt mied und nur über die Pressestelle der Präsidentschaftskanzlei kommunizierte, machte Fischer während dieser Regierungsbildung mehrere Zeitungs-, Fernseh- und Radiointerviews. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen Klestil in den Jahren 2000 und 2002 und Fischer 2006 war, dass Fischer seine Wunschkoalition durchsetzen konnte und ihm das Schicksal Klestils, dass er eine von ihm nicht gewollte Regierung angeloben musste, erspart blieb.²⁶⁴

4.8. Regierungsbildung 2008

4.8.1. Vorgeschichte und Wahlergebnis

Die 2006/07 gebildete Regierung hielt nur eineinhalb Jahre und die Nationalratswahlen 2008 waren vorgezogene Wahlen. Noch im Zuge der Regierungsbildung, kurz vor der Angelobung Anfang Jänner 2007 gab Wolfgang Schüssel, der die ÖVP in den Regierungsverhandlungen noch geführt hatte, den Parteivorsitz an Wilhelm Molterer, der zum Vizekanzler unter Gusenbauer wurde, ab.²⁶⁵ In den eineinhalb Jahren der Regierung Gusenbauer gab es immer wieder Differenzen zwischen den beiden Regierungsparteien was die Finanz- und Budgetpolitik betrifft. Beide Regierungsparteien wollten von ihren finanziell zum Teil aufwendigen Wahlversprechen im Sozial- und Pensionsbereich nicht abrücken, gleichzeitig wollte aber vor allem die ÖVP mit Einsparungen das Budgetdefizit in Grenzen halten. Anfang 2008 forderte Kanzler Gusenbauer das Vorziehen einer Steuerreform auf 2009, Vizekanzler Molterer lehnte das ab. Die beiden Spitzen der Regierung richteten sich öffentlich

²⁶⁴ Vgl. Hartmann/Kempf, Staatsoberhäupter, 137; Vgl. *Wiener Zeitung* (11.1.2007), Im Schatten Alfred Gusenbauers strahlt heute wohl auch Heinz Fischer, 12.

²⁶⁵ Vgl. Schüssel, Offengelegt, 275.

immer wieder Unfreundlichkeiten aus.²⁶⁶ Gleichzeitig kam Gusenbauer auch innerparteilich unter Druck, ihm wurde vorgeworfen, sich zu sehr von der ÖVP gängeln zu lassen und zu wenig SPÖ-Inhalte durchzusetzen. Zudem verlor Gusenbauers SPÖ bei den Landtagswahlen im ersten Halbjahr 2008 in Niederösterreich und Tirol sehr stark. Gusenbauer gab daraufhin im Juni 2008 den Parteivorsitz an den bisherigen Infrastrukturminister Werner Faymann ab.²⁶⁷

Am 25. Juni 2008 verfassten Gusenbauer und Faymann gemeinsam einen Brief an den Chefredakteur der Kronen-Zeitung Hans Dichand, in dem sie, ohne den Koalitionspartner vorher zu informieren, festlegten, dass es bei künftigen EU-Vertragsänderungen und bei einem etwaigen Beitritt der Türkei zur EU zu verbindlichen Volksabstimmungen in Österreich kommen sollte. Dieser Brief wurde in den darauffolgenden Tagen medienwirksam in der Kronen-Zeitung veröffentlicht. Die ÖVP fühlte sich dadurch düpiert und interpretierte diesen aus ihrer Sicht Kurswechsel der SPÖ in EU-Fragen als Abrücken von der gemeinsamen Regierungslinie. Am 7. Juli 2008 kündigte ÖVP-Chef Molterer in einer Pressekonferenz mit den Worten „Es reicht“ die SPÖ/ÖVP-Koalition auf und es wurden Neuwahlen für den 28. September festgesetzt.²⁶⁸

Bei diesen Nationalratswahlen durften erstmals, nachdem sich die Große Koalition auf die Herabsetzung des Wahlalters geeinigt hatte, auch die 16 und 17-jährigen wählen.²⁶⁹ Nach einem Wahlkampf, in dem vor allem die SPÖ, aber auch die beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ sehr stark auf Sozialthemen und finanzielle Entlastungen gesetzt hatten, gelang es ersterer trotz Verlusten von 6,08% mit 29,26% deutlich den ersten Platz zu behaupten. Die ÖVP landete mit einem Minus von 8,35% auf 25,98% klar auf dem zweiten Platz. Die beiden Gewinner dieser Wahlen waren die FPÖ, die mit einem Zugewinn von 6,51% und 17,54% mit Abstand den dritten Platz erreichte, und das BZÖ, für das diesmal Jörg Haider als Spitzenkandidat antrat und mit einem Plus von 6,59% und 10,7% knapp auf den vierten Platz kam. Die Grünen verloren leicht um 0,61% und kamen auf 10,43%, womit sie knapp nur fünft-stärkste Kraft wurden.²⁷⁰ Damit blieb es bei einem Fünf-Parteien-Nationalrat, jedoch mit zwei deutlich gestärkten Rechtsparteien, ebenso stark geschwächten, mittlerweile wieder Mittelparteien SPÖ und ÖVP und leicht geschwächten Grünen. Abgesehen vom knappen Abstand zwischen BZÖ

²⁶⁶ Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 493-495.

²⁶⁷ Vgl. ebd. 496; Vgl. Nikola *Donig/Elmar Pichl* (2008), Von „Es reicht!“ bis „Faynachtsmann“. In: Thomas *Hofer/Barbara Tóth* (Hgg.), Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien/Graz/Klagenfurt: Molden Verlag, 47; Vgl. Oliver *Rathkolb* (2015), Die Zweite Republik seit 1945. In: Thomas *Winkelbauer* (Hg.), Geschichte Österreichs, Stuttgart: Reclam, 564.

²⁶⁸ Vgl. ebd. 564f; Vgl. *Donig/Pichl*, Von „Es reicht!“ bis „Faynachtsmann“, 46f; Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 496.

²⁶⁹ Vgl. ebd. 497.

²⁷⁰ Vgl. *Wikipedia*, Nationalratswahl in Österreich 2008, https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2008 (aufgerufen am 21.3.2018).

und Grünen, lag ein eindeutiges Wahlergebnis, mit großen Abständen zwischen den Parteien vor.

4.8.2. Die Regierungsbildung

Auf Grundlage dieses Wahlergebnisses ging sich nur eine Zweierkoalition, nämlich eine Große Koalition aus SPÖ und ÖVP aus. Rot/Blau verfehlte um ein Mandat die Mehrheit und wurde von Faymann ohnehin schon von vornherein ausgeschlossen. Eine Dreierkoalition aus ÖVP, FPÖ und BZÖ stand auch diesmal als realistische Variante wieder im Raum.²⁷¹ Andere Dreierkoalitionen waren unrealistisch.

4.8.2.1. Regierungsbildungsauftrag

Fischer vergab 2008 den Regierungsbildungsauftrag der Tradition entsprechend an den Obmann der deutlich stärksten Partei, der SPÖ und damit Werner Faymann. Genauso wie 2006 wollte der Bundespräsident auch diesmal wieder das amtliche Endergebnis inklusive Briefwahlkarten abwarten, bevor er den Auftrag erteilte. Mit den Briefwahlkarten wanderte noch ein Mandat von der SPÖ zu den Grünen, wodurch eine rot/blau Koalition die Mehrheit um ein Mandat verfehlte.²⁷² Das Endergebnis lag am 6. Oktober vor und zwei Tage später, am 8. erteilte Fischer Faymann den Regierungsbildungsauftrag. Der Regierungsbildungsauftrag wurde somit zehn Tage nach dem Wahltag und genauso spät wie 2006, aber wiederum deutlich später als 2002 oder in den 90er Jahren vergeben.²⁷³ Fischer wollte mit dem Zuwarten auf das amtliche Endergebnis, wie schon zwei Jahre zuvor, abwarten, welche Koalitionsvarianten auf Basis des Endergebnisses tatsächlich möglich waren und da bestand diesmal im Vergleich zum Ergebnis ohne Wahlkarten der Unterschied, dass Rot/Blau letztendlich nicht möglich war.²⁷⁴

4.8.2.2. Hintergrundgespräche

In der Woche nach der Wahl führte Bundespräsident Fischer nicht nur die üblichen formalen Nachwahlgespräche mit den Chefs der im Nationalrat vertretenen Parteien, sondern er empfing auch die Nationalratspräsidenten und die Präsidenten der Sozialpartner in der Hofburg, um das Wahlergebnis und mögliche Koalitionen zu beraten.²⁷⁵ In der darauffolgenden Woche, als Fischer den Regierungsbildungsauftrag vergab, gab es wiederum eine Gesprächsrunde zuerst jeweils mit Vertretern der künftigen Oppositionsparteien FPÖ, BZÖ und

²⁷¹ Vgl. Horaczek/Reiterer, HC Strache, 117.

²⁷² Vgl. Horvath, Heinz Fischer, 180; Vgl. *Kurier* (9.10.2008), Zeit kann man nützen oder verschwenden, 2.

²⁷³ Vgl. ebd. 2; Vgl. Horvath, Heinz Fischer, 180; Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (9.10.2008), Faymann will verhandeln, Pröll reden, 7.

²⁷⁴ Vgl. *Kurier* (9.10.2008), Zeit kann man nützen oder verschwenden, 2.

²⁷⁵ Vgl. Horvath, Heinz Fischer, 180; Vgl. *Neue Kronen Zeitung* (2.10.2008), Hofburg als Drehscheibe für den Koalitionspoker, 2f.

der neuen Grünen-Chefin Eva Glawischnig und am Tag des Regierungsbildungsauftrages jeweils ein Gespräch mit Faymann und dem neuen ÖVP-Chef Josef Pröll, in denen es um mögliche Koalitionen, um die anstehenden Verhandlungen und zum Teil um Inhalte wie etwa der EU-Positionierung Österreichs ging.²⁷⁶ Auch nach dem Regierungsbildungsauftrag ließ sich Fischer von Faymann laufend von den Regierungsverhandlungen informieren.²⁷⁷

Da die ÖVP anfangs zögerte, ernste Regierungsverhandlungen zu beginnen, kamen die Verhandlungen erst um den 20. Oktober so richtig in Gang, bevor sie am 31. Oktober aufgrund unterschiedlicher Standpunkte bezüglich Budgetgestaltung – die SPÖ wollte mehr Ausgaben, um die Arbeitslosigkeit zu senken, die ÖVP wollte einen härteren Sparkurs – wiederum ins Stocken gerieten. In diesen Tagen führte Fischer mehrmalige Telefongespräche mit Faymann und Pröll, um einen Ausweg aus dieser verfahrenen Situation zu finden und schließlich fand man Anfang November einen Kompromiss in Fragen des Budgets.²⁷⁸ Am 5. November empfing Fischer dann Faymann und Pröll zu einem Frühstück in der Hofburg. Die Inhalte dieses etwa 70-minütigen Gespräches sind nicht genau überliefert, aber es ist zu vermuten, dass es unter anderem um die Regierungsbildung und damit verbunden um die in den Tagen zuvor dominierende Budgetfrage gegangen ist.²⁷⁹ Auch mit dem Gouverneur der Nationalbank Ewald Nowotny kam es aufgrund der zu dieser Zeit aufkommenden Wirtschaftskrise und der Budgetfrage bei den Regierungsverhandlungen zu mehreren Gesprächen in der Hofburg.²⁸⁰

Mitte November unterbrach die ÖVP dann kurzzeitig die Verhandlungen aufgrund von zu hohen Budgetforderungen der Ressorts, die Pröll nicht hinnehmen wollte. Am 18. November gab es ein klärendes Gespräch zwischen Fischer und den beiden Spitzen von SPÖ und ÖVP. Letztendlich fand man einen Kompromiss und nach nur einen Tag Unterbrechung wurden die Gespräche fortgesetzt.²⁸¹ Zeitgleich gab es mehrere Gespräche der Noch-Außenministerin Ursula Plassnik von der ÖVP mit Fischer, in dem sie ihrer Sorge über die SPÖ-Ankündigung aus dem Wahlkampf, Abstimmungen über EU-Vertragsänderungen abhalten zu wollen, Ausdruck verlieh. Sie sah den Nationalrat als einzig zuständige Entscheidungsinstanz in diesen Fragen, was Fischer ähnlich beurteilte.²⁸² Doch der Kompromiss zwischen SPÖ und ÖVP in dieser Frage war Plassnik zu wenig, weswegen sie für ein Ministeramt in der künftigen

²⁷⁶ Vgl. *Kurier* (5.10.2008), „Es gibt mehrere Varianten für eine Regierungsbildung“, 5; Vgl. *Kurier* (7.10.2008), Viele Gespräche, wenig Spielraum, 9.

²⁷⁷ Vgl. *Horvath*, Heinz Fischer, 183.

²⁷⁸ Vgl. ebd. 189f; Vgl. *Salzburger Nachrichten* (31.10.2008), Wenn gar nichts mehr geht, 3.

²⁷⁹ Vgl. *OTS* (5.12.2008), Bundespräsident empfängt Bundesminister Faymann und Pröll; Vgl. *Horvath*, Heinz Fischer, 190.

²⁸⁰ Vgl. ebd. 190.

²⁸¹ Vgl. *WNL* (18.11.2008), Große Koalition wieder auf dem Weg; Vgl. *Neue Kronen Zeitung* (19.11.2008), Noch 3 wichtige Punkte offen, 2f.

²⁸² Vgl. *Profil* (17.11.2008), Uschi Beinhart, 16.

Regierung nicht mehr zur Verfügung stand.²⁸³ Ebenfalls in dieser Phase, um genau zu sein am 18. November, fand Fischer Zeit, Vertreter des BZÖs zu empfangen. In diesem Gespräch stellte sich, sollte eine Große Koalition nicht zustande kommen, das BZÖ, das ein Monat zuvor ihren Obmann Jörg Haider bei einem Autounfall verlor, zur Verfügung, Regierungsverantwortung zu übernehmen.²⁸⁴

Dazu kam es nicht, denn ab dem 20. November gingen die Verhandlungen dann sehr zügig voran und Faymann informierte Fischer am 24. über die Einigung. Danach gab es nur mehr formale Gespräche zwischen Fischer und den beiden Spitzen der Koalitionsparteien zur Finalisierung der Regierungsbildung und am 2. Dezember wurde die Koalition angelobt.²⁸⁵

Fischer spielte wiederum in heiklen Situationen, als die Verhandlungen auf der Kippe standen, mit Gesprächen eine nicht unwesentliche Rolle. Vor allem in der Budgetfrage, aber auch in der EU-Frage konnten Kompromisse gefunden werden. Dennoch hatte Fischer 2008 nicht mit derartigen Schwierigkeiten und einer Pattsituation wie 2006 zu kämpfen, denn diesmal war das Wahlergebnis viel eindeutiger und die ÖVP viel eher bereit, eine Koalition mit der SPÖ zu bilden.

4.8.2.3. Öffentliche Stellungnahmen

Im Zuge dieser Regierungsbildung gab es einige öffentliche Äußerungen und Interviews Heinz Fischers zur Regierungsbildung. Bereits vor der Wahl appellierte Fischer, rasch und zügig eine neue Regierung zu bilden.²⁸⁶ Gleich nach den Wahlen sprach sich Fischer dann für eine „stabile Regierung“²⁸⁷ und für eine gemeinsame EU-Positionierung einer neuen Regierung aus.²⁸⁸ Auch nach dem Erteilen des Regierungsbildungsauftrages wiederholte er seinen Appell, schnell eine neue Regierung zu bilden mehrmals und wünschte sich eine neue Koalition bis spätestens Weihnachten 2008.²⁸⁹ Inhaltlich forderte Fischer, neben einer gemeinsamen EU-Position, dass sich die neue Regierung wiederum besonders den Themen Bildung, Wissenschaft und Forschung, aber auch Reformen im Bereich der österreichischen Bundesverfassung widmen sollte.²⁹⁰ Im Zuge seiner Ansprache zum Nationalfeiertag wünschte sich der

²⁸³ Vgl. *Horvath*, Heinz Fischer, 192.

²⁸⁴ Vgl. *OTS* (18.11.2008), BZÖ-Spitze mit Bundespräsident Fischer in der Hofburg zusammengetroffen.

²⁸⁵ Vgl. *Horvath*, Heinz Fischer, 193.

²⁸⁶ Vgl. *Kurier* (3.9.2008), 100 Tage soll es diesmal nicht dauern; Vgl. *Der Standard* (4.9.2008), Fischer fordert Tempo bei Regierungsbildung, 8.

²⁸⁷ *Vorarlberger Nachrichten* (29.9.2008), Bundespräsident Fischer hofft auf eine „stabile Regierung“, 4.

²⁸⁸ Vgl. *WNL* (4.10.2008), Bundespräsident Fischer will sich nicht festlegen; Vgl. *Neues Volksblatt* (6.10.2008), Bundespräsident Fischer will „rot-weiß-rote“ EU-Position, 2.

²⁸⁹ Vgl. *Der Standard* (8.10.2008), Fischer wünscht sich Regierung bis Weihnachten, 1; Vgl. *ORF* (17.10.2008), Bundespräsident Fischer drängt auf rasche Regierungsbildung.

²⁹⁰ Vgl. *Horvath*, Heinz Fischer, 183.

Bundespräsident wieder möglichst rasch eine „stabile, handlungsfähige Regierung“²⁹¹, womit Fischer eine Zusammenarbeit der SPÖ und ÖVP meinte.²⁹² Nach der kurzen Unterbrechung der Verhandlungen durch die ÖVP forderte Fischer am 18. November, dass in spätestens vier Wochen eine neue Regierung stehen sollte.²⁹³ Doch diese Frist benötigte die Regierung nicht einmal, denn bereits Anfang Dezember wurde die Regierung angelobt.

Auch 2008 meldete sich Heinz Fischer in Funk, Fernsehen und Printmedien recht häufig zu Wort. Er gab während der Regierungsbildung wiederum Zeitungsinterviews und war öfter im ORF zu sehen. Jedoch gab es solche öffentlichen Stellungnahmen nicht so oft wie 2006, da die Regierungsbildung aufgrund eines eindeutigeren Wahlergebnisses etwas reibungsloser und damit schneller voranging.

4.8.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen

Zur Verweigerung von Ministervorschlägen kam es in diesem Jahr nicht. Heinz Fischer setzte das von ihm zwei Jahre zuvor geschaffene Prozedere eines eingehenden Studiums der Lebensläufe der Ministerkandidaten fort. Faymann legte ihm bereits am 24. November die Ministerliste und die Lebensläufe vor und Fischer akzeptierte alle Kandidaten.²⁹⁴ Einzig bei der designierten Justizministerin der ÖVP, Claudia Bandion-Ortner, kam es zu einer Verzögerung der Angelobung. Aufgrund einer Grippeerkrankung konnte die Richterin des BAWAG-Prozesses das Urteil nicht vor dem Angelobungstag, dem 2. Dezember 2008, ausfertigen, weswegen auf Basis einer Vereinbarung Fischers mit ÖVP-Chef Pröll interimistisch Wissenschaftsminister Johannes Hahn auch als Justizminister angelobt wurde.²⁹⁵ Bandion-Ortners Angelobung erfolgte Mitte Jänner 2009.²⁹⁶

4.8.2.5. Fazit

Heinz Fischer führte im Zuge der Regierungsbildung 2008 sehr viele Hintergrundgespräche und sparte auch nicht mit öffentlichen Äußerungen. Auch mit dem Regierungsbildungsauftrag ließ er sich wieder Zeit bis zum Feststehen des endgültigen Wahlergebnisses. Das genaue Studium der Lebensläufe der Ministerkandidaten setzte er ebenso fort. Verglichen mit 2006 gab es aufgrund der zügigeren und reibungsloseren Regierungsverhandlungen, die durch das eindeutige Wahlergebnis und der großkoalitionären Haltung der ÖVP möglich waren, weniger Hintergrundgespräche und öffentliche Äußerungen.

²⁹¹ *Neue Kronen Zeitung* (27.10.2008), Fischer: Verlorenes in die Politik wieder Vertrauen gewinnen.

²⁹² Vgl. *Fischer*, Experten-Interview.

²⁹³ Vgl. *ORF* (18.11.2008), Fischer: Neue Regierung in vier Wochen.

²⁹⁴ Vgl. *ORF* (24.11.2008), Neue Koalition: Faymann informiert Fischer.

²⁹⁵ Vgl. *OTS* (27.11.2008), Regierungsbildung: Angelobung neuer Justizministerin erfolgt zu späteren Zeitpunkt.

²⁹⁶ Vgl. *Kleine Zeitung* (15.1.2009), Bandion-Ortner als Justizministerin angelobt.

Fischers Äußerungen und Gespräche in Richtung Großer Koalition sind unter anderem auch der Möglichkeit anderer Koalitionsvarianten, die durch das Erstarken der beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ möglich waren, geschuldet.²⁹⁷ Fischer präferierte eine Große Koalition und machte im Zuge dieser Regierungsbildung auch Druck dahingehend.²⁹⁸ Die Rolle Fischers war wegen des deutlichen Wahlergebnisses nicht so groß wie 2006, aber aufgrund der Stärkeverhältnisse im Nationalrat größer als jene Kleistils 2002 oder in den 90er Jahren.

4.9. Regierungsbildung 2013

4.9.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 2010 und Wahlergebnis

Bereits 2007 hat die Große Koalition, gemeinsam mit dem BZÖ und den Grünen, gegen die Stimmen der FPÖ, die Legislaturperiode des Nationalrates von vier auf fünf Jahre verlängert.²⁹⁹ Diese neue fünfjährige Legislaturperiode wurde sogleich voll ausgeschöpft und die nächste Nationalratswahl fand im Herbst 2013 statt. Schon im Jahr 2010 standen wieder Bundespräsidentenwahlen an. Der Amtsinhaber Heinz Fischer entschied sich zu einer Wiederkandidatur, während die ÖVP zum zweiten Mal nach 1980 und zum ersten Mal im Betrachtungszeitraum keinen eigenen Kandidaten aufstellte. Die Gegenkandidaten Fischers waren die niederösterreichische Landesrätin und vormalige Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz, die für die FPÖ antrat, und der Vorsitzende der Christlichen Partei Österreichs (CPÖ) Rudolf Gehring. Heinz Fischer wurde bereits im ersten Wahlgang mit 79,33% wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung lag allerdings bei nur 53,6%. Rosenkranz erreichte 15,24% und Gehring 5,43%.³⁰⁰

Ein Jahr später, im April 2011 kam es wieder zu einem Obmannwechsel in der ÖVP. Aus gesundheitlichen Gründen trat Josef Pröll nach drei Jahren an der Spitze der ÖVP zurück und der bisherige Außenminister Michael Spindelegger wurde sein Nachfolger.³⁰¹ Fast exakt ein Jahr vor der Nationalratswahl, nämlich Ende September 2012 gründete der Austro-kanadische Unternehmer und Milliardär Frank Stronach eine nach ihm benannte Partei, das Team Stronach (TS), das sich gegen das traditionelle Parteiensystem, Privilegien und andere

²⁹⁷ Vgl. *Tiroler Tageszeitung* (8.10.2008), Fischer eröffnet Koalitionsreigen, Pröll will erst einmal sondieren, 11; Vgl. *Salzburger Nachrichten* (31.10.2008), Wenn gar nichts mehr geht, 3.

²⁹⁸ Vgl. Fischer, Experten-Interview; Vgl. *Hartmann/Kempf*, Staatsoberhäupter, 137.

²⁹⁹ Vgl. *Salzburger Nachrichten* (2.5.2007), Wählen: Früher und seltener, 2; Vgl. *Tiroler Tageszeitung* (5.6.2007), Wahlrechtsreform, aber keine Demokratiereform, 12.

³⁰⁰ Vgl. *Wikipedia*, Bundespräsidentenwahl in Österreich 2010, https://de.wikipedia.org/wiki/Bundespr%C3%A4sidentenwahl_in_%C3%96sterreich_2010 (aufgerufen am 26.3.2018).

³⁰¹ Vgl. *Rathkolb*, Die Zweite Republik, 565.

Misstände wandte.³⁰² Einige Wochen später gab der Vorarlberger Unternehmer und vormaliges ÖVP-Mitglied Matthias Strolz die Gründung einer neuen liberalen Partei, Neues Österreich (NEOS), bekannt, die sich an ein liberal gesinntes, junges und städtisch-urbanes Publikum wandte, ebenfalls Misstände in der österreichischen Politik und Wirtschaft anprangerte und stark auf das Thema Bildung setzte.³⁰³ Beiden Parteien wurden gute Chancen für den Einzug in den Nationalrat bei den Wahlen 2013 vorausgesagt.³⁰⁴

Die Nationalratswahlen fanden am 29. September 2013 statt und das Ergebnis bestätigte die Prognosen vieler Politikwissenschaftler. Die SPÖ verlor 2,44% und erreichte den historischen Tiefststand von 26,82%. Der ÖVP ging es nicht viel besser, sie verlor 1,99%, und kam auf 23,99%. Der Zugewinn der FPÖ von 2,97% lag durch das Antreten des TS unter den Erwartungen, sie konnte die 20%-Marke nur knapp überschreiten und kam auf 20,51%. Die Grünen erreichten nach einer Reihe erfolgreicher Landtagswahlen ihr Ziel von 15% ebenfalls nicht und kamen mit einem Zugewinn von 1,99% auf 12,42% der Wählerstimmen. Das TS erreichte nach einem holprigen und nicht reibungslosen Wahlkampf aus dem Stand heraus 5,73% und erreichte das illusorische Ziel Stronachs von 30% klar nicht, zog aber in den Nationalrat ein. Die NEOS schafften mit 4,96% ebenfalls den Einzug ins Parlament und das BZÖ, das nach dem Tod Haiders von Josef Bucher geführt wurde, verpasste mit einem Minus von 7,17% und einem Ergebnis von 3,53% die Vier-Prozent-Hürde und schied aus dem Nationalrat aus.³⁰⁵ Damit hatte Österreich erstmals in seiner Geschichte einen Sechs-Parteien-Nationalrat mit drei Mittelparteien zwischen 20 und 27% und drei Kleinparteien zwischen 4 und 13%. Der Trend hin zur Zersplitterung und zu einem immer breiteren Mehrparteienparlament setzte sich mit dieser Wahl fort. Die Stärkeverhältnisse bzw. die Abstände zwischen den einzelnen Parteien waren eindeutig.

4.9.2. Die Regierungsbildung

Mit diesem Wahlergebnis gingen sich zwei Zweierkoalitionen aus. Zum einen wieder eine Große Koalition aus SPÖ und ÖVP und ganz knapp, mit einem Mandat Mehrheit eine

³⁰² Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 503; Vgl. Tillmann *Fuchs* (2014), „Gott lacht über Pläne“. In: Thomas *Hofer*/Barbara *Tóth* (Hgg.), Wahl 2013. Macht. Medien. Milliardäre, 2. Auflage, Wien: Lit Verlag, 85.

³⁰³ Vgl. Matthias *Strolz* (2014), Eine pralle Mischung aus Idealismus und Professionalität. In: Thomas *Hofer*/Barbara *Tóth* (Hgg.), Wahl 2013. Macht. Medien. Milliardäre, 2. Auflage, Wien: Lit Verlag, 103; Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 503.

³⁰⁴ Vgl. ebd. 503.

³⁰⁵ Vgl. *Wikipedia*, Nationalratswahl in Österreich 2013, https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2013 (aufgerufen am 30.3.2018); Vgl. Thomas *Hofer* (2014), Von Mäusen und Milliardären. In: Thomas *Hofer*/Barbara *Tóth* (Hgg.), Wahl 2013. Macht. Medien. Milliardäre, 2. Auflage, Wien: Lit Verlag, 5-9.

SPÖ/FPÖ-Koalition. Letztere wurde aber von Faymann von Anfang an ausgeschlossen.³⁰⁶ Dreierkoalitionen wären rechnerisch möglich gewesen, realistisch stand diesmal jedoch keine Dreivariante im Raum. Alles lief auf eine Fortsetzung einer Großen Koalition hinaus.³⁰⁷

4.9.2.1. Regierungsbildungsauftrag

Heinz Fischer beauftragte wiederum der Usance entsprechend den Obmann der mandatsstärksten Partei, der SPÖ und damit Faymann mit dem Regierungsbildungsauftrag. Auch 2013 wartete Fischer das endgültige Wahlergebnis inklusive Briefwahlkarten ab, das diesmal keine Veränderungen im Vergleich zum Ergebnis ohne Wahlkarten brachte, und vergab zehn Tage nach der Wahl, nämlich am 9. Oktober den Regierungsbildungsauftrag.³⁰⁸ Das Abwarten des endgültigen Wahlergebnisses, bevor der Regierungsbildungsauftrag gegeben wurde, ist damit zur Tradition Fischers geworden und zeigt, dass er zum dritten Mal in Folge anders als seine beiden Vorgänger agierte und erst eineinhalb Wochen nach der Wahl, auf Basis der endgültigen Mandatsverteilung den Auftrag zur Regierungsbildung vergab.

4.9.2.2. Hintergrundgespräche

Die Einzelgespräche in der Woche nach der Wahl fanden mit allen Parteichefs außer mit Frank Stronach statt, da dieser frühzeitig wieder nach Kanada reisen musste und daher mit dem Bundespräsidenten nicht zusammentraf.³⁰⁹ Nach dem Regierungsbildungsauftrag gab es die formalen regelmäßigen Informationsgespräche der Verhandlungsführer mit dem Bundespräsidenten. Abseits dieser formalen Gespräche hielt sich Fischer mit weiteren Gesprächen diesmal eher zurück, was damit zusammenhängt, dass es keine Unterbrechung der Verhandlungen durch eine der beiden verhandelnden Parteien gegeben hat. Ende November, Anfang Dezember stockten dann die Koalitionsverhandlungen aufgrund unterschiedlicher Haltungen zur Budgetsanierung, den Pensionen und der Verwaltungsreform.³¹⁰ Daraufhin führte ÖVP-Chef Spindelegger am 4. Dezember ein Gespräch mit Fischer, in dem ersterer den Bundespräsidenten drängte, auf die SPÖ einzuwirken, damit diese der ÖVP in den fraglichen Punkten entgegenkommt. Sollte es keine Bewegung der SPÖ geben, stünden die Verhandlungen aus ÖVP-Sicht vor dem Ende.³¹¹ Schließlich einigten sich die beiden Parteien Mitte Dezember auf eine gemeinsame Linie und am Ende der Regierungsbildung gab es dann

³⁰⁶ Vgl. *Vorarlberger Nachrichten* (2.10.2013), Alternativen zur Großen Koalition; Vgl. Christian Moser (2013), Die Koalitionsbildung. Eine Chronologie. In: Andreas Khol/Günther Ofner/Stefan Karner/Dietmar Halper (Hgg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 134.

³⁰⁷ Vgl. ebd. 135.

³⁰⁸ Vgl. ebd. 136; Vgl. *Dolomiten* (10.10.2013), Faymann bekommt Auftrag, 2.

³⁰⁹ Vgl. *WNL* (4.10.2013), Fischer will Regierung bis Anfang Dezember.

³¹⁰ Vgl. Moser, Die Koalitionsbildung, 141.

³¹¹ Vgl. ebd. 141; Vgl. *Die Presse* (4.12.2013), ÖVP-Chef interveniert bei Fischer, 1.

nur mehr formale Zusammenkünfte zwischen Faymann bzw. Spindelegger und Fischer. Die Regierung wurde am 16. Dezember angelobt.³¹²

Abgesehen von formalen Informationsgesprächen gab es weniger Gespräche Fischers mit den Parteienvertretern als in den beiden vorangegangenen Regierungsverhandlungen, bei denen er vermitteln musste. Dies lag zum einen daran, dass es sich um ein sehr eindeutiges Wahlergebnis, nach dem die beiden stärksten Parteien die SPÖ und ÖVP waren, und andererseits an den Festlegungen der Parteien, vor allem der SPÖ, dass diese nur mit der ÖVP verhandeln werde. Auch die ÖVP zog letztlich ernsthaft keine andere Koalitionsform in Erwägung.³¹³

4.9.2.3. Öffentliche Stellungnahmen

Vor der Wahl gab es keine größeren öffentlichen Äußerungen Fischers. Gleich nach der Wahl sprach sich Fischer mehrmals dezidiert für die Fortsetzung der Großen Koalition aus und hoffte auf eine Regierung bis Anfang Dezember.³¹⁴ In seiner Ansprache zum Regierungsbildungsauftrag forderte Fischer, über den bisherigen Stil der alten Regierung nachzudenken, Österreichs Rolle beim europäischen Integrationsprozess wahrzunehmen und die Regierungsverhandlungen zügig zu führen.³¹⁵ Auch bei der Rede zum Nationalfeiertag plädierte Fischer für eine Große Koalition und wünschte sich besonderes Engagement der neuen Regierung in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Soziales und Europa. Einmal mehr forderte er, zügig zu verhandeln und einen Abschluss der Regierungsverhandlungen in der ersten Dezemberhälfte.³¹⁶ Im November forderte Fischer in Fernsehinterviews das Ende der Verhandlungen bis Weihnachten.³¹⁷ Auch Anfang Dezember machte Fischer mehrmals Druck, schnell zu verhandeln und verlangte „entscheidende Fortschritte“³¹⁸ bei den Verhandlungen.³¹⁹ Der Bundespräsident gab im Fernsehen einen Angelobungstermin spätestens rund um den 20. Dezember vor, woran sich SPÖ und ÖVP hielten, denn der Angelobungstag war der 16.³²⁰

Fischer hat sich im Vergleich zu seinen ersten beiden Regierungsbildungen weniger oft öffentlich zu Wort gemeldet. Trotzdem verwendete er die Macht des Wortes auch in diesem

³¹² Vgl. Moser, Die Koalitionsbildung, 143-145.

³¹³ Vgl. *Die Presse* (14.10.2013), Die Schlüsselspieler im neuen Koalitionspoker, 2f.

³¹⁴ Vgl. *Die Presse* (1.10.2013), Sie wollen nicht, sie müssen wohl, 1; Vgl. *Tiroler Tageszeitung* (5.10.2013), Fischer hofft auf Regierung bis Anfang Dezember, 3; Vgl. *Neue Kärntner Tageszeitung* (8.10.2013), Fischers Appell an Rot-Schwarz, 4.

³¹⁵ Vgl. *WNL* (9.10.2013), Der Auftrag zur Regierungsbildung im Wortlaut.

³¹⁶ Vgl. *OTS* (26.10.2013), Fernsehansprache des Bundespräsidenten zum Nationalfeiertag am 26. Oktober 2013.

³¹⁷ Vgl. *Der Standard* (30.11.2013), Koalition: Fischer drängt auf Einigung vor Weihnachten.

³¹⁸ *Oberösterreichische Nachrichten* (2.12.2013), Koalition: Lange Verhandlungsnächte und ein ungeduldiges Staatsoberhaupt, 1.

³¹⁹ Vgl. *Die Presse* (4.12.2013), ÖVP-Chef interveniert bei Fischer, 1.

³²⁰ Vgl. *News* (5.12.2013), Spindelegger wankt als Finanzminister, 42.

Jahr, um seinen Wunsch einer Großen Koalition deutlich Ausdruck zu verleihen und um zeitlichen Druck auf die verhandelnden Parteien auszuüben. Fischer trieb seine Wunschkoalition in diesem Jahr eher mit öffentlichen Äußerungen als durch Hintergrundgespräche voran.

4.9.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen

2013 gab es keine Verweigerung von Ministerkandidaten. Dennoch kam es zu einer Neuerung im Prozedere der Prüfung der Kandidaten auf der Ministerliste. Heinz Fischer verlangte erstmals, dass jene Kandidaten, die zuvor noch nie ein Minister- oder Staatssekretariatsamt bekleideten, ein ausführliches Gespräch mit ihm zu führen haben, damit er sich ein persönliches Bild von den Neuen machen kann. Erst auf Basis dieser Gespräche wollte Fischer über die Akzeptanz oder Ablehnung eines Ministerkandidaten entscheiden.³²¹ Dabei behielt es sich Fischer ausdrücklich vor, nicht geeignete Ministerkandidaten zu verweigern.³²² Realiter kam es dazu, wie gesagt, nicht und Fischer gelobte alle vorgeschlagenen Ministerkandidaten an.

4.9.2.5. Fazit

Heinz Fischer führte 2013 weniger Gespräche als 2006 und 2008, meldete sich aber regelmäßig und deutlich öffentlich zu Wort. Er wartete mit dem Regierungsbildungsauftrag zehn Tage lang, bis zum Feststehen des endgültigen Wahlergebnisses. Eine größere Rolle spielte er diesmal bei der Prüfung der Ministerkandidaten, denn er führte persönliche Hearings mit den Kandidaten, die vorher noch nie Minister waren, durch und entschied auf dieser Basis über deren Eignung für das Amt. Tatsächliche Verweigerungen gab es allerdings nicht.

Diese etwas geschmälerte Rolle Fischers hing zum einen mit dem deutlichen Wahlergebnis und den klaren Festlegungen der Parteien zusammen. Die SPÖ und etwas zeitverzögert auch die ÖVP legten sich sehr rasch auf eine Fortsetzung der Großen Koalition fest.³²³ Unterbrechungen der Verhandlungen gab es keine und andere Stolpersteine gab es kaum bzw. wurden recht schnell beseitigt.³²⁴ Damit war Fischers Rolle bei dieser Regierungsbildung im Vergleich zu seinen vorherigen beiden Regierungsbildungen kleiner, aber verglichen mit Waldheim und Klestil in den 80er und 90er Jahren größer.

³²¹ Vgl. Frölichsthal, Einige verfassungsrechtliche Kompetenzen, 51; Vgl. *Kleine Zeitung* (1.12.2013), Hearing in der Hofburg, 6.

³²² Vgl. *Die Presse* (2.9.2013), „Ich fühle mich wohl dabei, langweilig zu sein“, 6.

³²³ Vgl. *Die Presse* (14.10.2013), Die Schlüsselspieler im neuen Koalitionspoker, 2f.

³²⁴ Vgl. Moser, Die Koalitionsbildung, 141-143.

4.10. Regierungsbildung 2017

4.10.1. Vorgeschichte, Bundespräsidentenwahl 2016 und Wahlergebnis

Die nächsten Nationalratswahlen waren um ein Jahr vorgezogene Wahlen und fanden im Oktober 2017 statt. Im Jahr davor standen nach dem Ablauf der zweiten Amtszeit Heinz Fischers Bundespräsidentenwahlen an. Im Gegensatz zu den Präsidentenwahlen 2004 und 2010 gab es diesmal ein sehr breites Feld an Kandidaten: Nach der Absage des niederösterreichischen Landeshauptmannes Erwin Pröll stellte die ÖVP den früheren Nationalratspräsidenten Andreas Khol als ihren Kandidaten auf. Die SPÖ nominierte den Sozialminister und vormaligen ÖGB-Präsidenten Rudolf Hundstorfer für die Wahl. Für die FPÖ kandidierte der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer. Die Grünen konnten den Universitätsprofessor und vormaligen Grünen-Chef Alexander Van der Bellen zu einer Kandidatur bewegen, jedoch verstand sich Van der Bellen stets als parteiunabhängiger Kandidat. Als Unabhängige trat auch die vormalige Präsidentin des Obersten Gerichtshofes Irmgard Griss zur Wahl an, wurde aber von den NEOS unterstützt. Schließlich schaffte auch Baumeister Richard Lugner zum zweiten Mal nach 1998, die notwendigen Unterstützungserklärungen für eine Kandidatur zu sammeln und stand ebenfalls zur Wahl.³²⁵

Der erste Wahlgang war für den 24. April 2016 angesetzt und fand vor dem Hintergrund der durch den Krieg in Syrien im Sommer 2015 ausgelösten Flüchtlingsbewegung, im Zuge derer zehntausende Kriegsflüchtlinge über den Balkan nach Österreich kamen bzw. durch Österreich flüchteten, statt.³²⁶ Die Unzufriedenheit großer Bevölkerungsteile mit dieser Flüchtlingsbewegung und mit der Politik der Bundesregierung wirkte sich auf das Wahlergebnis aus, denn erstmals bei einer Bundeswahl konnte ein FPÖ-Kandidat klar den ersten Platz erringen. Hofer erzielte 35,05%, Van der Bellen lag mit 21,34% deutlich dahinter auf Platz zwei und Irmgard Griss schaffte beachtliche 18,94% und den dritten Platz. Die Kandidaten der beiden früheren Großparteien lagen weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen, Hundstorfer schaffte lediglich 11,28%, knapp dahinter lag Khol mit 11,12%, nur Lugner hatte mit 2,26% noch weniger Stimmen.³²⁷ Am 22. Mai fand der zweite Wahlgang zwischen Hofer und Van der Bellen statt, bei dem letzterer hauchdünn, um rund 30.000 Stimmen mit 50,35% gewann. Hofer musste sich mit 49,65% geschlagen geben.³²⁸ Doch aufgrund von der FPÖ vermuteter Unregelmäßigkeiten bei der Briefwahlkarten-Auszählung fochten Norbert Hofer und seine Partei die Wahl beim Verfassungsgerichtshof an und bekamen recht. Die Stichwahl

³²⁵ Vgl. *Ucakar/Gschiegl/Jenny*, Das politische System Österreichs, 139; Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 512.

³²⁶ Vgl. ebd. 506-510.

³²⁷ Vgl. *Ucakar/Gschiegl/Jenny*, Das politische System Österreichs, 139.

³²⁸ Vgl. ebd. 139.

vom 22. Mai wurde aufgehoben und eine Wahlwiederholung für den 2. Oktober angesetzt. Dieser Termin musste dann ebenfalls verschoben werden. Aufgrund fehlerhaft geklebter Briefwahlkarten-Kuverts – was womöglich wieder ein Anfechtungsgrund gewesen wäre – verschob das Innenministerium im September die Wiederholung der Stichwahl auf den 4. Dezember 2016.³²⁹ Diesmal gewann Van der Bellen deutlich mit 53,79% und Hofer kam auf 46,21%.³³⁰

Van der Bellen brachte in diesem langen Wahlkampf seine Haltung zum Thema Regierungsbildung sehr deutlich zum Ausdruck: Er bekundete sowohl im Mai, vor dem zweiten Wahlgang, als auch im Dezember vor der Wiederholung des zweiten Wahlganges, dass er nur eine Regierung mit einer proeuropäischen Ausrichtung angeloben würde.³³¹ Außerdem sagte er im Mai, dass er einen Politiker wie Strache, der „an der Zerstörung der Europäischen Union, des vereinten Europa, arbeitet“³³² nicht mit der Bildung einer Regierung beauftragen würde. Eine FPÖ-geführte Regierung mit antieuropäischen Zielen würde er nicht wollen. Van der Bellen würde hingegen nicht ausschließen, eine Regierung mit einem Vizekanzler Strache, die sich klar zu Europa bekennt, anzugeloben.³³³ Van der Bellen kündigte damit an, sowohl auf die inhaltliche Positionierung als auch auf die personelle bzw. parteipolitische Zusammensetzung einer von ihm anzugelobenden Regierung Einfluss zu nehmen.

Diese Bundespräsidentenwahl hatte auch gravierende Auswirkungen auf die Bundesregierung. Zwei Wochen nach dem ersten Wahlgang, am 9. Mai 2016 trat als Reaktion auf das Präsidentschaftswahlergebnis und wegen innerparteilicher Widerstände vor allem der SPÖ-Basis Bundeskanzler Faymann als Regierungs- und SPÖ-Chef nach fast acht Jahren zurück. Sein Nachfolger in beiden Funktionen wurde der bisherige ÖBB-Chef Christian Kern.³³⁴ Im ersten Halbjahr 2017 kam es dann immer öfter zu Konflikten zwischen den beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP. Im Mai trat daraufhin Vizekanzler und ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner, der im August 2014 Spindelegger folgte, zurück. Sein Nachfolger wurde der erst 30-jährige Außenminister Sebastian Kurz, der seine Partei inhaltlich und personell völlig neu aufstellte und ihr eine neue Parteifarbe, nämlich Türkis, verpasste. Eine Woche später trat die Grünen-Chefin Eva Glawischnig aufgrund innerparteilicher Differenzen zurück. Ihre Nachfolgerin als Parteichefin wurde Ingrid Felipe und zur Spitzenkandidatin für eine etwaige

³²⁹ Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 513.

³³⁰ Vgl. *Wikipedia*, Bundespräsidentenwahl in Österreich 2016, https://de.wikipedia.org/wiki/Bundespr%C3%A4sidentenwahl_in_%C3%96sterreich_2016 (aufgerufen am 2.4.2018).

³³¹ Vgl. *ORF* (19.5.2016), Wahl 16 - Das Duell. Hofer-Van der Bellen; Vgl. *ORF* (1.12.2016), Wahl 16 - Das Duell. Hofer-Van der Bellen.

³³² *ORF* (19.5.2016), Wahl 16 - Das Duell. Hofer-Van der Bellen.

³³³ Vgl. ebd.; Vgl. *Salzburger Nachrichten* (1.12.2016), Was wollen die Kandidaten?, 3.

³³⁴ Vgl. *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 512.

Nationalratswahl wurde Ulrike Lunacek nominiert.³³⁵ Nach dem Rücktritt Mitterlehners war nicht sofort klar, ob es zu vorgezogenen Neuwahlen kommen wird. Kurz war für Neuwahlen im Herbst 2017, die SPÖ zögerte und wollte zuerst die Koalition weiterführen. Im Juni einigten sich aber alle Parteien auf vorgezogene Nationalratswahlen am 15. Oktober.³³⁶ Im Juli trat der Grünen-Abgeordnete Peter Pilz aufgrund innerparteilicher Differenzen über seine Listenplatzierung für die Nationalratswahl aus dem Grünen-Klub aus, gründete die nach ihm benannte Liste Pilz (LP) und trat mit dieser zur Nationalratswahl an.³³⁷

Nach einem Wahlkampf, der aufgrund der Verhaftung des SPÖ-Politikberaters Tal Silberstein im August und des Rücktritts des SPÖ-Wahlkampfleiters Georg Niedermühlbichler zwei Wochen vor der Wahl, vor allem für die Sozialdemokratie holprig verlief³³⁸, brachte die Wahl selber dann einen Erfolg für die ÖVP und Sebastian Kurz. Sie erreichte erstmals seit 2002 mit einem Plus von 7,48% und 31,47% klar den ersten Platz. Ebenfalls deutliche Zugewinne von 5,46% konnte die FPÖ verbuchen, sie erzielte 25,97%. Das Ziel vom zweiten oder gar ersten Platz erreichten die Freiheitlichen jedoch nicht, denn man blieb knapp auf dem dritten Platz. Die SPÖ konnte nämlich ihr Wahlergebnis von 2013 halten, gewann 0,04% hinzu und kam mit 26,86% knapp auf Platz zwei. Zweifelsohne profitierte die Sozialdemokratie auch von den starken Verlusten der Grünen, die, zur Überraschung vieler, mit einem Minus von 8,62% nur mehr 3,8% erzielten und damit aus dem Nationalrat flogen. Die NEOS erreichten mit leichten Zugewinnen von 0,34% und 5,3% den vierten Platz. Der dritte große Gewinner neben ÖVP und FPÖ war Pilz und seine Liste, die aus dem Stand heraus 4,41% erlangten und in den Nationalrat einzogen. Das TS kandidierte nicht mehr.³³⁹ Durch das Ausscheiden der Grünen und des TS und den Einzug der LP gab es nun wieder einen Fünf-Parteien-Nationalrat. Die Abstände zwischen den Parteien waren zum Teil knapp, denn die SPÖ lag nur 0,89% vor der FPÖ. Auch die Abstände zwischen NEOS, LP und der Vier-Prozent-Hürde waren klein.

4.10.2. Die Regierungsbildung

Auf Basis dieses Wahlergebnisses gingen sich mehrere Zweierkoalitionsvarianten aus. Einerseits war wieder eine Große Koalition möglich, die aber vor allem von der ÖVP nicht wieder gewollt wurde. Zweitens ging sich eine rot/blau Koalition aus, die diesmal von Kern

³³⁵ Vgl. ebd. 515f.

³³⁶ Vgl. ebd. 515.

³³⁷ Vgl. Nikolaus Dimmel/Alfred J. Noll (2017), Woher?-Wohin?. Über den Einzug der „Liste Peter Pilz“ in den Nationalrat. In: Thomas Hofer/Barbara Tóth (Hgg.), Wahl 2017. Loser, Leaks & Leadership, Wien: Ärzte Verlag, 103f.

³³⁸ Vgl. Thomas Hofer (2017), Wahlkampf auf der schiefen Ebene. In: Thomas Hofer/Barbara Tóth (Hgg.), Wahl 2017. Loser, Leaks & Leadership, Wien: Ärzte Verlag, 22-35.

³³⁹ Vgl. Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 2017, https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2017 (aufgerufen am 4.4.2018).

nicht dezidiert ausgeschlossen wurde, von einem Teil der SPÖ aber kritisch gesehen bzw. abgelehnt wurde. Die dritte Möglichkeit war die nach dem Wahlkampf wahrscheinlichste Variante, nämlich eine ÖVP/FPÖ-Koalition.³⁴⁰ Dreierkoalitionen waren unrealistisch.

4.10.2.1. Regierungsbildungsauftrag

Den Regierungsbildungsauftrag erteilte Van der Bellen der Tradition entsprechend dem Obmann der mandatsstärksten Partei, diesmal der ÖVP und damit Sebastian Kurz. Van der Bellen wartete wie sein Vorgänger das endgültige Wahlergebnis mit Briefwahlkarten ab, da es nach dem Wahlergebnis ohne Wahlkarten noch nicht sicher war, ob die Grünen nicht doch noch den Einzug in den Nationalrat schaffen würden.³⁴¹ Im Gegensatz zu früheren Wahlen stand, durch Änderungen des Briefwahlrechts, das endgültige Wahlergebnis bereits am Donnerstag nach der Wahl fest, wonach die Grünen den Einzug nicht schafften. Van der Bellen erteilte Tags darauf, am Freitag nach der Wahl, Kurz den Regierungsbildungsauftrag.³⁴² Damit lagen fünf Tage zwischen der Wahl und dem Erteilen des Regierungsbildungsauftrages.

4.10.2.2. Hintergrundgespräche

In der Woche nach der Wahl führte Van der Bellen die traditionellen Gespräche mit allen Chefs der Parlamentsparteien. In diesen Gesprächen ging es um Koalitionsvarianten, um Inhalte, aber auch um Ministeriumsposten. So forderte Strache im Gespräch mit Van der Bellen das Innenministerium für seine Partei.³⁴³ Nach dem Regierungsbildungsauftrag fanden regelmäßige formale Informationsgespräche zwischen Kurz und Van der Bellen statt, in denen ersterer den Bundespräsidenten über den Stand der Verhandlungen informierte.³⁴⁴ Bevor die offiziellen Verhandlungen begannen, gab es noch eine kurze Phase zwischen 20. und 23. Oktober, in der Kurz unverbindliche Sondierungsgespräche mit den Parteichefs führte. Am 23. traf Kurz Van der Bellen, um ihn über den Beginn offizieller Regierungsverhandlungen mit der FPÖ zu informieren.³⁴⁵ Im Laufe des November und Dezember kam es zu Gesprächen zwischen Van der Bellen und Kurz bzw. Strache, in denen es um Inhalte wie etwa der EU-Positionierung

³⁴⁰ Vgl. *Wiener Zeitung* (16.10.2017), Wahl bringt politischen Umbruch. Kurz vor Kanzlerschaft, Grüne zittern, 1.

³⁴¹ Vgl. ebd. 1.

³⁴² Vgl. *Kleine Zeitung* (17.10.2017), Die Grünen schaffen es nicht, 2f; Vgl. *Salzburger Nachrichten* (20.10.2017), Wahlsieger Kurz darf ab heute „sondieren“, 4.

³⁴³ Vgl. *WNL* (17.10.2017), Kurz sprach mit Van der Bellen über Inhalte und Koalitionen; Vgl. *WNL* (19.10.2017), Van der Bellen empfing Strolz und Griss sowie Pilz; Vgl. *Der Standard* (19.10.2017), FPÖ besteht auf blauem Innenminister, 7.

³⁴⁴ Vgl. *ORF* (1.2.2018), ZIB2-Interview mit Alexander Van der Bellen.

³⁴⁵ Vgl. *WNL* (23.10.2017), Kurz informiert Van der Bellen; Vgl. *Kronen Zeitung* (24.10.2017), Kurz will mit FPÖ regieren!, 2; Vgl. *Kurier* (25.10.2017), Kurz und Strache starten Verhandlungen, 2.

einer künftigen Regierung und um Personelles ging.³⁴⁶ Am 14. Dezember informierte Kurz Van der Bellen in einem Gespräch schließlich nur mehr über den Abschluss der Verhandlungen.³⁴⁷

Größere Gespräche, in denen der Bundespräsident Mediatorfähigkeiten oder Krisenmanagement beweisen musste, gab es 2017 nicht. Die schwarz/blauen bzw. türkis/blauen Regierungsverhandlungen verliefen derartig reibungslos und zügig, dass mahnende Gespräche Van der Bellens nicht notwendig waren.³⁴⁸ Durch die schnelle Festlegung der ÖVP und FPÖ, eine Koalition zu bilden, durch die starken inhaltlichen Übereinstimmungen und durch die persönlichen Sympathien zwischen den Verhandlern bedurfte es nur der regelmäßigen Informationsgespräche zwischen Van der Bellen und den Spitzen der künftigen Koalitionsparteien.

4.10.2.3. Öffentliche Stellungnahmen

Alexander Van der Bellen nützte bei seiner ersten Regierungsbildung besonders die Macht des öffentlichen Wortes, um seine Positionen und Wünsche durchzusetzen. Bereits vor der Wahl sprach sich Van der Bellen mehrmals für eine proeuropäische Regierung aus und forderte, dass das Außenministerium nicht an einen FPÖ-Politiker gehen soll.³⁴⁹ Auch nach der Wahl wiederholte der Bundespräsident mehrmals seine Forderung nach einer Regierung, die sich an den europäischen Werten orientiert.³⁵⁰ Im Zuge des Regierungsbildungsauftrages mahnte Van der Bellen zudem eine „neue Gesprächs- und Vertrauenskultur“³⁵¹ in der Regierung ein. Neben dem aktiven europäischen Engagement forderte Van der Bellen inhaltlichen Fokus auf die Bereiche Klimawandel, Forschung und Integration. Kompass für die Regierungsarbeit sollten darüber hinaus Bürger-, Freiheits- und Menschenrechte sein.³⁵² Ähnliches wünschte sich Van der Bellen auch in seiner Ansprache zum Nationalfeiertag. Neben einer Regierung, die sich zu Europa bekennt, wünschte er sich die Achtung der Grund- und Menschenrechte und der Rechte der Minderheiten. Als Herausforderungen sah Van der Bellen die Digitalisierung, die Migrationssituation und den Klimawandel.³⁵³ Van der Bellen trat in seinen öffentlichen Äußerungen somit für die von ihm schon im Bundespräsidentenwahlkampf vertretenen europäischen, liberalen und weltoffenen Werte ein.

³⁴⁶ Vgl. *ORF* (1.2.2018), ZIB2-Interview mit Alexander Van der Bellen.

³⁴⁷ Vgl. *WNL* (14.12.2017), Koalition – Kurz informiert Bundespräsident Van der Bellen.

³⁴⁸ Vgl. *Der Standard* (6.12.2017), Koalitionsverhandler drücken auf die Tube, 6; Vgl. *Salzburger Nachrichten* (7.12.2017), Koalitionsverhandler biegen in die Zielgerade, 2.

³⁴⁹ Vgl. *Kurier* (10.10.2017), Bundespräsident gegen einen blauen Außenminister, 2; Vgl. *Salzburger Nachrichten* (11.10.2017), Es naht die Stunde des Bundespräsidenten, 2.

³⁵⁰ Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (18.10.2017), Gespräche in der Hofburg, 1.

³⁵¹ *Wiener Zeitung* (21.10.2017), Van der Bellen fordert neuen Umgang der Politik ein, 1.

³⁵² Vgl. ebd. 1; Vgl. *Kurier* (21.10.2017), Van der Bellen: Mit dem Auftrag bekam Kurz auch Bedingungen, 2.

³⁵³ Vgl. *WNL* (26.10.2017), Van der Bellen: Auch Menschenrechte „immerwährend“.

Mitte November ließ Van der Bellen mit einer öffentlichen Äußerung zum Thema Besetzung von Ministerposten bzw. Verweigerung von Ministerkandidaten aufhorchen. Er tat kund, dass er die beiden FPÖ-Politiker Johann Gudenus, der Wiener FPÖ-Chef und Vizebürgermeister war, und Harald Vilimsky, der EU-Abgeordneter für die FPÖ war, nicht als Minister in einer neuen Regierung angeloben würde.³⁵⁴ Damit zog der Bundespräsident ganz eindeutige personelle Grenzen für eine von ihm anzugelobende Regierung. Wenige Tage später war Van der Bellen gezwungen, sich über ein Protokoll zu rechtfertigen, in dem er sich bei einem Essen mit Diplomaten angeblich negativ über Sebastian Kurz und diverse FPÖ-Politiker geäußert haben soll. Van der Bellen bestritt, diese Aussagen so getroffen zu haben und später stellte sich heraus, dass es sich um ein Missverständnis des betreffenden Diplomaten handelte. Manche Medien malten eine Intrige gegen Van der Bellen an die Wand.³⁵⁵ Doch diese Vorwürfe trübten das Verhältnis zwischen Bundespräsident und den Regierungsverhandlern keineswegs.³⁵⁶

Anfang Dezember machte Van der Bellen dann erstmals zeitlichen Druck und wünschte sich eine Regierung bis Weihnachten, betonte aber gleichzeitig, dass eine inhaltliche Einigung wichtiger sei als die zeitliche Frist.³⁵⁷ An beides hielt sich die neue Regierung dann auch und wurde von Van der Bellen am 18. Dezember 2017 angelobt. Im Zuge der Angelobung freute sich Van der Bellen, dass die Regierung seinen inhaltlichen Vorgaben nachkam und lobte „die Regierungsspitze für ihre kooperative und lösungsorientierte Art“³⁵⁸ in den Verhandlungen.

Van der Bellen konnte sich damit mit den in seinen öffentlichen Äußerungen geforderten inhaltlichen und personellen Vorgaben größtenteils durchsetzen. Anders als Fischer benutzte Van der Bellen öffentliche Äußerungen weniger dazu, um zeitlichen Druck zu machen, sondern vielmehr um klare und eindeutige inhaltliche und personelle Richtlinien für eine künftige Regierung zu setzen.

4.10.2.4. Verweigerung von Ministervorschlägen

Verweigerungen von Ministerkandidaten auf der fertigen Ministerliste kurz vor der Angelobung wie im Jahr 2000 gab es diesmal nicht. Aber, wie eben dargelegt, tat Van der Bellen bereits im Vorfeld, rund ein Monat vor der Angelobung, während den Verhandlungen kund, dass er Gudenus und Vilimsky nicht angeloben würde. Ersteren würde er aufgrund einer

³⁵⁴ Vgl. *Die Presse* (16.11.2017), Van der Bellen lehnt Gudenus und Vilimsky ab, 1.

³⁵⁵ Vgl. *WNL* (21.11.2017), Angebliches Van der Bellen-Protokoll aufgetaucht; Vgl. *Kurier* (22.11.2017), Brisantes „Protokoll“ über Van der Bellen: EU-Diplomat spricht von „Fehlinformation“, 4; Vgl. *Der Standard* (22.11.2017), Fake-„Protokoll“ als Intrige gegen Van der Bellen, 7.

³⁵⁶ Vgl. *Kurier* (2.12.2017), VdB: „Vertrauenskultur“ zu Kurz-Strache aufgebaut, 2.

³⁵⁷ Vgl. ebd. 2.

³⁵⁸ *Neues Volksblatt* (19.12.2017), Die Polit-Wende war in ein paar Minuten erledigt.

umstrittenen Aussage über Migranten, Asylwerber und Moslems nicht angeloben und bei Vilimsky war der Grund, dass er eine Schlüsselrolle in der EU-feindlichen Fraktion von Marine Le Pen im Europäischen Parlament spielte.³⁵⁹ Auch wollte Van der Bellen ursprünglich keinen FPÖ-Politiker im Außenministerium. Hier musste der Bundespräsident einen Kompromiss eingehen, denn man einigte sich auf Karin Kneissl als Außenministerin, die zwar von der FPÖ nominiert wurde, aber nicht Parteimitglied war und sich selbst als parteilos sah.³⁶⁰ Wo sich Van der Bellen zum Teil durchsetzte, aber dennoch einen Kompromiss schließen musste, war die Frage der Besetzung des Innen- und Justizministeriums durch dieselbe Partei. Hier konnte Van der Bellen durchsetzen, dass die beiden Ministerien nicht in die Hand der FPÖ fielen, sondern Justizminister der von der ÖVP nominierte Josef Moser wurde. Der Preis dafür war, dass dafür das Innenministerium, das mit Herbert Kickl einen FPÖ-Politiker als Chef bekam, und das Verteidigungsministerium, dessen Leiter der steirische FPÖ-Chef Mario Kunasek wurde, in FPÖ-Hand kamen und damit alle Geheimdienste von FPÖ-Politikern geführt wurden.³⁶¹ Andererseits konnte Van der Bellen seine Forderung durchsetzen, dass Innenminister Kickl eine ÖVP-Staatssekretärin, nämlich Karoline Edtstadler, beigeordnet bekam.³⁶²

Was das Prozedere der Ministerkandidaten-Prüfung betrifft, setzte Van der Bellen die Usance Fischers, nach der der Bundespräsident alle Kandidaten, die vorher noch nie Minister waren – das waren in diesem Jahr alle außer Sebastian Kurz –, zu einem Gespräch zu sich bat, um sie kennenzulernen, fort.³⁶³ Schließlich akzeptierte Van der Bellen die Ministerliste und gelobte das Kabinett Kurz Mitte Dezember an.

4.10.2.5. Fazit

Van der Bellens Rolle bei der Regierungsbildung 2017 drückte sich vor allem durch seine klaren öffentlichen Äußerungen und seinen inhaltlichen und personellen Vorgaben für eine künftige schwarz/blau Regierung aus. Immer wieder benutzte er die Macht des Wortes, um seine Wünsche an eine neue Regierung zu transportieren. Im Gegensatz zu Fischer musste Van der Bellen weniger Gespräche, die zur Lösung von Problemen und Differenzen dienten, führen, da die Verhandlungen reibungslos verliefen. Vielmehr benutzte der Bundespräsident

³⁵⁹ Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (16.11.2017), Van der Bellen zieht erste rote Linie: Gudenus, Vilimsky nicht Minister, 4.

³⁶⁰ Vgl. *Die Presse* (16.11.2017), Van der Bellen lehnt Gudenus und Vilimsky ab, 1; Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (13.12.2017), Kurz zwingt Strache auf EU-Kurs, 6f; Vgl. *Neues Volksblatt* (19.12.2017), Die Polit-Wende war in ein paar Minuten erledigt.

³⁶¹ Vgl. *ORF* (1.2.2018), ZIB2-Interview mit Alexander Van der Bellen; Vgl. *Die Presse* (19.12.2017), Dieser Fehler des Präsidenten könnte sich noch bitter rächen, 27; Vgl. *Der Standard* (23.12.2017), Van der Bellen, eine Enttäuschung?, 47.

³⁶² Vgl. *Salzburger Nachrichten* (18.12.2017), Wie hat sich der Bundespräsident geschlagen?, 3; Vgl. *Der Standard* (18.12.2017), Van der Bellens erste Regierung, 2.

³⁶³ Vgl. *Kurier* (14.12.2017), Countdown zur Regierungsbildung, 2.

die regelmäßigen Kontakte mit Kurz und Strache, auch wieder um seine inhaltlichen und personellen Forderungen und Vorgaben zu übermitteln. Damit zusammenhängend nahm er auf die personelle Zusammensetzung der Regierung starken Einfluss, jedoch nicht wie Klestil 2000, der zwei Minister der schon fertigen Ministerliste im letzten Moment ablehnte, sondern im konstruktiven Einvernehmen, eben durch Gespräche bereits in der Phase der Verhandlungen. So deponierte er bereits einen Monat vor der Angelobung welche beiden FPÖ-Politiker er nicht angeloben würde, er verhinderte, dass das Innen- und Justizressort in die Hand einer Partei, nämlich der FPÖ fiel, und er erreichte, dass dem FPÖ-Innenminister eine ÖVP-Staatssekretärin beigeordnet wurde.³⁶⁴

Die Gründe für Van der Bellens große Rolle waren vielfältig. Besonders durch die Stärke der FPÖ und der daraus folgenden Regierungsbeteiligung dieser Partei, damit verbunden aufgrund möglicher Reaktionen oder auch nur Irritationen des Auslandes auf die freiheitliche Regierungsbeteiligung und nicht zuletzt auch aufgrund seines politischen Werdeganges als vormaliger Grünen-Chef und überzeugter Europäer versuchte Van der Bellen größtenteils erfolgreich auf die Inhalte, durch die Vorgabe einer proeuropäischen Ausrichtung der Regierung, aber auch auf die personelle Zusammensetzung, durch die Verhinderung umstrittener Personen wie Gudenus und Vilimsky, Einfluss zu nehmen.³⁶⁵

³⁶⁴ Vgl. *Salzburger Nachrichten* (24.1.2018), Ein Jahr wie eine ganze Amtszeit, 3; Vgl. *ORF* (1.2.2018), ZIB2-Interview mit Alexander Van der Bellen.

³⁶⁵ Vgl. ebd; Vgl. *Oberösterreichische Nachrichten* (19.10.2017), ÖVP will rasch mit Regierungsverhandlungen starten, 1; Vgl. *Salzburger Nachrichten* (21.10.2017), Kurz plant weitreichende Reformen, 3; Vgl. *Salzburger Nachrichten* (27.10.2017), Präsident zeigt der künftigen Regierung die roten Linien auf, 1; Vgl. *Neue Vorarlberger Tageszeitung* (16.11.2017), Van der Bellen zieht erste rote Linie: Gudenus, Vilimsky nicht Minister, 4.

5. Ergebnisse

5.1. Thomas Klestil – Regierungsbildung 1999/2000

Bundespräsident Thomas Klestil spielte bei der Regierungsbildung 1999/2000 in allen vier untersuchten Bereichen die weitaus größte Rolle. Die Ausgangsposition bei den Wahlen 1999 war die, dass es sich um ein sehr knappes Wahlergebnis handelte, nach dem die FPÖ um nur 415 Stimmen vor der ÖVP landete, damit ihr bis dahin bestes Ergebnis überhaupt einfuhr und erstmals auf den zweiten Platz landete. Die beiden vormaligen Großparteien waren stark geschwächt, die SPÖ verlor knapp 5% und erreichte nur rund 33%, die ÖVP kam überhaupt nur auf 26,9%. Rechnerisch waren mehrere Zweierkoalitionen möglich, doch die SPÖ legte sich fest, mit der FPÖ nicht zu koalieren und die ÖVP wollte anfangs ihre Ansage von vor der Wahl, als drittstärkste Kraft in Opposition gehen zu wollen, wahr machen.³⁶⁶ Die FPÖ hingegen wollte regieren und war nach beiden Seiten hin offen. Damit waren die Fronten verhärtet und eine Pattstellung die Folge. Hinzu kam, dass im Falle einer Regierungsbeteiligung der FPÖ negative Reaktionen des Auslandes, insbesondere der EU und ihrer Mitgliedstaaten, nicht nur zu erwarten waren, sondern dann Ende Jänner 2000, als es fix war, dass eine schwarz/blau Regierung gebildet wird, auch konkret angedroht wurden.³⁶⁷

In dieser Situation kam Klestil eine besondere Rolle zu. Er erteilte nicht wie in früheren Jahren sofort den Regierungsbildungsauftrag, sondern ordnete sog. unverbindliche Sondierungsgespräche aller Parteien untereinander an, in denen sich die Parteien annähern und die Pattsituation aufgelöst werden sollte. Erst im Dezember, mehr als zwei Monate nach der Wahl vergab Klestil den Regierungsbildungsauftrag an SPÖ-Chef Klima. Nachdem dieser mit der Bildung einer Großen Koalition scheiterte, beauftragte Klestil ihn im Jänner ein zweites Mal mit der Bildung einer Regierung, diesmal einer SPÖ-Minderheitsregierung.³⁶⁸ Durch diese verfahrenende Pattsituation führte Klestil sowohl in der Zeit der Sondierungsgespräche als auch in der Phase der Regierungsverhandlungen sehr viele Hintergrundgespräche, in denen er die ÖVP zuerst zum Verhandeln bewegen konnte und dann die Bildung einer Großen Koalition zu beschleunigen versuchte. Öffentliche Äußerungen tätigte Klestil in diesem Jahr ebenfalls sehr häufig. Hier sprach er sich regelmäßig für die Bildung einer Großen Koalition aus und versuchte im Jänner zeitlichen Druck auf die Verhandler aufzubauen, um zu einem Ende der Verhandlungen zu kommen. Nach dem Scheitern der Großen Koalition und der Bildung der ÖVP/FPÖ-Regierung brachte Klestil seine Ablehnung dieser Regierung in einer Fernsehansprache zum Ausdruck. Des Weiteren verweigerte Klestil in diesem Jahr zwei FPÖ-

³⁶⁶ Vgl. *Profil* (2.10.2006), Die „Wende“ – eine Chronologie, 49.

³⁶⁷ Vgl. *Dolomiten* (30.1.2000), EU besorgt über Österreich.

³⁶⁸ Vgl. *Welan*, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 21-23.

Ministerkandidaten und nahm damit einen derartig starken Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Regierung wie vor ihm kein anderer Bundespräsident.³⁶⁹ Darüber hinaus erreichte Klestil Änderungen im Regierungsprogramm im Bereich Justiz und er veranlasste, dass die Regierungsspitze eine dem Regierungsprogramm vorangestellte Präambel unterschreibt, in der sich die Regierung zu den europäischen Grundwerten, zur Demokratie und zu den Menschenrechten bekennt.³⁷⁰

Klestil reagierte mit seinen Anstrengungen, eine schwarz/blau Regierung zu verhindern und eine Große Koalition zustande bringen zu wollen auf die verfahrenen Kräfteverhältnisse im Parlament und auf das knappe Wahlergebnis, auf Basis dessen sich die Parteien festlegten. Außerdem wollte Klestil mit seinem Engagement für eine Große Koalition auch die im Raum stehenden negativen Reaktionen des Auslandes vermeiden und das internationale Ansehen Österreichs wahren.³⁷¹ Damit zusammenhängend war auch Klestils persönlicher und beruflicher Werdegang als Außenpolitiker und Diplomat ausschlaggebend für sein starkes Eintreten für eine international angesehene Regierungskoalition.³⁷² Schließlich waren auch umstrittene Persönlichkeiten der FPÖ auf der Ministerliste und von den Regierungsparteien vertretene Positionen und Inhalte im Regierungsprogramm Gründe für seine große Rolle in diesem Jahr.³⁷³

5.2. Heinz Fischer – Regierungsbildung 2006/07

Nach der Nationalratswahl 2006 hatte es Heinz Fischer mit einem sehr knappen und vor allem mit einem für alle überraschenden Wahlergebnis zu tun. Außerdem zog mit dem BZÖ eine fünfte Partei in den Nationalrat ein, was die Regierungsbildung nicht erleichterte. Die SPÖ wurde um nur 1% ganz knapp stärkste Partei, während die ÖVP stark verlor und überraschend auf den zweiten Platz fiel. Die Grünen wurden mit einem Vorsprung von nur 532 Stimmen auf die FPÖ dritte Kraft und das BZÖ überschritt um nur 0,11% die Hürde für den Einzug in den Nationalrat. Mit diesen Stärkeverhältnissen war als einzige Zweierkoalition eine Große Koalition möglich, eine Dreierkoalition aus ÖVP, FPÖ und BZÖ war nicht auszuschließen und eine SPÖ-Minderheitsregierung stand ebenfalls zeitweise im Raum. Aufgrund dieses vor allem für die ÖVP enttäuschenden Wahlergebnisses zierte sich diese und wollte nur zögerlich in vom SPÖ-Chef Gusenbauer geführte Verhandlungen eintreten. Nach dem Einsetzen zweier Untersuchungsausschüsse durch SPÖ, FPÖ und Grüne zu für die ÖVP heikle Themen,

³⁶⁹ Vgl. ebd. 37.

³⁷⁰ Vgl. ebd. 24; Vgl. *Neues Volksblatt* (5.2.2000), Klestil besorgt, 2.

³⁷¹ Vgl. *Welan*, Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, 35; Vgl. *Welan*, Experten-Interview.

³⁷² Vgl. ebd.

³⁷³ Vgl. ebd.

unterbrach diese daraufhin die Verhandlungen für zwei Wochen und es kam zu einer Pattsituation. In dieser Situation gab es ÖVP-Stimmen für eine bürgerliche ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition und gleichzeitig dachte Gusenbauer eine SPÖ-Minderheitsregierung an. Beides waren Varianten, die Heinz Fischer nicht bevorzugte.³⁷⁴

Dadurch kam ihm in dieser Lage eine wichtige Rolle zu. Fischer versuchte durch wiederholte Gespräche mit Gusenbauer und Schüssel, aber auch durch sehr viele öffentliche Äußerungen auf eine Große Koalition hinzuarbeiten. Immer wieder bekundete er, dass er eine Große Koalition als die beste Koalitionsform für Österreich betrachtete. Durch den Druck und die Vermittlertätigkeit Fischers gelang es die Pattsituation nach zwei Wochen aufzulösen und die Verhandlungen fortzusetzen. Auch übte Fischer in diesem Jahr starken zeitlichen Druck auf die Verhandler aus, denn er setzte gemeinsam mit den Spitzen der SPÖ und ÖVP den Angelobungstermin fest und appellierte öffentlich immer wieder, diesen einzuhalten. Die Verhandler hielten sich daran und Fischer konnte die Große Koalition termingerecht angeloben.³⁷⁵ Mit dem Erteilen des Regierungsbildungsauftrages wartete Fischer aufgrund des knappen Wahlergebnisses bis zum Feststehen des endgültigen Wahlergebnisses zehn Tage nach der Wahl. Fischer verweigerte 2006 zwar keine Ministerkandidaten, aber er führte ein neues Prozedere der Ministerkandidaten-Prüfung ein und ordnete an, dass er die Liste mit den Ministervorschlägen mindestens zwei Tage vor dem Angelobungstermin zu bekommen hat, um genügend Zeit zur eingehenden Prüfung der Kandidatenliste zu haben.³⁷⁶ Fischer konnte mit seinen vermittelnden Gesprächen und vor allem durch öffentlichen Druck seine Wunschkoalition aus SPÖ und ÖVP termingerecht durchsetzen und spielte damit eine entscheidende Rolle bei dieser Regierungsbildung.³⁷⁷

Im Unterschied zu seinen beiden Vorgängern, die größtenteils über den Pressedienst der Präsidentschaftskanzlei kommunizierten, führte Fischer bei seiner ersten Regierungsbildung viel mehr Fernseh-, Radio- und Zeitungsinterviews und war dadurch medial deutlich präsenter. Auch hatte Fischer durch seine langjährige innenpolitische Tätigkeit beste Netzwerke und Verbindungen zu maßgeblichen Personen in SPÖ und ÖVP, wodurch er auch auf dieser Ebene durch Gesprächskontakte seine Wunschkoalitionsform vorantreiben konnte.³⁷⁸

Ausschlaggebend für Fischers große Rolle bei der Regierungsbildung 2006/07 war die durch das knappe Wahlergebnis, die Zersplitterung der Parteienlandschaft und die Haltung der

³⁷⁴ Vgl. *Welan*, Regierungsbildung 2006/2007, 18; Vgl. *Horvath*, Das Amtsverständnis, 127; Vgl. *Horvath*, Heinz Fischer, 173; Vgl. *Kurier* (14.11.2006), „Gusenbauer soll Brücke bauen“, 2.

³⁷⁵ Vgl. *Welan*, Regierungsbildung 2006/2007, 18-22.

³⁷⁶ Vgl. *Frölichsthal*, Einige verfassungsrechtliche Kompetenzen, 51.

³⁷⁷ Vgl. *Khol*, Experten-Interview.

³⁷⁸ Vgl. ebd.

Parteien entstandene zeitweilige Pattstellung in diesem Jahr. Auch die vormalige Parteizugehörigkeit Fischers bei der SPÖ und die Tatsache, dass er in seiner Partei stark verankert war – Fischer war 2004 ausgewiesener SPÖ-Präsidentschaftskandidat –, ließen ihn eine SPÖ geführte Große Koalition so vehement vorantreiben.³⁷⁹ Schließlich war es auch Fischers beruflicher bzw. politischer Werdegang als langjähriger Parlamentarier, durch den er eine von einer breiten Parlamentsmehrheit der beiden größten Parteien getragene Regierung einer Minderheitsregierung oder einer Dreierkoalition vorzog und damit auf eine Große Koalition aktiv hinarbeitete.³⁸⁰

5.3. Heinz Fischer – Regierungsbildung 2008

Eine ebenfalls nicht unwesentliche Rolle spielte Heinz Fischer im Jahr 2008, als es vorgezogene Neuwahlen gab. In diesem Jahr kam es zu einem neuerlichen Erstarren der beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ und zu einer deutlichen Schwächung von SPÖ und ÖVP. Die SPÖ landete mit rund 29% deutlich vor der ÖVP, die auf rund 26% kam. Die FPÖ legte auf ca. 18% zu und das BZÖ überholte mit 10,7% ganz knapp die Grünen, die auf 10,4% kamen. Zusammen waren FPÖ und BZÖ etwa gleich stark wie die SPÖ. Das Mehrparteienparlament aus fünf Parteien etablierte sich mit diesem Ergebnis. Trotzdem ging sich nur eine Zweierkoalition, nämlich die Große Koalition aus. Doch auch eine ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition stand wieder realistisch im Raum. Vor allem das starke Abschneiden des BZÖ, aber auch der FPÖ kam für viele überraschend. Zwar war der Wille zur Zusammenarbeit der beiden größten Parteien im Gegensatz zu 2006 größer, aber dennoch war eine Große Koalition nicht von vorn herein ausgemacht und es kam wieder zu inhaltlichen Differenzen bei den Verhandlungen in Fragen der EU-Position Österreichs und vor allem im Budgetbereich. Aufgrund dieser Differenzen kam es immer wieder zum Stocken der Verhandlungen und die ÖVP unterbrach die Regierungsgespräche wiederum für kurze Zeit. Zeitgleich kam von einzelnen Vertretern der ÖVP und vor allem des BZÖ vereinzelt wieder eine schwarz/blau/orange Koalition oder andere Koalitionsvarianten ins Spiel.³⁸¹

In dieser Situation führte Fischer regelmäßige Gespräche, nicht nur mit den Chefs der verhandelnden Parteien, sondern auch mit Oppositionsvertretern und anderen wichtigen politischen Akteuren, in denen er wieder auf eine Große Koalition und auf inhaltliche Kompromisse zwischen SPÖ und ÖVP hinarbeitete. Fischer traf sich mit den Spitzen der beiden verhandelnden Parteien zudem zu einem längeren Frühstücksgespräch und führte in

³⁷⁹ Vgl. ebd.

³⁸⁰ Vgl. Höbelt, Experten-Interview.

³⁸¹ Vgl. OTS (18.11.2008), BZÖ-Spitze mit Bundespräsident Fischer in der Hofburg zusammengetroffen.

Krisensituationen mehrere Telefongespräche mit Faymann und Pröll.³⁸² Vor allem aber auch wieder durch sehr deutliche und häufige öffentliche Äußerungen in Funk-, Fernsehen und Zeitungen trieb er die von ihm präferierte Große Koalition voran. Auch mit seiner zeitlichen Fristsetzung, bis spätestens Weihnachten eine Regierung zu bilden, setzte sich Fischer durch, denn die Regierung wurde bereits Anfang Dezember angelobt.³⁸³ Bei der Erteilung des Regierungsbildungsauftrages ließ sich Fischer wiederum Zeit und wartete das amtliche Endergebnis ab, bis er zehn Tage nach der Wahl den Auftrag vergab. Ministerkandidaten verweigerte Fischer zwar keine, aber er setzte die von ihm zwei Jahre zuvor eingeführte Usance, die Ministerliste zwei Tage lang genau zu prüfen, fort.

Durch das Erstarken der beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ, der gleichzeitigen Schwächung von SPÖ und ÖVP, eine somit mögliche ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierung, aber auch durch inhaltliche Schwierigkeiten und das Stocken bzw. Unterbrechen der Verhandlungen konnte Fischer seine Rolle als Mediator und Vermittler zwischen den beiden großen Parteien erfolgreich ausspielen und erreichte sein Ziel, eine Große Koalition vor Weihnachten anzugeloben. Auch war wiederum Fischers Parteizugehörigkeit und seine Vergangenheit als Parlamentarier ausschlaggebend für sein Engagement für eine Große Koalition.³⁸⁴

5.4. Alexander Van der Bellen – Regierungsbildung 2017

Eine ähnlich große Rolle, wenn auch in komplett anderer Weise und unter komplett anderen Umständen, spielte Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner ersten Regierungsbildung 2017. Van der Bellen hatte es 2017 mit einem Wahlergebnis, das drei gestärkte Mittelparteien und ein knappes Ergebnis zwischen der zweit und drittplatzierten Partei aufwies, zu tun. Die ÖVP stieg mit deutlichen Zugewinnen wieder zur stärksten Partei auf, die SPÖ verbuchte leichte Gewinne und landete mit knapp 1% Vorsprung auf dem zweiten Platz vor der FPÖ, die dritte wurde. Das TS kandidierte nicht mehr, die Grünen fielen aus dem Nationalrat, die NEOS gewannen leicht dazu und die Liste Pilz überschritt knapp die Vier-Prozent-Hürde und kam in den Nationalrat. Van der Bellen fand damit eine neue stärkste Partei, die ÖVP, und einen Fünf-Parteien-Nationalrat vor.

Es gingen sich damit drei Zweierkoalitionen aus, doch bereits vor der Wahl und dann auch sehr schnell nach der Wahl zeichnete sich die Bildung einer schwarz/blauen Koalition mit Kurz und Strache an der Spitze ab. Die Frage der Durchsetzung von Van der Bellens Ankündigung aus dem Präsidentschaftswahlkampf, Strache als Kanzler nicht anzugeloben,

³⁸² Vgl. *Salzburger Nachrichten* (31.10.2008), Wenn gar nichts mehr geht, 3; Vgl. *Horvath*, Heinz Fischer, 189f.

³⁸³ Vgl. ebd. 193.

³⁸⁴ Vgl. *Khol*, Experten-Interview; Vgl. *Höbelt*, Experten-Interview.

stellte sich nicht, denn Strache und die FPÖ stellten als dritte Kraft nicht den Kanzleranspruch. Dennoch war schwarz/blau unter ÖVP-Führung nicht die Wunschkoalition Van der Bellen. Im Gegensatz zu Fischer musste er zusehen wie sich eine von ihm nicht präferierte Koalition bildete.³⁸⁵

Trotzdem oder gerade deswegen versuchte Van der Bellen sehr deutlich auf die Regierungsbildung Einfluss zu nehmen: Die Regierungsbildung zwischen ÖVP und FPÖ verlief sehr reibungslos und harmonisch, ohne Verzögerungen, Differenzen oder gar Unterbrechungen. Daher musste Van der Bellen nicht vermittelnd eingreifen. Van der Bellen Rolle drückte sich in erster Linie durch den starken Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Regierung aus. Er gab schon im Vorfeld bekannt, welche beiden FPÖ-Politiker er nicht in der Regierung haben wollte, was auch eingehalten wurde, er erreichte, dass das Innen- und Justizministerium nicht zugleich in die Hand der FPÖ fiel, er setzte durch, dass der FPÖ-Innenminister eine ÖVP-Staatssekretärin beigeordnet bekam und er konnte seine Forderung nach einer parteifreien Außenministerin realisieren.³⁸⁶ Van der Bellen ging bei seinem Einwirken auf die Ministerliste komplett anders als Klestil 2000, der in letzter Minute zwei Ministerkandidaten verweigerte, vor. Er erreichte seine Forderungen durch regelmäßige, konstruktive Gespräche mit Kurz und Strache schon in den Wochen vor der Angelobung. Diese Gespräche waren im Gegensatz zu Fischer, wie gesagt, keine Gespräche, in denen er vermittelnd tätig werden musste, sondern es waren Gespräche, in denen es in lösungsorientierter Weise um Personelles und Inhaltliches ging. Ähnlich wie Fischer trieb Van der Bellen seine Forderungen auch durch regelmäßige und sehr deutliche öffentliche Stellungnahmen voran, in denen er der Regierung eine proeuropäische Linie vorgab und die Achtung der Grund- und Menschenrechte einforderte. Verglichen mit Fischer 2006 und 2008 machte Van der Bellen den Verhandlern viel weniger zeitlichen Druck, sondern forderte eher die inhaltliche Qualität des Regierungsprogrammes ein. Trotzdem hielten sich ÖVP und FPÖ an die zeitliche Vorgabe, möglichst vor Weihnachten eine Regierung zu bilden und am 18. Dezember fand die Angelobung statt. Van der Bellen setzte auch die Neuerung Fischers von 2013, alle Minister, die vorher noch nie ein Ministeramt bekleideten, in einem persönlichen Gespräch kennenzulernen, fort.³⁸⁷

Diese sehr engagierte Rolle Van der Bellen hängt zweifelsohne mit der Stärke und dem Regierungseintritt der FPÖ zusammen. Er wollte einer Regierung mit FPÖ-Beteiligung ganz

³⁸⁵ Vgl. *ORF* (1.2.2018), ZIB2-Interview mit Alexander Van der Bellen.

³⁸⁶ Vgl. ebd; Vgl. *Die Presse* (19.12.2017), Dieser Fehler des Präsidenten könnte sich noch bitter rächen, 27; Vgl. *Die Presse* (16.11.2017), Van der Bellen lehnt Gudenus und Vilimsky ab, 1; Vgl. *Salzburger Nachrichten* (18.12.2017), Wie hat sich der Bundespräsident geschlagen?, 3.

³⁸⁷ Vgl. *Kurier* (14.12.2017), Countdown zur Regierungsbildung, 2.

deutlich die inhaltlichen und personellen Grenzen aufzeigen. Auch wollte Van der Bellen mit seinem Entstehen für eine proeuropäische Regierungslinie und das Verhindern EU-kritischer FPÖ-Politiker etwaige Irritationen oder Reaktionen des Auslandes auf eine FPÖ-Regierungsbeteiligung zerstreuen und Österreichs internationales Ansehen wahren.³⁸⁸ Darüber hinaus war für die proeuropäische Haltung Van der Bellens bei dieser Regierungsbildung sein vormaliger politischer Werdegang als Grünen-Chef und seine damit verbundene Positionierung als liberaler, weltoffener, überzeugter Europäer und EU-Befürworter im Bundespräsidentenwahlkampf 2016 ausschlaggebend.³⁸⁹

5.5. Heinz Fischer – Regierungsbildung 2013

Bei den Nationalratswahlen 2013 kam es zu einem Erstarken vor allem der FPÖ und durch den Einzug zweier weiterer Parteien in den Nationalrat, nämlich des TS und der NEOS, zu einer weiteren Zersplitterung der Parteienlandschaft und zu einem Sechs-Parteien-Parlament. Andererseits fiel das BZÖ aus dem Nationalrat, womit das rechte Lager als Ganzes geschwächt wurde. Das Wahlergebnis war recht eindeutig, die SPÖ landete mit rund 27% klar vor der ÖVP mit 24%, die FPÖ mit ca. 20% wurde dritte, die Grünen mit 12% deutlich dahinter vierte Kraft und TS und NEOS belegten mit 6% bzw. 5% die hinteren Plätze. Damit gingen sich zwei Zweierkoalitionen aus, nämlich die Große Koalition und eine SPÖ/FPÖ-Regierung, die von Faymann jedoch ausgeschlossen wurde. Dreierkoalitionen waren diesmal nicht realistisch. Daher ging es 2013 viel deutlicher in Richtung Großer Koalition als in früheren Jahren. Auch die beiden Parteien richteten sich auf eine Fortsetzung einer Großen Koalition ein.³⁹⁰

Fischers Rolle war aufgrund des eindeutigen Wahlergebnisses daher kleiner als bei seinen ersten beiden Regierungsbildungen. Er führte abgesehen von den regelmäßigen Informationsgesprächen deutlich weniger Gespräche, in denen er vermittelnd tätig werden musste. Stattdessen nahmen die Verhandler das Heft selbst in die Hand und es gab weitaus reibungslosere Verhandlungen als 2006 und 2008. Einzig mit ÖVP-Chef Spindelegger gab es ein Gespräch, in dem es um inhaltliche Differenzen zwischen SPÖ und ÖVP ging, doch diese waren schnell ausgeräumt. Auch in seinen öffentlichen Äußerungen machte Fischer neben inhaltlichen Wünschen, vor allem zeitlichen Druck bis Weihnachten, eine Regierung zustande zu bringen, was die Verhandler auch einhielten, denn am 16. Dezember kam es zur Angelobung.

³⁸⁸ Vgl. *ORF* (1.2.2018), ZIB2-Interview mit Alexander Van der Bellen; Vgl. *Khol*, Experten-Interview.

³⁸⁹ Vgl. *Höbelt*, Experten-Interview; Vgl. *ORF* (19.5.2016), Wahl 16 - Das Duell. Hofer-Van der Bellen; Vgl. *ORF* (1.12.2016), Wahl 16 - Das Duell. Hofer-Van der Bellen.

³⁹⁰ Vgl. *Khol*, Experten-Interview.

Auch Ministerkandidaten verweigerte Fischer in diesem Jahr keine, jedoch führte er eine weitere Neuerung im Prozedere der Ministerkandidaten-Prüfung ein. Er verlangte mit jedem Ministerkandidaten, der vorher noch nie Minister war, ein Gespräch zum Kennenlernen.³⁹¹

Fischers geschmälerte Rolle 2013 ist auf die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse und auf die Große Koalition als einzig politisch mögliche Zweierkoalitionsvariante zurückzuführen. Eine Dreierkoalition stand diesmal von keiner Seite her im Raum. Ausschlaggebend war auch, dass sich die SPÖ und dann auch die ÖVP recht schnell auf eine Fortsetzung der Koalition festlegten.³⁹²

5.6. Thomas Klestil – Regierungsbildung 2002/03

Im Gegensatz zur Regierungsbildung 1999/2000 spielte Klestil 2002/03 eine weitaus geringere Rolle. Es kam bei den Wahlen 2002 nämlich zu starken Verlusten der FPÖ, sie fiel von knapp 27% auf 10%, die ÖVP war der Wahlgewinner und Sieger schlechthin, sie konnte mit einem Gewinn von 16% 42% erlangen und die SPÖ konnte leicht zulegen und kam auf rund 36%. Die Grünen landeten mit 9,5% hinter der FPÖ. Es handelte sich damit um ein sehr eindeutiges Wahlergebnis mit Stärkeverhältnissen wie in den späten 80er Jahren. Das Vier-Parteien-Parlament blieb bestehen. Es gingen sich damit drei Zweierkoalitionen, jeweils die ÖVP mit einer der anderen Parteien aus. Vorzeitige Festlegungen der Parteien und dadurch folgende Pattsituationen wie 1999/2000 gab es diesmal nicht. Die ÖVP war bereit, mit allen anderen drei Parteien zu verhandeln und umgekehrt auch.

Nicht Klestil als Bundespräsident, sondern Schüssel als bisheriger und zukünftiger Bundeskanzler nahm das Heft in die Hand. Klestil vergab aufgrund des eindeutigen Ergebnisses gleich zwei Tage nach der Wahl den Regierungsbildungsauftrag an Schüssel. Klestil ordnete diesmal keine Sondierungsgespräche an, dennoch gab es zwei Monate lang unverbindliche Sondierungen, die aber auf Schüssel und die ÖVP zurückgingen. Die Kanzlerpartei wollte zuerst unverbindlich ausloten, mit welcher Partei es Grundlagen für eine Zusammenarbeit gab. Klestil führte zwar regelmäßige Gespräche, in denen er eine Große Koalition voranzutreiben versuchte, musste aber keine vermittelnden und problemlösenden Gespräche wie 1999/2000 führen. In seinen öffentlichen Äußerungen forderte Klestil eine breite und stabile Regierung und meinte damit eine Große Koalition. Ab Ende Jänner 2003 machte Klestil zeitlichen Druck und äußerte öffentlich in deutlicher Form, dass Schüssel endlich zu einem Ende der Verhandlungen kommen sollte. Schüssel hielt sich daran und bildete nach Verhandlungen mit

³⁹¹ Vgl. *Frölichsthal*, Einige verfassungsrechtliche Kompetenzen, 51; Vgl. *Kleine Zeitung* (1.12.2013), Hearing in der Hofburg, 6.

³⁹² Vgl. *Khol*, Experten-Interview.

den Grünen und der SPÖ letztendlich wieder eine schwarz/blau Regierung. Ministerkandidaten verweigerte er diesmal keine und nach Vorlage der Ministerliste fand noch am selben Tag, dem 28. Februar 2003 die Angelobung statt. Klestil konnte sich mit seinem Wunsch einer Großen Koalition wiederum nicht durchsetzen.

Klestils geschmälerte Rolle ist auf das eindeutige Wahlergebnis und die dadurch erfolgte Stärkung der ÖVP und Schwächung der FPÖ zurückzuführen. Auch gab es diesmal keinerlei angekündigte negative Reaktionen oder gar Sanktionen des Auslandes.³⁹³ Klestils Spielraum war durch die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat deutlich eingeschränkt und er konnte durch öffentliche Appelle lediglich das Tempo der Regierungsbildung bestimmen.³⁹⁴

5.7. Thomas Klestil – Regierungsbildungen 1994 und 1995/96

Klestils Regierungsbildungen Mitte der 90er Jahre waren jeweils geprägt von eindeutigen Wahlergebnissen und einem Erstarken der FPÖ zur Mittelpartei. Zudem kam es 1994 mit dem Einzug des LIFs erstmals zu einem Fünf-Parteien-Parlament. In beiden Jahren gingen sich drei Zweierkoalitionen aus, nämlich die Große Koalition, Schwarz/Blau und Rot/Blau. Letzteres wurde von Vranitzky ausgeschlossen und Schwarz/Blau wurde vor allem 1995 unter ÖVP-Obmann Schüssel von manchen in der ÖVP ins Spiel gebracht. 1994 unter Busek war Schwarz/Blau kein Thema.

Klestil spielte 1994 und 1995 zwar eine etwas größere Rolle als Waldheim zuvor, musste aber wie bei späteren Regierungsbildungen keine Pattstellungen auflösen und somit nicht vermittelnd tätig werden. Vor allem 1994 nahmen die Parteien das Heft selbst in die Hand und Klestil musste nur die regelmäßigen Informationsgespräche mit Vranitzky und Busek führen. Einmal versuchte Busek durch ein Gespräch mit Klestil und der Androhung einer ÖVP-Minderheitsregierung, Druck auf die SPÖ auszuüben, doch sehr schnell einigten sich die beiden Parteien dann auf eine Große Koalition. Mit öffentlichen Äußerungen sparte Klestil 1994 und äußerte nicht einmal eine Wunschkoalition.³⁹⁵ Minister verweigerte Klestil keine und die Regierung wurde Ende November 1994 angelobt. 1995 führte Klestil dadurch, dass Schwarz/Blau von einzelnen in der ÖVP nicht ausgeschlossen wurde und dadurch verbundene mögliche außenpolitische Reaktionen denkbar waren, mehr Gespräche, in denen er die Große Koalition vorantrieb und Schwarz/Blau vermeiden wollte. Auch in seinen öffentlichen Äußerungen sprach sich der Bundespräsident diesmal, wenn auch nicht wörtlich, so aber klar

³⁹³ Vgl. *Schüssel*, Offengelegt, 206.

³⁹⁴ Vgl. *Höbelt*, Experten-Interview; Vgl. *Khol*, Experten-Interview; Vgl. *Dolomiten* (30.1.2003), Klestil will Entscheidung Schüssels, 2.

³⁹⁵ Vgl. *APA* (14.10.1994), Bundespräsident betraut Dr. Vranitzky mit der Regierungsbildung.

für eine Große Koalition aus.³⁹⁶ Zur Verweigerung von Ministerkandidaten kam es in beiden Jahren nicht. Den Regierungsbildungsauftrag erteilte Klestil in beiden Jahren wenige Tage nach der Wahl dem Obmann der mandatsstärksten Partei.

Zusammenfassend gesagt war Klestils Rolle durch eine etwas größere Wahrscheinlichkeit für Schwarz/Blau unter der Schüssel-ÖVP 1995 etwas größer als 1994, als Busek von vornherein die Große Koalition mit der SPÖ fortsetzen wollte. 1995 übte Klestil durch die erstarkte FPÖ und einer nicht unmöglichen ÖVP/FPÖ-Regierung seine Rolle vor allem durch Gespräche und öffentliche Appelle für eine Große Koalition deutlicher aus als 1994. Doch in beiden Jahren war die Rolle Klestils kleiner als bei den Regierungsbildungen ab 1999/2000.³⁹⁷ Klestils Rolle hing 1994 und 1995/96 somit von den Stärkeverhältnissen der Parteien und damit verbunden auch etwaiger Reaktionen des Auslandes auf eine FPÖ-Regierungsbeteiligung, aber auch von den Festlegungen der ÖVP ab.³⁹⁸

5.8. Kurt Waldheim – Regierungsbildungen 1986/87 und 1990

Die beiden Regierungsbildungen Waldheims sind unterschiedlich zu beurteilen. 1986 spielte Waldheim eine etwas größere Rolle als 1990. 1986 kam es zum erstmaligen Erstarken der FPÖ unter ihrem neuen Obmann Jörg Haider und zum Einzug der Grünen in den Nationalrat als vierte Partei. Das Wahlergebnis war recht knapp, denn entgegen den Erwartungen der ÖVP landete diese mit rund 41% knapp hinter der SPÖ, die 43% errang. Die FPÖ kam auf knapp 10% und die Grünen auf knapp 5%. Damit waren drei Zweierkoalitionen möglich, nämlich eine Große Koalition aus SPÖ und ÖVP, eine nicht unrealistische schwarz/blau Koalition und eine von der SPÖ ausgeschlossene SPÖ/FPÖ-Regierung. Die SPÖ wollte eine Große Koalition bilden, doch Teile der ÖVP und deren Chef Mock schlossen ein Zusammengehen mit der FPÖ nicht dezidiert aus. In dieser Situation trieb Waldheim vor allem durch öffentliche Stellungnahmen seinen Wunsch nach einer Großen Koalition voran. Er wollte aufgrund der Debatte um seine Kriegsvergangenheit im Bundespräsidentenwahlkampf 1986 die Bildung einer schwarz/blauen Regierung mit FPÖ-Beteiligung, damit verbundene mögliche weitere Debatten und negative Reaktionen des Auslandes vermeiden und das internationale Ansehen Österreichs wahren.³⁹⁹ Waldheim war zudem eine Persönlichkeit, die möglichst kein Aufsehen erregen wollte und auch aus diesem Grund eine Große Koalition einer schwarz/blauen Regierung vorzog.⁴⁰⁰ Abseits der regelmäßigen Informationsgespräche mit Vranitzky und

³⁹⁶ Vgl. APA (15.1.1996), Klestil: „Kein Tag darf verloren werden“.

³⁹⁷ Vgl. Höbelt, Experten-Interview; Vgl. Khol, Experten-Interview.

³⁹⁸ Vgl. ebd.

³⁹⁹ Vgl. Hartmann/Kempf, Staatsoberhäupter, 137.

⁴⁰⁰ Vgl. Höbelt, Experten-Interview; Vgl. Khol, Experten-Interview.

Mock musste Waldheim keine entscheidenden, vermittelnden Gespräche führen. Den Regierungsbildungsauftrag vergab Waldheim kurz nach der Wahl an den Obmann der mandatsstärksten Partei und er verweigerte keine Ministerkandidaten.

1990 gab es ein sehr eindeutiges Wahlergebnis, wo die SPÖ 10% vor der ÖVP lag, die FPÖ deutlich zulegen konnte und die Grünen stagnierten. Wieder waren die gleichen Koalitionsvarianten wie 1986 möglich und Schwarz/Blau nicht ganz auszuschließen. Dennoch legten sich SPÖ und ÖVP recht schnell auf eine Fortsetzung der Großen Koalition fest.⁴⁰¹ Waldheim führte wenige Gespräche, drängte in einem dieser wenigen Gespräche die Spitzen der verhandelnden Parteien, möglichst schnell eine Große Koalition zu bilden. Öffentliche Äußerungen waren 1990 von Waldheim seltener. Den Auftrag zur Regierungsbildung vergab er knapp nach der Wahl an Vranitzky und Ministerkandidaten verweigerte er keine.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass Waldheim 1986 durch sein Eintreten für eine Große Koalition in seinen öffentlichen Äußerungen eine etwas größere Rolle spielte, was am Erstarken und einer damit möglichen Regierungsbeteiligung der Haider-FPÖ lag. Damit verbunden wollte er nach den kontroversen Debatten um seine Person weitere negative Reaktionen des Auslandes auf eine FPÖ-Regierungsbeteiligung verhindern. 1990 bemühte er sich aus denselben Gründen, eine Große Koalition zu bilden, spielte dabei aber eine geringere Rolle. Vor allem 1990 trieb Waldheim nur jene Regierungskoalition voran, auf die sich die beiden Parteien ohnehin schon einigten. Verglichen mit späteren Regierungsbildungen spielte Waldheim sowohl 1986 als auch 1990 aufgrund noch zwei sehr kleiner Kleinparteien, 1990 auch wegen dem eindeutigen Wahlergebnis und den Festlegungen der Parteien, aber auch aufgrund seiner zurückhaltenden und keine konkreten Positionen einnehmenden Persönlichkeitsstruktur eine geringere Rolle als spätere Bundespräsidenten.⁴⁰²

⁴⁰¹ Vgl. ebd; Vgl. Höbelt, Experten-Interview.

⁴⁰² Vgl. ebd; Vgl. Khol, Experten-Interview; Vgl. Welan, Experten-Interview; Vgl. Vranitzky, Politische Erinnerungen, 168.

6. Fazit

Zusammenfassend ist zu erkennen, dass immer in Jahren, in denen vormalige Kleinparteien erstarkten und es zu sehr knappen Wahlergebnissen kam, der Bundespräsidenten eine besonders große Rolle spielte. Die Regierungsbildungen, in denen die Bundespräsidenten die größte Rolle spielten, fanden alle nach 1999 statt, in Zeiten eines in vier, fünf und sechs Parteien zersplitterten Nationalrates, in Zeiten von spontanen und unerwarteten Wählerbewegungen und damit oft knappen und überraschenden Wahlergebnissen.

Bestes Beispiel ist die Regierungsbildung 1999/2000 als die vormalige Kleinpartei FPÖ zur zweiten Kraft aufstieg, damit zur Mittelpartei wurde, während die beiden großen Traditionsparteien stark verloren und die ÖVP gar auf den dritten Platz fiel. Die FPÖ errang nur sehr knapp und für viele überraschend den zweiten Platz. In dieser Situation spielte Klestil bei der darauffolgenden Regierungsbildung seine präsidiale Macht aus. Zwar konnte er seine Wunschkoalition aus SPÖ und ÖVP und damit ein Verhindern einer schwarz/blauen Regierung nicht durchsetzen und musste gegen seinen Willen die Schüssel/Riess-Passer-Regierung angeloben, doch er führte beispielsweise die Tradition der unverbindlichen Sondierungsgespräche ein. Durch diese Sondierungsgespräche, die dazu dienten, die verhärteten Fronten und starren Festlegungen der Parteien zu durchbrechen, erreichte Klestil, dass sich die ÖVP trotz Oppositionsansage dann doch bereitfand, in Regierungsverhandlungen mit der SPÖ einzutreten. Sondierungsgespräche wurden nach 2000 zur Usance und wurden meist auch ohne Zutun des Präsidenten von den Parteien von sich aus geführt. Auch war Klestil der einzige Bundespräsident seit 1986, der 1999/2000 zweimal einen Regierungsbildungsauftrag vergab. Nachdem die Große Koalition scheiterte, beauftragte er Klima mit der Bildung einer SPÖ-Minderheitsregierung. Klestil wirkte 2000 außerdem wie kein anderer Bundespräsident auf die personelle Zusammensetzung der Regierung ein und verweigerte zwei FPÖ-Ministerkandidaten aufgrund umstrittener Aussagen. Schließlich erreichte Klestil Änderungen am Regierungsprogramm und ein Bekenntnis der Regierung zu den Grundwerten der EU und der Demokratie in Form einer zu unterschreibenden Präambel. Klestil setzte durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ und den dadurch erfolgten negativen Reaktionen des Auslandes ganz deutliche Akzente.

Ein anderes Beispiel für eine große Rolle eines Bundespräsidenten bei Regierungsbildungen war Heinz Fischer in den Jahren 2006 und 2008 als es zu einem Erstarken der beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ und es durch den Einzug des BZÖ in den Nationalrat zu einem Fünf-Parteien-Parlament kam. 2006 war das Wahlergebnis sehr knapp und 2008 waren die Mehrheitsverhältnisse etwas eindeutiger, aber die Rechtsparteien gleichzeitig noch

mehr gestärkt. Fischer konnte in beiden Jahren durch regelmäßige Gespräche und vermittelnde Zusammenkünfte mit den verhandelnden Parteien sowie vor allem durch öffentliche Äußerungen Pattstellungen auflösen und seine Wunschkoalition aus SPÖ und ÖVP vorantreiben bzw. letztlich auch durchsetzen. Auch bei seinen zeitlichen Vorgaben konnte Fischer sich durchsetzen und die Regierungen konnten fristgerecht angelobt werden. Bei der Vergabe des Regierungsbildungsauftrages ließ sich Fischer jedes Mal mehr Zeit und wartete das endgültige amtliche Wahlergebnis ab. Schließlich änderte Fischer in beiden Jahren das Prozedere der Ministerkandidaten-Prüfung dahingehend, dass er verlangte, dass ihm die Ministerliste mindestens zwei Tage vor der Angelobung vorgelegt werden muss, um die Kandidaten eingehend zu prüfen.

Ein weiteres Beispiel, das die eingangs aufgestellten Thesen bestätigt, ist die Regierungsbildung Van der Bellen 2017, als es zu einem Erstarken der FPÖ und einem knappen Wahlergebnis zwischen der zweiten und dritten Kraft, SPÖ und FPÖ sowie zu einem Aufstieg der ÖVP zur stärksten Partei kam. Van der Bellen musste zwar zusehen wie eine von ihm nicht präferierte Koalition zwischen ÖVP und FPÖ zustande kam, aber gerade deswegen versuchte er maßgeblichen Einfluss auf die Regierungsbildung auszuüben. Van der Bellen konnte verhindern, dass das Innen- und das Justizministerium gleichzeitig in FPÖ-Hand fielen, er erreichte, dass dem FPÖ-Innenminister eine ÖVP-Staatssekretärin beigeordnet wurde, er erzielte die Installierung einer parteifreien Außenministerin und er gab im Vorfeld bekannt, welche FPÖ-Politiker er nicht in der Regierung haben wollte, woran sich die Partei auch hielt. Zudem setzte er sich bei der zeitlichen Vorgabe einer Regierungsangelobung vor Weihnachten durch und er setzte die Usance der Kennenlern-Gespräche mit Ministerkandidaten, die vorher noch nie Minister waren, fort. Schließlich hielten sich die Koalitionsparteien auch an die inhaltliche Vorgabe des Bundespräsidenten, eine proeuropäische Regierung zu bilden. Van der Bellen konnte damit sehr wesentlich die personelle Zusammensetzung und die inhaltliche Ausrichtung in europapolitischen Fragen beeinflussen.

Andererseits konnten Bundespräsidenten in Jahren, in denen das Parteiensystem von den zwei starken, großen Traditionsparteien und nur sehr kleinen Kleinparteien geprägt waren sowie in Jahren von eindeutigen Wahlergebnissen ihre Rolle nicht so extensiv ausüben. 1990 und vor allem 1994 gab es jeweils sehr eindeutige Wahlergebnisse und auch recht eindeutige Festlegungen der Parteien, die Große Koalition fortzusetzen. Zwar gab es jeweils die Möglichkeit einer schwarz/blauen Regierung, doch diese Variante wurde in der ÖVP nur vereinzelt gewollt. Die Parteiführungen wollten die SPÖ/ÖVP-Koalition weiterführen. Daher konnten Waldheim und Klestil in diesen Jahren im Wesentlichen nur die Koalition vorantreiben, die sich ohnehin herausbildete. 1986 und 1995 unter den ÖVP-Obleuten Mock

und Schüssel stand aufgrund der Stärkung der FPÖ eine schwarz/blau Koalition realistischer im Raum, weswegen Waldheim und Klesstil im Vergleich zu 1990 und 1994 eine etwas größere Rolle spielten und in ihren öffentlichen Äußerungen deutlicher eine Große Koalition wünschten. In beiden Jahren, aber besonders 1986 wollten die Bundespräsidenten mit ihrem Entstehen für eine Große Koalition zudem mögliche negative internationale Reaktionen vermeiden und das Ansehen Österreichs in der Welt wahren. In beiden Fällen wurde vor allem durch den Willen der beiden Parteien eine Große Koalition gebildet, was letztlich im Einklang mit dem Willen der Bundespräsidenten stand.

2002 ist ein Paradebeispiel dafür, dass sich die Möglichkeiten und Spielräume eines Bundespräsidenten bei einem eindeutigen Wahlergebnis, bei dem die FPÖ stark geschwächt wurde und es nur ein Vier-Parteien-Parlament gab, stärker eingeschränkt sind. 2002 erlangte die ÖVP durch enorme Zugewinne klar den ersten Platz vor der SPÖ und die FPÖ verlor stark. Dadurch gab es zwar einige Koalitionsmöglichkeiten, aber durch die starke Stellung der ÖVP und Schüssels in diesem Jahr, nahm dieser und nicht Bundespräsident Klesstil das Heft in die Hand. Klesstil bestimmte in diesem Jahr nur das Tempo der Regierungsbildung, musste aber wiederum eine von ihm nicht gewollte ÖVP/FPÖ-Regierung angeloben. Weitere Maßnahmen im Bereich Regierungsbildungsauftrag oder Ministerkandidaten-Verweigerungen erfolgten von Klesstil in diesem Jahr nicht.

Betrachtet man die ausschlaggebenden Gründe für die Rolle eines österreichischen Bundespräsidenten bei Regierungsbildungen, so kann man feststellen, dass vor allem die Stärke vormaliger Kleinparteien und hier wiederum der FPÖ bzw. insgesamt des Dritten Lagers, aber auch die Knappheit der Wahlergebnisse für die Rolle des Bundespräsidenten verantwortlich sind. In zweiter Linie ist auch die Anzahl der Parteien im Nationalrat ausschlaggebend, denn bei einem Vier- oder gar Fünf-Parteien-Nationalrat sind meist mehrere Zweier- oder auch Dreierkoalitionen möglich. Natürlich sind in diesem Zusammenhang auch die Festlegungen der Parteien ausschlaggebend, welche Regierungskoalitionen tatsächlich politisch möglich sind. So waren 1999/2000 zwar rechnerisch drei Zweierkoalitionen möglich, doch durch die Festlegungen der Parteien wie der ÖVP, als dritte in Opposition zu gehen, und der SPÖ, keine Koalition mit der FPÖ bilden zu wollen, waren die realistischen, politisch möglichen Koalitionsvarianten eingeschränkt. Das wiederum erweiterte die Möglichkeiten des Bundespräsidenten. Umgekehrt legten sich 2002 die Parteien nicht fest und alle rechnerischen Zweierkoalitionen waren auch politisch möglich. Das schälerte den Spielraum des Bundespräsidenten. Bei der Betrachtung der Rolle des Bundespräsidenten muss man also auch immer die Haltungen, Positionierungen und Festlegungen der einzelnen Parteien berücksichtigen.

Auch die einzelnen Persönlichkeiten an der Spitze der Parteien sind ausschlaggebend für die Rolle des Bundespräsidenten. Die SPÖ-Obleute Vranitzky, Klima, Gusenbauer und Faymann legten sich immer auf eine Große Koalition fest und lehnten Rot/Blau ab. Unter den ÖVP-Chefs Riegler und Busek war ziemlich schnell klar, dass eine Große Koalition fortgesetzt werden wird. Vor allem Busek war für eine schwarz/blau-Regierung nicht zu haben. Dadurch war die Rolle Waldheims und Klestil 1990 und 1994 sehr beschränkt. Im Gegensatz dazu, unter Mock, Schüssel, Kurz aber auch unter Molterer und Pröll stand immer die realistische Möglichkeit einer Bildung einer schwarz/blauen bzw. schwarz/blau/orangen Regierung im Raum. In diesen Jahren konnten Klestil, Fischer und Van der Bellen ihre Rolle stärker betonen.

Ebenfalls ausschlaggebend für die Rolle des Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen sind die persönlichen und politischen Karrierewege der Bundespräsidenten und damit verbunden auch die Haltung des Auslandes zu einer österreichischen Bundesregierung. Vor allem der Außenpolitiker und vormalige Diplomat Klestil wusste um internationale Reaktionen auf eine FPÖ-Regierungsbeteiligung Bescheid und versuchte daher stets eine Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen zu verhindern.⁴⁰³ Durch dieses Ziel, eine FPÖ-Regierungsbeteiligung zu verhindern und das Ansehen Österreichs im Ausland zu wahren, legte er seine Rolle 1999/2000 sehr stark an und konnte zwar eine schwarz/blau-Regierung nicht verhindern, setzte aber doch Maßnahmen wie die Verweigerung zweier Ministerkandidaten oder die Präambel, die er unter anderen Umständen höchstwahrscheinlich nicht gesetzt hätte. Bei Fischer wiederum war es seine langjährige Tätigkeit als Parlamentarier, die ihn dazu veranlasste, eine Regierungskoalition mit den beiden stärksten Parteien SPÖ und ÖVP anzustreben. Sein Ziel war eine Regierung mit einer breiten und stabilen Mehrheit im Parlament.⁴⁰⁴ Bei Fischer, der aus dem Zentrum der SPÖ kam, aber auch bei Van der Bellen, der langjähriger Grünen-Chef war, spielten die politische Überzeugung und die vormalige Parteimitgliedschaft ebenfalls eine Rolle.⁴⁰⁵ Es war zumindest kein Nachteil für die SPÖ bei den Regierungsverhandlungen 2006 und 2008, dass sie einen Parteimann in der Hofburg hatten, denn Fischers Haltung ging immer in Richtung weltoffener, EU-orientierter, SPÖ-geführter Großer Koalition. Van der Bellen musste zwar eine schwarz/blau-Regierung angeloben, aber durch seine liberale, weltoffene Haltung als vormaliger Grünen und als überzeugter Europäer und EU-Befürworter nahm er deutlichen Einfluss dahingehend, dass die Regierung eine proeuropäische und die Menschenrechte

⁴⁰³ Vgl. *Welan*, Experten-Interview.

⁴⁰⁴ Vgl. *Höbelt*, Experten-Interview.

⁴⁰⁵ Vgl. *Khol*, Experten-Interview; Vgl. *ORF* (1.2.2018), ZIB2-Interview mit Alexander Van der Bellen; Vgl. *ORF* (19.5.2016), Wahl 16 - Das Duell. Hofer-Van der Bellen; Vgl. *ORF* (1.12.2016), Wahl 16 - Das Duell. Hofer-Van der Bellen.

achtende Orientierung einnahm. Bei Klestil, der im Gegensatz zu Fischer nicht aus dem Zentrum der Partei, die ihn in die Hofburg brachte, nämlich der ÖVP, kam, war die Parteimitgliedschaft hingegen nicht ausschlaggebend, denn unter der Obmannschaft Schüssels kühlte sich das Verhältnis Klestils zur ÖVP deutlich ab. Das zeigte sich auch bei den Regierungsbildungen 1999/2000 und 2002, als Klestil nicht etwa eine Regierung unter ÖVP-Führung wollte, sondern zumindest 1999/2000 eine SPÖ-geführte Große Koalition anstrebte und SPÖ-Chef Klima zwei Mal den Regierungsbildungsauftrag erteilte. Zwischen Klestil und Schüssel herrschte eine persönliche Antipathie und auch viele andere ÖVP-Exponenten verübelten Klestil sein Verhalten bei der Regierungsbildung 1999/2000. Umgekehrt verübelte Klestil der ÖVP, dass diese 2000 ohne seinen Auftrag eine Regierung mit der von ihm nicht gewollten FPÖ bildete.⁴⁰⁶

Kurz gesagt, der Bundespräsident spielte bei Regierungsbildungen immer dann eine große Rolle, wenn die vormaligen Großparteien geschwächt, Kleinparteien, hier vor allem die FPÖ und das Dritte Lager, gestärkt wurden, wenn knappe Wahlergebnisse vorhanden waren, wenn die Festlegungen der Parteien und ihrer Exponenten zu Pattsituationen führten und wenn negative Reaktionen des Auslandes zu befürchten waren.⁴⁰⁷ Sowohl die Parteienverhältnisse im Nationalrat als auch die Wahlergebnisse beeinflussten also die Rolle des Bundespräsidenten bei der Regierungsbildung. Die beiden eingangs gestellten Forschungsfragen können somit mit Ja beantwortet und die Forschungsthese als bestätigt betrachtet werden.

⁴⁰⁶ Vgl. Höbelt, Experten-Interview; Vgl. Welan, Experten-Interview.

⁴⁰⁷ Vgl. ebd.

Literaturverzeichnis

Ludwig Adamovich/Franz Cede/Christian Prosl (2017), Einleitung. In: Ludwig Adamovich/Franz Cede/Christian Prosl (Hgg.), *Der österreichische Bundespräsident. Das unterschätzte Amt*, Innsbruck: Studienverlag, 9-11.

Wilhelm Brauner (2009), *Österreichische Verfassungsgeschichte*, 11. Auflage, Wien: Manz.

Günther R. Burkert-Dottolo (2000), Die Regierungsbildung 1999/2000. In: Günther R. Burkert-Dottolo/Bernhard Moser (Hgg.), *Die Regierungsbildung in Österreich 1999/2000. Anatomie eines Wechsels*, Wien: Eigenverlag der Politischen Akademie, 23-60.

David F. J. Campbell (1995), Fred Sinowatz. In: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Wolfgang C. Müller (Hgg.), *Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik*, Wien: Manz, 520-532.

Thomas Chorherr (2005), *Eine kurze Geschichte der ÖVP*, Wien: Ueberreuter.

Christian Dickinger (1999), *Der Bundespräsident im politischen System Österreichs*, Innsbruck/Wien: Studienverlag.

Christian Dickinger (2000), *Österreichs Präsidenten. Von Karl Renner bis Thomas Klestil*, Wien: Kremayr & Scheriau.

Nikolaus Dimmel/Alfred J. Noll (2017), Woher?-Wohin?. Über den Einzug der „Liste Peter Pilz“ in den Nationalrat. In: Thomas Hofer/Barbara Tóth (Hgg.), *Wahl 2017. Loser, Leaks & Leadership*, Wien: Ärzte Verlag, 102-117.

Nikola Donig/Elmar Pichl (2008), Von „Es reicht!“ bis „Faynachtsmann“. In: Thomas Hofer/Barbara Tóth (Hgg.), *Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen*, Wien/Graz/Klagenfurt: Molden Verlag, 46-54.

Gerhard Feltl/Eugen Semrau (1992), Persönlichkeit und Image. Gründe und Hintergründe der Wahl von Thomas Klestil zum österreichischen Bundespräsidenten. In: Andreas Khol/Günther Ofner/Alfred Stirnemann (Hgg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 287-301.

Heinz Fischer (2017), Gedanken zum Amt des Bundespräsidenten. In: Ludwig Adamovich/Franz Cede/Christian Prosl (Hgg.), *Der österreichische Bundespräsident. Das unterschätzte Amt*, Innsbruck: Studienverlag, 17-35.

Georg Frölichsthal (2017), Einige verfassungsrechtliche Kompetenzen des Bundespräsidenten in der Praxis. In: Ludwig Adamovich/Franz Cede/Christian Prosl (Hgg.), *Der österreichische Bundespräsident. Das unterschätzte Amt*, Innsbruck: Studienverlag, 50-67.

Tillmann Fuchs (2014), „Gott lacht über Pläne“. In: Thomas Hofer/Barbara Tóth (Hgg.), *Wahl 2013. Macht. Medien. Milliardäre*, 2. Auflage, Wien: Lit Verlag, 83-94.

Christoph Grabenwarter/Brigitte Ohms (Hgg.) (2014), *B-VG. Bundes-Verfassungsgesetz mit Nebenverfassungsrecht*, 13. Auflage, Wien: Manz.

Jürgen *Hartmann*/Udo *Kempf* (2011), *Staatsoberhäupter in der Demokratie*, Wiesbaden: VS Verlag.

Thomas *Hofer* (2014), Von Mäusen und Milliardären. In: Thomas *Hofer*/Barbara *Tóth* (Hgg.), *Wahl 2013. Macht. Medien. Milliardäre*, 2. Auflage, Wien: Lit Verlag, 5-36.

Thomas *Hofer* (2017), Wahlkampf auf der schiefen Ebene. In: Thomas *Hofer*/Barbara *Tóth* (Hgg.), *Wahl 2017. Loser, Leaks & Leadership*, Wien: Ärzte Verlag, 8-49.

Nina *Horaczek*/Claudia *Reiterer* (2009), *HC Strache. Sein Aufstieg. Seine Hintermänner. Seine Feinde*, Wien: Ueberreuter.

Elisabeth *Horvath* (2009), *Heinz Fischer. Die Biographie*, Wien: Kremayr & Scheriau.

Elisabeth *Horvath* (2017), Das Amtsverständnis einiger bisheriger Amtsträger – eine journalistische Betrachtung. In: Ludwig *Adamovich*/Franz *Cede*/Christian *Prosl* (Hgg.), *Der österreichische Bundespräsident. Das unterschätzte Amt*, Innsbruck: Studienverlag, 121-131.

Andreas *Khol* (2013), Verspielte Chancen – die Regierungsbildung 2003. In: Brigitte *Bierlein*/Heinrich *Neißer*/Klaus *Poier* (Hgg.), *Über die Pflicht, ein Optimist zu sein*, Graz: Styria Premium Verlag, 41-65.

Kurt Richard *Luther* (1995), Norbert Steger. In: Herbert *Dachs*/Peter *Gerlich*/Wolfgang C. *Müller* (Hgg.), *Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik*, Wien: Manz, 548-557.

Lutz *Mehlhorn* (2010), *Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich*, Baden-Baden: Nomos.

Christian *Moser* (2013), Die Koalitionsbildung. Eine Chronologie. In: Andreas *Khol*/Günther *Ofner*/Stefan *Karner*/Dietmar *Halper* (Hgg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, 133-145.

Wolfgang C. *Müller* (1988), Die neue große Koalition in Österreich. In: *ÖZP*, Heft 4, 1988, 321-347.

Wolfgang C. *Müller* (2006), Der Bundespräsident. In: Herbert *Dachs*/Peter *Gerlich*/Herbert *Gottweis*/Helmut *Kramer*/Volkmar *Lauber*/Wolfgang C. *Müller*/Emmerich *Tálos* (Hgg.), *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien: Manz, 188-200.

Theo *Öhlinger*/Harald *Eberhard* (2012), *Verfassungsrecht*, 9. Auflage, Wien: Facultas.

Anton *Pelinka* (1995), Kurt Waldheim. In: Herbert *Dachs*/Peter *Gerlich*/Wolfgang C. *Müller* (Hgg.), *Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik*, Wien: Manz, 586-593.

Anton *Pelinka*/Sieglinde *Rosenberger* (2007), *Österreichische Politik. Grundlagen. Strukturen. Trends*, 3. Auflage, Wien: Facultas.

Peter *Pelinka* (2003), *Wolfgang Schüssel. Eine politische Biographie*, Wien: Ueberreuter.

Peter *Pelinka* (2005), *Eine kurze Geschichte der SPÖ*, Wien: Ueberreuter.

Elmar *Pichl* (2007), Vom Wähler als erste Kraft gefühlt, heißt noch lange nicht gewählt. In: Thomas *Hofer*/Barbara *Tóth* (Hgg.), Wahl 2006. Kanzler. Kampagnen. Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl, Wien/Berlin: Lit Verlag, 47-56.

Oliver *Rathkolb* (2015), Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015, Wien: Paul Zsolnay Verlag.

Oliver *Rathkolb* (2015), Die Zweite Republik seit 1945. In: Thomas *Winkelbauer* (Hg.), Geschichte Österreichs, Stuttgart: Reclam, 525-594.

Manfried *Rauchensteiner* (2017), Unter Beobachtung. Österreich seit 1918, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag.

Wolfgang *Schüssel* (2008), Offengelegt, Salzburg: Ecowin.

Matthias *Strolz* (2014), Eine pralle Mischung aus Idealismus und Professionalität. In: Thomas *Hofer*/Barbara *Tóth* (Hgg.), Wahl 2013. Macht. Medien. Milliardäre, 2. Auflage, Wien: Lit Verlag, 95-106.

Karl *Ucakar*/Stefan *Gschiegl*/Marcelo *Jenny* (2017), Das politische System Österreichs und die EU, 5. Auflage, Wien: Facultas.

Karl *Vocelka* (2002), Geschichte Österreichs. Kultur. Gesellschaft. Politik, 7. Auflage, München: Wilhelm Heyne Verlag.

Franz *Vranitzky* (2004), Politische Erinnerungen, Wien: Paul Zsolnay Verlag.

Franz *Vranitzky* (2017), Zurück zum Respekt. Überleben in einer chaotischen Welt, Wien: Edition A.

Kurt *Waldheim* (1996), Die Antwort, 2., durchgesehene Auflage, Wien/München: Amalthea.

Manfried *Welan* (1992), Der Bundespräsident. Kein Kaiser in der Republik (=Studien zu Politik und Verwaltung 40, Wien/Köln/Graz: Böhlau Verlag).

Manfried *Welan* (1994), Regierungsbildung, Wien: Diskussionspapier Nr. 26-R-94.

Manfried *Welan* (1997), Das österreichische Staatsoberhaupt. Aufwertung oder Abwertung?. In: Andreas *Khol*/Günther *Ofner*/Alfred *Stirnemann* (Hgg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik, Sonderband 2, 3. Auflage, Wien: Verlag für Geschichte und Politik.

Manfried *Welan* (1999), Demokratie auf Österreichisch. Oder die erstarrte Republik, Wien: Czernin Verlag.

Manfried *Welan* (2000), Regierungsbildung. Insbesondere 1999/2000, Wien: Diskussionspapier Nr. 80-R-2000.

Manfried *Welan* (2007), Regierungsbildung 2006/2007, Wien: Diskussionspapier DP-21-2007.

Quellenverzeichnis

Experten-Interviews

Experten-Interview mit Bundespräsident a. D. Dr. Heinz *Fischer* vom 9.2.2018.

Experten-Interview mit ao. Universitätsprofessor für Geschichte Dr. Lothar *Höbelt* vom 30.1.2018.

Experten-Interview mit Erster Nationalratspräsident a. D. und ÖVP-Bundespräsidentenskandidat Dr. Andreas *Khol* vom 7.2.2018.

Experten-Interview mit Em. O. Universitätsprofessor für Recht Dr. Dr.hc. Manfred *Welan* vom 16.1.2018.

Reden

Österreichische Präsidentschaftskanzlei (8.7.2004), Antrittsrede von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer anlässlich 16. Bundesversammlung aus Anlass der Angelobung des neu gewählten Bundespräsidenten.

ORF-Sendungen

ORF (April 1986), TV-Hearing Kurt Steyrer-Kurt Waldheim.

ORF *Multimediales Archiv* (14.5.1992), Kandidaten-Diskussion am Runden Tisch.

ORF *Multimediales Archiv* (15.4.2004), Konfrontation zur Präsidentschaftswahl.

ORF (19.5.2016), Wahl 16 - Das Duell. Hofer-Van der Bellen.

ORF (1.12.2016), Wahl 16 - Das Duell. Hofer-Van der Bellen.

ORF (1.2.2018), ZIB2-Interview mit Alexander Van der Bellen.

Zeitungsartikel, Artikel in Nachrichtenmagazinen, APA-, OTS- und WNL-Aussendungen

Datenbanken:

APA – DeFacto Suchmaschine:

<http://www.apa-defacto.at/Site/Medienrecherche/Suchmaschine.de.html>

WISO – Die Datenbank für Hochschulen:

<https://www.wiso-net.de/login?targetUrl=%2Fdosearch>

Internetquellen

Wikipedia:

Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 1986,
https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_1986 (aufgerufen am 21.2.2018).

Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 1990,
https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_1990 (aufgerufen am 23.2.2018).

Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 1994,
https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_1994 (aufgerufen am 25.2.2018).

Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 1995,
https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_1995 (aufgerufen am 28.2.2018).

Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 1999,
https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_1999 (aufgerufen am 4.3.2018).

Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 2002,
https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2002 (aufgerufen am 12.3.2018).

Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 2006,
https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2006 (aufgerufen am 19.3.2018).

Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 2008,
https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2008 (aufgerufen am 21.3.2018).

Wikipedia, Bundespräsidentenwahl in Österreich 2010,
https://de.wikipedia.org/wiki/Bundespr%C3%A4sidentenwahl_in_%C3%96sterreich_2010 (aufgerufen am 26.3.2018).

Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 2013,
https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2013 (aufgerufen am 30.3.2018).

Wikipedia, Bundespräsidentenwahl in Österreich 2016,
https://de.wikipedia.org/wiki/Bundespr%C3%A4sidentenwahl_in_%C3%96sterreich_2016 (aufgerufen am 2.4.2018).

Wikipedia, Nationalratswahl in Österreich 2017,
https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2017 (aufgerufen am 4.4.2018).

Abstract (deutsch)

Die Masterarbeit mit dem Titel „Die Rolle des österreichischen Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen seit 1986“ behandelt die Rolle des österreichischen Bundespräsidenten bei einer seiner wichtigsten innenpolitischen Kompetenzen, nämlich bei der Bildung der Bundesregierung jeweils nach Nationalratswahlen seit 1986. In erster Linie wird dabei untersucht, ob erstens die Stärkeverhältnisse sowie die Anzahl der Parteien im Nationalrat und zweitens das Wahlergebnis einer Nationalratswahl ausschlaggebend für seine Rolle bei den Regierungsbildungen waren. In zweiter Linie wird analysiert welche weiteren Faktoren wie beispielsweise die Haltungen und Festlegungen der Parteien, die Karrierewege und Positionierungen der jeweiligen Bundespräsidenten, die Reaktionen des Auslandes, u.v.m. die Rolle des Bundespräsidenten beeinflusste.

Nach den einleitenden Kapiteln über den Bundespräsidenten im politischen System und den Kompetenzen des Bundespräsidenten bei der Ernennung der Regierung wird dazu anhand von vier Dimensionen wie dem Regierungsbildungsauftrag, den Hintergrundgesprächen des Bundespräsidenten, den öffentlichen Stellungnahmen und der Verweigerung von Ministervorschlägen an zehn Fällen, nämlich an den zehn Regierungsbildungen seit 1986, die Rolle des Bundespräsidenten in chronologischer Reihenfolge untersucht. Dabei wird analysiert wann und wem er den Regierungsbildungsauftrag erteilte, wie oft und mit wem er Gespräche zur Regierungsbildung führte, welche öffentlichen Stellungnahmen er tätigte und ob er Ministervorschläge verweigerte und wenn schon, welche Personen er verweigerte. Daraus wird ersichtlich wie groß die Rolle der jeweiligen Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen war, wo er seine Schwerpunkte setzte, wo er sich zurückhielt, wo er sich durchsetzen konnte und wo nicht. In einem darauffolgenden Ergebnisteil werden die Ergebnisse dargelegt und in absteigender Reihenfolge gezeigt wie groß die Rolle der Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen im Betrachtungszeitraum war. Daraus wird dann ein Fazit gezogen und zusammenfassend gezeigt, welche Rolle welcher Bundespräsident aus welchen Gründen spielte.

Die Untersuchung hat ergeben, dass ein Bundespräsident immer dann eine große Rolle spielte, wenn die vormaligen Großparteien schwächer und die früheren Kleinparteien, vor allem das Dritte Lager, stärker im Parlament vertreten waren und es knappe und unklare Wahlergebnisse gab. Auch aufgrund bestimmter Festlegungen der Parteien und wegen möglicher negativer Reaktionen des Auslandes auf eine österreichische Bundesregierung konnte er eine größere Rolle spielen. Umgekehrt war die Rolle des Bundespräsidenten bei eindeutigen

Wahlergebnissen, bei starken Großparteien bzw. schwachen Kleinparteien und bei ausbleibenden Reaktionen des Auslandes kleiner.

Abstract (english)

The master's thesis entitled "Die Rolle des österreichischen Bundespräsidenten bei den Regierungsbildungen seit 1986" deals with the role of the Austrian president in one of his most important domestic political competences, namely in the formation of the government after Austrian national council elections since 1986. First of all, it examines whether first, the power ratios and the number of parties in the national council and second, the election result of a national council election were crucial for his role in the formation of governments. Secondly, it analyses which other factors such as the attitudes and determinations of the parties, the career paths and positions of the respective president, the reactions of foreign countries, and so on influenced the role of the president.

After the introductory chapters about the president in the political system and the competences of the president in the appointment of the government based on four dimensions such as the government formation contract, the background talks of the president, the public statements and the rejection of ministerial proposals in ten cases, namely ten government formations since 1986, the role of the president will be examined in chronological order. It will be analysed when and to whom he gave the order to form a government, how often and with whom he held talks on the formation of a government, what public statements he made and whether he denied ministerial proposals and if so, which persons he refused. So, it becomes clear how big the role of the respective president was in the formation of a government, where he set his priorities, where he held back, where he was successful, and where not. In a subsequent section the results are presented and it is shown in descending order of magnitude how big the role of the president in the formation of governments since 1986 was. From this a conclusion is drawn and summarized, which role played which president for what reasons.

The investigation has shown that an Austrian president always played a major role when the former two big parties SPÖ and ÖVP were weaker and the former small parties, especially the right parties, were represented more in parliament and also when there were close and unclear election results. Also due to certain determinations of the parties and because of possible negative reactions of foreign countries to an Austrian government he could play a bigger role. Conversely, the role of the Austrian president was smaller in the case of clear election results, in the case of strong major parties or weak small parties, and in the absence of foreign reactions.